

# BERICHT ÜBER DEN GRÜNDUNGSPARTEITAG DER KAPD AM 4. UND 5. APRIL 1920 IN BERLIN\*, \*\*

## 1. Tag

Die von der Ortsgruppe Berlin einberufene Konferenz der bisherigen Opposition in der KPD (Spartakusbund) tritt am 4. April morgens um 9 Uhr zusammen. Anwesend sind 24 auswärtige und 11 Berliner Delegierte, die insgesamt eine Mitgliederschaft von rund 38.000 Köpfen vertreten.<sup>1</sup> Entsandt haben Vertreter die früheren KPD-Bezirke Berlin, Brandenburg, Nord, Nordwest, Thüringen, Ostsachsen, Westsachsen, Elberfeld-Barmen.<sup>2</sup> Die Präsenzliste verzeichnete folgende Namen: Berlin, Spandau, Hamburg, Perleberg, Wittenberge, Zwickau, Laubegast, Dresden, Tangermünde, Wilhelmshafen, Hannover, Gotha, Essen, Elberfeld, Barmen und Stendal. Als Gäste sind anwesend ein VERTRETER DES ZENTRALEUROPÄISCHEN SUB-BUREAUS der dritten Internationale<sup>3</sup>, je ein VERTRETER DER KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN

---

\* Aus: *Kommunistische Arbeiter-Zeitung. Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Bezirk Gross-Berlin*, 1. Jg. (1920), Nr. 90 (Freitag, 23. April 1920). Der Bericht hat im Original folgende Balkenüberschrift: „Bericht über den Gründung-Parteitag der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands am 4. und 5. April 1920 in Berlin. Die bisherige Opposition in der KPD (Spartakusbund) beschließt die Konstituierung als selbständige Partei unter dem Namen Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands. Anschluss an die 3. Internationale. Völlige Übereinstimmung in den grundlegenden Programmpunkten. Gegen Parlamentarismus und Gewerkschaften, gegen Opportunismus und Reformismus. Die maximalistische Revolution“.

\*\* Dieser Bericht, der von uns gescannt und veröffentlicht wird, enthält die umfangreichen Anmerkungen von Hans Manfred BOCK, in *Kritik des Leninismus, Jahrbuch 5*, Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 1977, p. 185-242. [Ph. B., April 2012]

<sup>1</sup> In späteren Berichten Beteiligter ist die Rede von »etwa 30.000« auf dem Gründungs-Parteitag vertretenen Mitgliedern. S. Bernhard Reichenbach, *Zur Geschichte der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands*, in: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*, 13. Jg. (1928), S. 122. S. auch: „Die Roten Kämpfer. Zur Geschichte einer linken Widerstandsgruppe“, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 7. Jg. (1959), S. 441.

<sup>2</sup> Zahlenangaben für die einzelnen Bezirke sind für den KAPD-Gründungskongress nicht beizubringen. Vier Monate später, Anfang August 1920, wurden von der Mandatsprüfungskommission der KAPD folgende Mitgliederzahlen für die einzelnen KAPD-Bezirke mitgeteilt, deren territoriale Abgrenzung jedoch allem Anschein nach nicht mehr mit der Einteilung in die 22 Partei-Bezirke der KPD (s. Hermann Weber, *Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien*, Frankfurt/Main 1969, S. 309) identisch war: Berlin 12.000, Nord 3.000, Nordwest 1.000, Ostsachsen 31(X), Sachsen-Anhalt 1.400, Rheinland Westfalen 5.500; außerdem waren auf dem Parteitag im August 1920 die KAPD-Bezirke Altona mit 963, Pommern mit 1.100, Niedersachsen mit 1.200, Ostpreußen mit 1.500, Frankfurt/Main mit 1.000, Zwickau mit 2.000, Mitteldeutschland mit 3.200 und die Besetzte Zone mit 2.500 Mitgliedern vertreten. Protokoll des 1. ordentlichen Parteitages der Kommunistischen Arbeiter-Partei vom 1.-4. August 1920, Masch. Manuskript, S. 23.

<sup>3</sup> Es war sehr wahrscheinlich ein Vertreter des Amsterdamer Zentraleuropäischen Sub-Büros der Komintern zugegen, das mit den deutschen Linkskommunisten sympathisierte und Ende April/Anfang Mai 1920 von Moskau aus aufgelöst wurde. Die Möglichkeit, dass ein Repräsentant des seit Ende 1919 parallel zum Amsterdamer Büro existierenden Westeuropäischen Sekretariats der Komintern in Berlin teilgenommen habe, wird im Offenen Schreiben der Komintern vom 2. Juni 1920 in Abrede gestellt: »Das Exekutivkomitee der

BULGARIENS, GRIECHENLANDS UND UNGARNS<sup>4</sup>, der ALLGEMEINEN ARBEITER-UNION<sup>5</sup> der FREIEN SOZIALISTISCHEN JUGEND<sup>6</sup> und der KOMMUNISTISCHEN GRUPPE DER RUSSISCHEN KRIEGSGEFANGENEN in Deutschland<sup>7</sup>.

DER GESCHÄFTSFÜHRER DES BEZIRKS GROSS-BERLIN eröffnet die Konferenz mit kurzen Begrüßungsworten. Er entbietet den Vertretern der außerdeutschen Parteien brüderlichen Gruß und bittet, ihn auch den Genossen jenseits der Grenzen übermitteln zu wollen. Wenn nicht restlos alle oppositionellen Gruppen der KPD erfasst worden sind, so liegt das daran, dass Berlin nicht in den Besitz des vollständigen Adressenmaterials gesetzt wurde, und daran, dass wir noch mitten im Kampfe standen, als die Einladungen ergingen, und als man ihnen Folge leistete.<sup>8</sup> Berlin hatte die Konferenz wohl noch hinausgezögert, aber die Anregungen auf Einberufung häuften sich und auch die allgemeine politische Lage erforderte den Zusammentritt. Wo ist der Spartakusbund?<sup>9</sup> Was hat er getan, um, getreu seinem Programm, die Revolution vorzubereiten? Er ist im Opportunismus gelandet, er hat erklärt, dass das Proletariat nicht reif sei, die Diktatur auszuüben; er verkroch sich hinter die Lauheit und Feigheit der USP. Unsere Blicke lenken sich nach

---

Kommunistischen Internationale erfuhr von diesem Parteitag erst einige Wochen später, hatten wir nicht erhalten. Die Erklärung der Organisatoren des Parteitages (siehe: Protokoll dieses Parteitages), dass auf dem Parteitag ein Vertreter des Westeuropäischen Bureaus der Kommunistischen Internationale anwesend gewesen sei, ist nicht richtig.« (*Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des Ersten Kongresses. Aufrufe und Offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum Zweiten Kongress*, Hamburg 1920, S. 292)

<sup>4</sup>Die Kontakte der KAPD zu den Kommunisten Ungarns und Griechenlands waren ephemere und möglicherweise zufällig. Die Beziehungen zur bulgarischen KP waren dauerhafter. Nachdem sich aufgrund von Differenzen mit der Komintern im Januar 1922 eine bulgarische KAP konstituiert hatte, unterhielt eine der beiden Richtungen, in die die KAP bald zerfiel, solidarische Kontakte zur ‚Kommunistischen Arbeiter-Internationale (KAI)‘. S. Hans Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus*, Meisenheim am Glan 1969, S. 345f; Frits Kool (Hg.), *Die Linke gegen die Parteiherrschaft*, Freiburg i. B. 1970, S. 607.

<sup>5</sup>Die Allgemeine Arbeiter-Union hatte sich am 14. 2. 1920 in Hannover auf Reichsebene konstituiert; s. Peter Kuckuk, *Bremer Linksradike bzw. Kommunisten von der Militärrevolte im November 1918 bis zum Kapp-Putsch im März 1920*, Hamburg 1970, S. 326ff; und: Hans Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus*, a.a.O., S. 188 ff.

<sup>6</sup>Die Freie Sozialistische Jugend (FSJ) wurde am 26. 10. 1918 in Berlin als Zusammenfassung verschiedener oppositioneller Jugendverbände gegründet. »Neben den Anhängern der Spartakusgruppe, der Bremer Linken, der Internationalen Sozialisten Deutschlands und der linken Kräfte der USPD waren Ortsgruppen vertreten, die unter dem Einfluss der zentristischen USPD-Führer standen (*Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung 1904-1945*, Dortmund 1973, S. 180). Auf dem 4. Reichskongress der FSJ am 9. und 10. Mai 1920 erlitten die Anhänger der KAPD in der Organisation eine Niederlage (s. ebd., S. 270 f). Die Anhänger der KPD-Zentrale nannten sich ab September 1920 Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD), die KAPD-Anhänger der FSJ konstituierten sich Ende November 1920 in Braunschweig als Kommunistische Arbeiterjugend (KAJ).

<sup>7</sup>Diese Kontakte waren wahrscheinlich vermittelt durch Karl Schröder, der bis zum Ende des Krieges als Unteroffizier in einem russischen Kriegsgefangenenlager gedient hatte. (Hans Harald Müller, *Intellektueller Linksradikalismus in der Weimarer Republik*, Kronberg/Ts. 1977, S. 4).

<sup>8</sup>Der Kapp-Putsch hatte in der Nacht vom 12. zum 13. März 1920 begonnen, der Generalstreik setzte am 15. 3. 1920 ein; die bewaffneten Kämpfe der Roten Armee im Ruhrgebiet gegen Freikorps und Teile der Reichswehr begannen am 15. 3. 1920 und endeten am 8. 4. 1920 mit der vollständigen Besetzung des Industriegebietes durch die Reichswehr.

<sup>9</sup>Auf dem Gründungsparteitag ist durchgängig vom Spartakusbund die Rede, wenn die zentrale des KPD (S) und deren Anhänger gemeint sind.

Rheinland-Westfalen<sup>10</sup> und wir sind voll der Bewunderung für das, was unsere Brüder dort für die Weltrevolution geleistet haben. Aber auch in Rheinland-Westfalen nehmen wir die Spuren wahr der verräterischen Haltung des Spartakusbundes.<sup>11</sup> Nur zu sehr ist durch seine Haltung das Wort bewahrheitet worden, dass die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann! Unsere Partei wird kühn und unentwegt das rote Banner des revolutionären Proletariats hochhalten. Trotz der technischen und der Verkehrsschwierigkeiten ist es gelungen, 65 Prozent der organisierten Kommunisten zu erfassen.<sup>12</sup> Wir wollen auf unserem Kongress nicht viele Worte machen, wir wollen von Tat zu Tat schreiten. Es lebe die neue Partei! (*Bravo*).

In das BUREAU DER KONFERENZ werden gewählt: drei Vorsitzende (Berlin, Hamburg, Ostsachsen) und zwei Schriftführer (Berlin, Dresden). Ebenso wird eine aus drei Mitgliedern bestehende Mandatsprüfungs-Kommission gewählt.

Die TAGESORDNUNG wird wie folgt beschlossen:

1. Unsere Stellungnahme zur 3. Internationale. [Franz Jung]
2. Politische Lage und die Lage in der Partei. [Karl Schröder]
3. Organisationsfragen [Fritz Rasch].
4. Parlamentarismus und Betriebsrätegesetz. [Arthur Goldstein]
5. Unsere Stellungnahme zu den Gewerkschaften und zur Allgemeinen Arbeiter-Union. [Friedrich Wendel]

---

<sup>10</sup> Auf dem am 1. April 1920 tagenden Delegiertenkonferenz der Vollzugräte des Ruhrgebiets zeichnete sich tatsächlich bereits der Zerfall der roten Armee ab.

<sup>11</sup> Die Zentrale der KPD(S) hatte am 23. März 1920 gegen die Fortführung der bewaffneten Kämpfe votiert und sich für eine ›loyale Opposition‹ gegenüber einer sozialistischen Regierung ausgesprochen: »Die KPD sieht in der Bildung einer sozialistischen Regierung unter Ausschluss von bürgerlich-kapitalistischen Parteien einen erwünschten Zustand für die Selbstbestätigung der proletarischen Massen und ihr Heranreifen für die Ausübung der proletarischen Diktatur. Sie wird gegenüber der Regierung eine loyale Opposition treiben, solange diese Regierung die Garantie für die politische Betätigung der Arbeiterschaft gewährt, solange sie die bürgerliche Konterrevolution mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft und die soziale und organisatorische Kräftigung der Arbeiterschaft nicht ,hemmen wird« (Erwin Künnemann, Hans-Joachim Krusch, *Aktionseinheit contra Kapp Putsch*, Berlin-Ost 1972, S. 335f). *Die Rote Fahne* (3. Jg. 1920, Nr. 32) präziserte: »Unter loyaler Opposition verstehen wir: Keine Vorbereitung zum gewaltsamen Umsturz, bei selbstverständlicher Freiheit der politischen Agitation der Partei für ihre Ziele und Losungen.« Diese Erklärung blieb in der Agitation der KAPD ein Paradebeispiel für die ›opportunistische‹ Haltung der KPD. Besonders Wilhelm Pieck trat in den letzten März-Tagen 1920 im Ruhrgebiet im Sinne dieser Losung gegen die Fortsetzung der bewaffneten Kämpfe auf.

<sup>12</sup> Diese Zahl ist mit Sicherheit zu hoch gegriffen. Der zweite Parteitag der KPD im Oktober 1919 reklamierte einen Mitgliederbestand von rund 106.000, der fünfte Parteitag tagte im Juli 1920 eine Mitgliederzahl von rund 66.000 In (s. Zahlen und Nachweise in: Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus*, Frankfurt/Main 1969, Bd. 1, S. 362). Die Summe der vom 1. ordentlichen KAPD-Parteitag für die einzelnen Bezirke geltend gemachten Mitglieder (s. Anmerkung 3) ergibt mit rund 40.000 recht genau den ans den obigen Zahlen erschließbaren Mitgliederverlust der KPD. Demgemäß erfasste die KAPD rund 38% des Mitgliederbestandes der KPD vom Jahresende 1919.

## 6. Wahlen.

### DIE KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI UND DIE 3. INTERNATIONALE

Zum ersten Punkt der Tagesordnung führt der REFERENT aus: Ein Referat über die geschichtliche Entwicklung der 3. Internationale und über die Entwicklung unserer Partei aus dem Spartakusbund werden Sie in aller Ausführlichkeit nicht verlangen. Sie müssen sich vergegenwärtigen, dass wir noch mitten im schärfsten Kampf stehen; jeder Augenblick kann neue Entschlüsse von uns erfordern. Sie werden verstehen, dass man sich rasch entscheiden muss und dass man solche Fragen mehr oder minder diktatorisch entscheiden muss. Die 3. Internationale hat sich nicht so sehr als historisches Entwicklungsprodukt ergeben, sondern vielmehr als notwendige Forderung aus der ganzen Situation des revolutionären Klassenkampfes, als Notwendigkeit der Revolutionierung aller Länder im Anschluss an die russische Revolution. Es wird Ihnen kein Geheimnis sein, dass die Begründung der dritten Internationale selbst in Moskau auf große Schwierigkeiten stieg. In Erkenntnis der Notwendigkeit der Weitertragung der proletarischen Revolution von Russland aus über andere Länder entschlossen sich die russischen Kommunisten, einen entscheidenden Vorstoß zu wagen, und beschlossen die Begründung der dritten Internationale. Nicht durch Einladung und nach Anhörung aller sozialistischen Parteien, sondern durch Vorwegnahme der notwendigen Beschlüsse kam die 3. Internationale zusammen, und man wusste, dass die, die für den konsequenten Sozialismus eintraten, nachträglich diesen Beschlüsse billigen würden. Die Entwicklung hat den russischen Genossen recht gegeben. Eine merkwürdige Tatsache ist, dass der deutsche Vertreter auf der Moskauer Gründungskonferenz sich gegen die 3. Internationale erklärte unter der Begründung, er sei nicht genügend informiert über die Verhältnisse in Deutschland, um für den Spartakusbund den Anschluss erklären zu können.<sup>13</sup> Es ist dies wichtig deshalb, weil sich ja inzwischen die Stellung des Spartakusbundes zur 3. Internationale geändert hat. Wir dagegen in unserer Auffassung über das Wesen des proletarischen Klassenkampfes und in der Überzeugung, dass die gegenwärtigen Verhältnisse die Ausnützung im Sinne der maximalistischen Revolution erfordern, stehen hinter den Beschlüssen der 3. Internationale. Es hat sich gezeigt, dass die Begründung der 3. Internationale für die Entwicklung des internationalen Sozialismus von eminentem Segen gewesen ist; die Parteien, die zwar theoretisch auf dem Boden des revolutionären Sozialismus stehen, praktisch aber zum Reformismus und zum Paktieren mit der bürgerlichen Demokratie neigen, wurden gezwungen, klare Stellung zu nehmen. Die Begründung der dritten bedeutet die Zertrümmerung der zweiten Internationale. Wenn wir die Entwicklung der sozialistischen Parteigruppierungen in Frankreich, England, Amerika und Italien

---

<sup>13</sup> S. dazu den Bericht (Grigorij) Sinoviev, „Die kommunistische Internationale“, in: *Die Internationale*, 1. Jg. (1919), Nr. 7/8, S. 30, und die Diskussion des Votums des KPD-Delegierten Hugo Eberlein auf dem Gründungskongress der Komintern im März 1919, in: Werner T. Angress, *Die Kampfzeit der KPD 1921-1923*, Düsseldorf 1973, S. 74ff.

betrachten<sup>14</sup>, so zeigt sich, dass für den Anschluss an die 3. Internationale die konsequente Stellungnahme zu den nationalistischen Parteien die Voraussetzung war. Es hat sich gezeigt, dass das internationale Proletariat ein Paktieren mit den nationalistischen Parteien nicht versteht. Die Bewegung der Massen geht auf eine Revidierung der Taktik jener Parteien, die bisher keine klare Stellung zur 3. Internationale gefunden haben, hin, und da wird ein Kompromiss mit der 3. Internationale verlangt; es ergab sich eine Situation der Verhandlungen. Das Zentralexekutiv-Komitee mit dem Genossen Sinowjew an der Spitze steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, dass die 3. Internationale sich von den früheren durch ihre revolutionäre Aktionsfähigkeit unterscheiden soll. Er ist der Ansicht, dass das Wesen der 3. Internationale nicht so sehr darin besteht, dass eine Anzahl Parteien, die theoretisch und programmatisch auf dem Standpunkt der Durchführung des revolutionären sozialistischen Prozesses stehen, sich in ihr vereinigen, sondern vielmehr darin, dass diese Parteien in Fragen der Taktik, der Organisierung des revolutionären proletarischen Kampfes auf einer einheitlichen Grundlage stehen, die durch den Verlauf der russischen Revolution sich gefestigt hat. Vom Standpunkt unserer Partei aus Vermögen wir diesen Standpunkt durchaus richtig zu finden. Auch nach unserer Meinung ergibt sich die Zusammengehörigkeit als eine Zusammengehörigkeit im Kampf und nicht auf der Grundlage der theoretischen Zusammenfassung der verschiedenen Meinungen. Daraus ergeben sich verschiedene Konsequenzen. Ihrem Wesen nach Kampfgemeinschaft, ist auch die Begründung der 3. Internationale noch in vollem Flug, gerade auch in den außerdeutschen Parteien. Aber auch in Deutschland selber sind die Dinge noch im Stadium der Entwicklung. Es haben sich Leute angemaßt, ihren Beitritt zur 3. Internationale auszusprechen, die im Grunde genommen gar nicht einmal auf deren Boden stehen. Ich stelle fest, dass als Vertreter der 3. Internationale in Deutschland der Spartakusbund in Erscheinung tritt, der nach seinen letzten Erklärungen überhaupt nicht auf dem Boden der 3. Internationale steht.<sup>15</sup> (*Sehr richtig!*) Die Entwicklung der 3. Internationale geht dahin, dass auf der einen Seite die russische Revolution als Verteidigungsobjekt in den Mittelpunkt des politischen Kampfes gestellt wird, auf der anderen Seite die Initiative zur Durchführung der proletarischen Revolution in den einzelnen Ländern ergriffen wird. Die Initiative Erfassung der revolutionären Kampfmittel ist gleichbedeutend mit der Erringung des Sieges. Die Auffassung der 3. Internationale geht dahin, dass das Proletariat definiert werden kann als die Zusammenfassung aller Klassenunterdrückten, die das Bewusstsein haben, unterdrückt zu sein. Das Bewusstsein des Unterdrücktseins aber ist der Anspruch auf die Übernahme der politischen Macht durch die Unterdrückten. Das bedingt, dass die Fragestellung, wann das Proletariat reif sei für die Ausübung der Diktatur seiner Klasse, im Grunde unmarxistisch ist. Die Erkenntnis, dass es unterdrückt ist, bedeutet

---

<sup>14</sup>Zur Entwicklung dieser Parteien nach Kriegsende s. Jans Braunthal, *Geschichte der Internationale*, Hannover 1963, Bd. 2, S. 199ff.

<sup>15</sup> Gemeint ist hier sehr wahrscheinlich wieder das Verhalten der KPD(S)-Zentrale während des Kapp-Putsches und zu den Kämpfen im Ruhrgebiet im März/April 1920.

die Reife des Proletariats für die Ausübung der Diktatur. In dieser Anschauung unterscheiden wir uns grundsätzlich vom Spartakusbund. Wer über die Frage der Reife des Proletariats noch diskutiert, hat bereits den Boden der 3. Internationale verlassen und landet im Reformismus innerhalb nationalistischer Grenzen, der sich kaschiert durch die berühmten taktischen Erwägungen.<sup>16</sup> Wir als Maximalisten müssen jedes Paktieren mit taktischen Erwägungen dieser Art ablehnen. Wir haben in unseren Kämpfen das Ziel, die Diktatur des Proletariats, von vornherein angestrebt; wir taten es in der Gewissheit der Reife des Proletariats und wir wollen kein etappenweises Vorrücken. Der proletarische Befreiungskampf kann bei vorhandenem Reife-Bewusstsein des Proletariats nicht in Etappen geführt werden, wie es der Verlauf der maximalistischen Revolution in Russland erwiesen hat, er kann nur als Kampf um das Ganze geführt werden. Das ist im Grunde genommen so einfach, dass man sich wundern muss, dass der Spartakusbund sich nicht offen zu reformistischen Abweichungen *à la Kautsky* bekennt. Wir müssen also innerhalb der 3. Internationale den Kampf gegen den Spartakusbund führen. (*Bravo*) Wir haben durch Vorbesprechungen mit Vertretern der 3. Internationale festgestellt, unter welchen Vorbedingungen sich unser Anschluss an die 3. Internationale zu vollziehen hat. Wir haben insonderheit in privaten Aussprachen mit dem Genossen Radek, der als Inspirator des Westeuropäischen Sekretariats der 3. Internationale zu gelten hatte, festgestellt, dass die Zugehörigkeit zur 3. Internationale nicht abhängig gemacht werden kann von taktischen Erwägungen der Situation eines Landes. Der Genosse Radek hat diesen Standpunkt, unbeschadet seiner ablehnenden Haltung uns gegenüber, geteilt.<sup>17</sup> Wir haben ferner feststellen können, dass die Mehrzahl der Vertreter aus England, Amerika und Frankreich sich uns gegenüber durchaus nicht so ablehnend verhalten hat, wie es die als Vertreter der 3. Internationale frisierten Anhänger des Spartakusbundes darzustellen beliebten.<sup>18</sup> Wir haben deshalb nicht um Anschluss unserer Partei an die 3.

---

<sup>16</sup>Das Argument der noch mangelnden revolutionären Reife des deutschen Proletariats ist ein Leitmotiv der strategischen Überlegungen Paul Levis und Karl Radeks seit 1919; aber schon Rosa Luxemburg hatte auf dem Gründungskongress der KPD(S) im Widerspruch zur linkskommunistischen Argumentation gemahnt: »Aber was wir bisher in Deutschland sehen, das ist noch die Unreife der Massen [. . .] Ich sage Ihnen, gerade dank der Unreife der Massen, die bis jetzt nicht verstanden haben, das Rätssystem zum Sieg zu bringen, ist es der Gegenrevolution gelungen, die Nationalversammlung als ein Bollwerk gegen uns aufzurichten. . . « (Hermann Weber, Hg., *Der Gründungsparteitag*, a.a.O., S. 101).

<sup>17</sup>In der Tat verfuhr Radek nach der Devise »Es gilt, die gegen den Kapitalismus anstürmenden Kräfte zu sammeln und nicht zu spalten!« (vgl. Marie-Luise Goldbach, *Karl Radek und die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1918-1923*, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 54). So wie er in seinem offenen Brief an den 2. Parteitag der KPD(S) (Karl Radek, *Zur Taktik des Kommunismus*, Berlin 1919) die organisationspolitischen und taktischen Grundsätze der linkskommunistischen Opposition unmissverständlich verurteilte, im Gegensatz zu Paul Levi aber die organisatorische Trennung von der Opposition zu vermeiden versuchte, so war ihm — im Gegensatz zu Levi — daran gelegen, trotz der erheblichen Differenzen die Linkskommunisten nicht von vornherein von der Dritten Internationale fernzuhalten.

<sup>18</sup>Diese Hoffnung auf Unterstützung durch die englischen, amerikanischen und französischen Radikalen in der Arbeiterbewegung erwies sich spätestens auf dem 3. Komintern-Kongress als unberechtigt (s. meine Darstellung der Position der KAPD-

Internationale zu ersuchen, sondern wir haben unseren Anschluss nur zu erklären. Nötig ist, dass wir unsere Auffassungen über den politischen Kampf in Deutschland und über unsere Taktik so festlegend fixieren, dass wir als Partei mit diesen Richtlinien eine bestimmte Wirkung innerhalb der dritten Internationale erzielen. In den Besprechungen, die wir mit dem Zentraleuropäischen Sub-Bureau hatten, lenkte der geistige Führer des Spartakusbundes<sup>19</sup> die Diskussion in das Fahrwasser der Auseinandersetzung zwischen uns und dem Spartakusbund. Er glaubte erklären zu sollen, dass zwei so sehr in der Taktik getrennte Parteien in der 3. Internationale nicht nebeneinander arbeiten könnten, und dass es eine Unmöglichkeit sei, zwei Parteien in der 3. Internationale zu haben, die sich gegenseitig aufs schärfste bekämpfen. Wir haben darauf rund heraus erklärt, dass wir die reformistische Taktik des Spartakusbundes als nicht im Einklang mit den Prinzipien der dritten Internationale stehend betrachten und dass wir den Ausschluss des Spartakusbundes aus der dritten Internationale betreiben würden. In der Aussprache gewannen wir überdies die Überzeugung, dass das Berliner Bureau der 3. Internationale in seinen Hauptvertretern mit dem Spartakusbund sich völlig identisch erklärt. Wie ist das Westeuropäische Sekretariat zustande gekommen? Man schickte aus Moskau Vertreter<sup>20</sup>, die die russischen Erfahrungen uns nutzbringend darlegen sollten. Wir haben allewohl den Eindruck gewonnen, dass die russischen Vertreter die weltrevolutionäre Entwicklung nicht nur nicht voranzutreiben verstanden haben, sondern dass sie sie geradezu gehemmt haben. Wir, die wir die Tätigkeit dieser Vertreter aus nächster Nähe beobachten konnten, waren oftmals erstaunt, wie wenig diese mit der Wirklichkeit und den realen Verhältnissen in Deutschland vertraut waren und wie wenig Mühe sie sich gaben, ein klares Bild über die deutschen Verhältnisse zu gewinnen. Einer der russischen Vertreter, den man uns zur theoretischen Darstellung des Wesens der maximalistischen Revolution beigegeben hatte, zeigte sich so uninformiert, dass er gesetzliche und revolutionäre Betriebsräte<sup>21</sup> miteinander verwechselte und uns die Beteiligung an den gesetzlichen Räten diktatorisch aufzwingen wollte. Derselbe Vertreter wusste zwei Monate nach der Sprengung des Berliner Vollzugsrates nicht, dass man in Berlin einen roten und einen gelben

---

Delegierten auf dem 3. Komintern-Kongress in: H.M. Bock: *Syndikalismus und Linkskommunismus*, a.a.O., S. 260f).

<sup>19</sup> Gemeint ist Paul Levi.

<sup>20</sup> Hier wird wahrscheinlich Bezug genommen auf den Komintern-Emissär, der seit Herbst 1919 unter dem Pseudonym Thomas [Jakob Reich (1886-1956)] im Berliner Büro des Westeuropäischen Sekretariats eine führende Rolle spielte (s. dazu: „Les premières années de l'Internationale Communiste; d'après le récit du ‚camarade Thomas‘ recueilli, introduit et annoté par Boris Nicolaevsky“, in: Jacques Freymond, Hg.; *Contributions à l'histoire du Comintern*, Genève 1965, S. 1-28. Vgl. auch zusammenfassend Pierre Broué, *Révolution en Allemagne 1917-1923*, Paris 1971, S. 384f.)

<sup>21</sup>Mit den revolutionären Betriebsräten sind die teilweise in den Betriebsorganisationen der AAU zusammengefassten ad hoc entstandenen Betriebs-Komitees gemeint, mit gesetzlichen Betriebsräten die durch das am 18. 1. 1920 angenommene Betriebsräte-Gesetz eingerichteten Institutionen.

Vollzugsrat habe.<sup>22</sup> Wir fühlen diesen Genossen nach, dass ihnen jetzt, wo die Klärung in der Partei mehr und mehr um sich greift, wo der Schrei nach Aktionen bis nach Moskau dringen muss, ob ihrer Verantwortung gegenüber Moskau angst und bange wird. Man stellt uns als wilde Horde zusammengelaufener Oppositionisten dar, denen es gänzlich an theoretischer Durchdringung fehle. Wir brauchen jedoch vor diesem Westeuropäischen Sekretariat nicht besonders ängstlich zu sein. Persönliche Momente können völlig beiseitegelassen werden. Wir haben, wenn wir in Moskau unseren Anschlag mitteilen, lediglich das niederzulegen, was zur Spaltung der KPD geführt hat, und wir haben gleichzeitig zu erklären, dass wir, um zur Aktionsfähigkeit zu kommen, uns als eigene Partei zu konstituieren gezwungen waren. Dieselben Gesichtspunkte werden in den einzelnen Punkten des Programms der Partei entwickelt werden müssen. Wir haben aber auch Moskau zu erklären, wie wir uns innerhalb der 3. Internationale dem Spartakusbund gegenüberzustellen gedenken. Ein Zusammengehen zweier kommunistischer Parteien eines Landes innerhalb der 3. Internationale können wir an sich selbstverständlich nicht ablehnen. Ablehnen aber müssen wir ein Zusammengehen mit einer Partei, die, wie der Spartakusbund, sich einsetzen will für eine bürgerliche Demokratie ohne Diktatur des Kapitals.<sup>23</sup> Wir betrachten das als Verstoß gegen das Programm der maximalistischen Forderungen, wir lehnen ein Zusammengehen mit dem Spartakusbund ab und werden ihn scharf bekämpfen. Wir werden aber auch anerkennen müssen, dass das Wesen der 3. Internationale die Schaffung einheitlicher Kampffronten erfordert, und wir werden erklären müssen, dass wir uns der Tendenz, eine einheitliche Kampffront zu fördern, restlos fügen werden. Es mag die Aufgabe der 3. Internationale sein, die Möglichkeit der Schaffung einer einheitlichen Kampffront zu finden. Sie muss am besten ihr maximalistisches Programm auslegen können, und wir haben die Überzeugung, dass die Genossen, die das maximalistische Programm verwirklicht haben, auch mit den großen Theoretikern des Spartakusbundes theoretisch und praktisch fertig werden. (*Sehr gut!*). Der Kampf wird nicht leicht sein, denn er ist nicht so sehr ein Kampf der Massen gegeneinander, er ist vielmehr ein Kampf, in dem die persönliche Eitelkeit gekränkter Führer des Spartakusbundes eine Rolle spielt, und wir werden uns in Geduld wappnen müssen. Von den Massen, die hinter dem Spartakusbund stehen,

---

<sup>22</sup>Der am 10. November 1918 gewählte Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenrate Gross-Berlins zerfiel am 16. 7. 1919 in einen von den Sozialdemokraten und bürgerlich-demokratischen Kräften konstituierten ‚gelben‘ und in einen von den revolutionären Kräften gebildeten ‚rotem‘ Vollzugsrat (s. Frauke Bey-Heard, *Hauptstadt und Staatsumwälzung*, Berlin 1919, Stuttgart 1969, S. 163).

<sup>23</sup> Hier wird wiederum auf die Zusicherung >loyaler Opposition< gegenüber einer Arbeiterregierung durch die Zentrale der KPD(S) vom 23. März 1920 angespielt. Das Offene Schreiben des Exekutiv-Komitees der Komintern vom 2. Juni 1920 an die KAPD stimmte übrigens dieser Kritik zu: »Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale findet z. B. jene Motivierung völlig irrig, die die Zentrale des Spartakusbundes in ihrer bekannten Erklärung vom 21. (richtig: 23., d. Hg.) März 1920 im Zusammenhang mit der damals entstandenen Frage über die Möglichkeit der Bildung einer sogenannten ‚rein sozialistischen‘ Regierung gab. Es war ein Irrtum zu erklären, dass eine solche >rein sozialistische Regierung eine Situation sichern könne, >wo die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten könnte« (*Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des Ersten Kongresses ... a.a.O.*, S. 294).

trennt uns nichts. Sie, die bisher durch die theoretischen Deduktionen der Führerschaft in Fragen des Parlamentarismus und der Gewerkschaften eingefangen worden sind, werden wir nach Ausschaltung des Lügenapparates auf unsere Seite bringen. Wir haben bisher der Agitation des Spartakusbundes, die zumal seit Heidelberg<sup>24</sup> eine finanziell sehr gut ausgestattete Agitation zugunsten der Führer des Spartakusbundes gewesen ist, keine im Umfang ähnliche Agitation gegenüberstellen können. Viele Bezirke, in denen die Mitgliedschaft mit uns längst sympathisiert und zusammengeht, werden noch durch die von der Reichszentrale des Spartakusbundes bezahlten Bezirkssekretäre niedergehalten. Wir haben deshalb auf organisatorische Selbständigkeit ein großes Gewicht gelegt, damit der Kampf gegen den Spartakusbund mit Erfolg aufgenommen werden kann. Wir befinden uns mitten in der Entwicklung der deutschen Revolution; in den verflochtenen Kämpfen war es unsere wichtigste Aufgabe, sich an den politischen Kampf selbst zu halten, und wir mussten deshalb die organisatorischen Aufgaben zurückstellen. Doch jetzt darf auch diese Aufgabe nicht länger zurückgestellt werden, wenn der politische Schaden, den der Spartakusbund angerichtet hat, nicht noch größer werden soll. Wenn wir jetzt erklären, was wir wollen, so werden wir in Moskau Gehör finden. Unsere Stellung zum Spartakusbund ist klar und einfach zu präzisieren. Wir glauben, dass einzelne kompromittierte Führer aus der proletarischen Kampffront ausgeschlossen werden müssen und wir haben die Bahn frei für das Zusammengehen der Massen gemäß dem maximalistischen Programm. (*Sehr richtig!*). Wir unterbreiten Ihnen demgemäß einen Antrag, vorbehaltlos den Anschluss der zu konstituierenden Partei an die dritte Internationale zu erklären. Der Erklärung, die nach Moskau zu übermitteln ist, sollen eine ausführliche Begründung, weshalb wir die Reihen des Spartakusbundes verlassen haben, beigegeben werden.<sup>25</sup> Diese Darstellung hat auch zu enthalten, weshalb nach unserer Ansicht die Situation in Deutschland nicht nur revolutionsreif, sondern sogar revolutionsüberreif ist. (*Lebhafter Beifall*).

Das Wort nimmt der VERTRETER DES VON 200.000 RUSSISCHEN KRIEGSGEFANGENEN gewählten *Kriegsgefangenenrates*, um dem Parteitag die Grüße der russischen Kriegsgefangenen zu übermitteln. Auch die kommunistische Gruppe der russischen Kriegsgefangenen habe mit Befremden die Entwicklung der opportunistischen und reformistischen Tendenzen innerhalb des Spartakusbundes verfolgt.

*DER VORSITZENDE* des Parteitages verliest ein Schreiben des Exekutiv-Komitees der 3. Internationale vom 7. Februar 1920 an die Zentrale des Bezirks Gross-

---

<sup>24</sup>Seit dem 2., dem sogenannten Heidelberger Kongress der KPD(S) vom 20. —24. Oktober 1919.

<sup>25</sup>Diese Ausarbeitungen standen dann der ersten Moskau-Delegation der KAPD nicht zur Verfügung. Sie beklagte in ihrem Bericht, keinerlei schriftliche Festlegungen« bei sich gehabt zu haben »als den Bericht des Parteitages und einen Zeitungsartikel, der sich in allgemeinen Umrissen mit dem Programm der KAPD befasste«. (Das Exekutivkomitee der 3. Internationale und die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands, Berlin o. J. [1921], S. 3).

Berlin<sup>26</sup>, in dem die Stellung des Bezirks zum Parlamentarismus und zu den Gewerkschaften aus falsch bezeichnet wird, gleichfalls die Ansichten der Opposition hinsichtlich des revolutionären Burgfriedens.<sup>27</sup> Der Vorsitzende stellt fest, dass von der Gesamtopposition in der KPD niemals der Gedanke des revolutionären Burgfriedens vertreten worden sei.

EIN DELEGIERTER DES BEZIRKS *NORD*: Die kommunistischen Arbeiter des Bezirks Nord haben ihren Delegierten die Weisung mit auf den Weg gegeben, hier keine großen Reden zu halten, sondern praktische Arbeit zu leisten. Ich glaube, dass wir uns vollkommen einig in unseren Zielen sind. Auch wir sind nicht ängstlich wegen der Anerkennung durch das Westeuropäische Sub-Bureau. Auch wenn dieses entscheiden sollte in Richtung der Nichtanerkennung unserer Zugehörigkeit zur 3. Internationale, so kann uns das völlig kalt lassen. Wir werden unbeirrt unseren Kampf weiterführen. *Wenn eines Tages ein Räte-Deutschland existieren wird, so wird unsere Zugehörigkeit zur 3. Internationale ohne weiteres gegeben sein.* Hamburg stand von je auf dem Standpunkt, und wusste sich darin einig mit Berlin, dass es außerhalb des Spartakusbundes bleiben würde, auch wenn die gesamte Opposition in die Arme des Spartakusbundes zurückkehren würde. Die Entwicklung der Revolution wird unserer Haltung recht geben.

Der DELEGIERTE DES BEZIRKS *NORDWEST*: Laufenberg, Wolffheim und ich<sup>28</sup> haben sogleich nach den Vorkommnissen in Heidelberg die Ansicht verfochten, dass die Sezessionierung vom Spartakusbund zur Gründung einer selbständigen Partei führen müsse. Wir stellen gleichfalls fest, *dass eine einheitliche Auffassung in den grundlegenden Fragen besteht.*

EIN DELEGIERTER *BERLINS*: Alles kommt darauf an, dass wir im Geist der 3. Internationale arbeiten. Wir müssen deshalb auch uns auseinandersetzen mit der *Außenpolitik des Westeuropäischen Sekretariats*. Sie ging dahin, die Ansicht zu verbreiten, der Schwerpunkt der weltrevolutionären Entwicklung habe sich nach den Entente Ländern verlegt. Sie prägte das Schlagwort von der westlichen Orientierung. Zweifellos war damit ein konterrevolutionäres Element in die Debatte geworfen. Wieso der Schwerpunkt der weltrevolutionären Entwicklung in den westlichen Ländern und nicht in Deutschland liegt, darüber hat man sich ausgeschwiegen. Wir sind der Ansicht, dass der Schwerpunkt der Weltrevolution nach wie vor in Deutschland liegt. Die Gefährlichkeit der anderen Darstellung liegt auf der Hand. In demselben Augenblick, da erklärt

---

<sup>26</sup> Der Text dieses Briefes war nicht auffindbar, dürfte sich aber wohl kaum von der Argumentation des EKKI in seinem Offenen Schreiben an die KAPD vom 2. Juni 1920 unterschieden haben (s. den vollständigen Text des Offenen Schreibens vom 2.6.1920 in: *Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des Ersten Kongresses*, a.a.O., S. 292-319; dort zur Gewerkschaftsfrage S. 294ff, zur Parlamentarismusfrage S. 302ff).

<sup>27</sup> Erstmals dargelegt Anfang November 1919 in: Heinrich Laufenberg, Fritz Wolffheim, *Revolutionärer Volkskrieg oder konterrevolutionärer Bürgerkrieg? Erste Kommunistische Adresse an das deutsche Proletariat*, Hamburg 1919.

<sup>28</sup> Der Redner ist identifizierbar aus Jan Appel, der sich neben Laufenberg, Wolffheim u. a. am Ende des Heidelberger Parteitages für die Konstituierung einer eigenen Partei ausgesprochen halte (Siehe: *Kommunistische Arbeiterzeitung*, Hamburg, 1. Jg., 1919, Nr. 151: „An das deutsche Proletariat!“)

wurde, der Schwerpunkt der Weltrevolution liege im Westen, erweckte man im deutschen Proletariat die Ansicht aus schwimme Deutschland passiv im Strom der weltrevolutionären Entwicklung und habe seinerseits für das Vortreiben der Revolution in Deutschland wie überhaupt für das Vortreiben der weltrevolutionären Entwicklung nichts zu tun. (*Beifall*).

Dem Parteitag liegt folgender Antrag zur Abstimmung vor:

»Der Gründungsparteitag der KAPD erklärt, vorbehaltlos auf dem Boden der 3. Internationale zu stehen. Er beauftragt die Zentralleitung, sofort alle Schritte zur Durchführung des Anschlusses in Angriff zu nehmen.«

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

EINE DELEGATION VON ZWEI GENOSSEN, die dem Exekutiv-Komitee der 3. Internationale mündlichen Bericht erstatten sollen, wird beschlossen. Die Delegation wird von Berlin und Hamburg gestellt<sup>29</sup>, da besonderes Gewicht darauf gelegt wird, die Hamburger Entwicklung klarlegen zu lassen.

## DIE POLITISCHE LAGE UND DIE PARTEI

Zum 2. Tagesordnungspunkt führt der REFERENT aus: In dem Augenblick, da ich zu Ihnen zu sprechen beginne, sind 3 Genossen aus dem Ruhrrevier eingetroffen, die an unseren Verhandlungen teilzunehmen wünschen. (*Bravo*).

Für uns konzentriert sich unser gesamtes Interesse auf das Ruhrrevier. Dort kämpft man um die deutsche Revolution, dort wird aber auch die Abrechnung gehalten mit der verräterischen Taktik der USP und des Spartakusbundes. Wenn heute die »*Freiheit*«<sup>30</sup> klagend fragt, wo die Erfüllung der neun Punkte<sup>31</sup> bleibe, wenn sie schreibt, dass die Gewerkschaften belogen und betrogen worden seien durch die Mehrheitsfraktionen der Nationalversammlung, dann gehört das mit zu der Abrechnung, wie sie jene, die der Nationalversammlung und der Regierung getraut haben, über sich selber heraufbeschworen haben, und wie wir sie gewaltiger nicht vornehmen können. Man muss ein wenig weiter ausholen,

---

<sup>29</sup> Der Berliner Delegierte war Franz Jung, der Hamburger Delegierte Jan Appel. Eine Reisebeschreibung der Delegation findet sich in Franz Jungs Autobiographie: Franz Jung, *Der Torpedokäfer*, Neuwied und Berlin 1972, S. 141-175. Der offizielle Bericht der Delegation Jung/Appel ist abgedruckt in: *Das Exekutivkomitee der 3. Internationale und die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands*, a.a.O., S. 3-6. Der Bericht Jungs auf dem 2. Parteitag der KAPD (Protokolle des 1. ordentlichen parteitages a.a.O., S. 129ff) wurde von Karl Schröder - als »expressionistisches Gemälde« (ebd., S. 138) wohlwollend charakterisiert, von Franz Pfemfert schlicht aus unverständlich bezeichnet (ebd., S. 146). Jan Appel widersprach den von Jung dargebotenen Moskau-Impressionen in wesentlichen Punkten (ebd., S. 133ff).

<sup>30</sup> *Die Freiheit* war das Berliner Organ der USPD.

<sup>31</sup> Die Vertreter der Gewerkschaften (ADGB, Angestelltenverbände und Deutscher Beamtenbund) hatten am 18. März 1920 ein 9 Punkte umfassendes Programm zur Beendigung des Generalstreiks den Regierungsparteien vorgelegt. Vereinbarung wurde dann am 20. März 1920 ein Programm von 8 Punkten (s. Heinz Josef Varain, *Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat*, Düsseldorf 1956, S. 174ff; dort auch der Text der beiden Programme).

wenn sich ein historisch rundes Bild ergeben soll. Scheinbar strebte Deutschland seit dem Verfluten der großen Streikwellen des vorigen Jahres einer politischen Konsolidierung zu. Alles, was seit dem März 1919 schwankend geworden war, schien sich nach Auffassung rechts stehender USP-Leute zu festigen und zu sammeln. Die Regierung schien sich zu festigen, die Akkordarbeit schien gesichert, das Betriebsrätegesetz und seine Absichten schienen gesichert, das Gesetz der Trägheit schien sich auch in der Entwicklung der politischen Zustände bemerkbar zu machen und auswirken zu wollen. Wenn nun am Ausgang einer solchen Epoche, am Ausgang einer solchen politischen Trägheitsperiode, mit der man sich abfinden zu wollen schien, ein Prozess Erzberger<sup>32</sup> geführt werden konnte, der weniger die Korruption eines Einzelnen als die Korruption des gesamten parlamentarischen Systems bloglegte (*Sehr richtig!*), wenn man die politische Atmosphäre, die sich dadurch ergab, nicht durch den Sturmwind der revolutionären Aktion zu reinigen (sich) entschloss, wenn alles, was vor sich ging, nur unter dem höchst lahmen und zahmen Widerspruch der »Freiheit« vor sich ging, dann fand sich die offizielle Politik der USP von selber gerichtet. (*Sehr richtig!*). In dieser Epoche ist das Problem der Sozialisierung von Staats wegen erneut aufgetaucht. Eine kapitalistische Epoche wünscht den revolutionären Weg der Sozialisierung von Staats wegen zu beschreiten. Die Besitzer der Kohlen- und Kaligruben haben gegen die Sozialisierung der Bergwerke nicht mehr viel einzuwenden. Wie könnten sie auch, eine hohe Abfindung winkt ihnen; die Schulden, die auf den Gruben lasten, übernimmt der Staat. Abfindungssumme und Schuldsomme sollen aus den Taschen des Steuerzahlers bezahlt werden. Das ist die Form der bürgerlichen Sozialisierung, die Sozialisierung, die ein gutes Geschäft darstellt, die politisch sich darstellt in dem politischen Schieberstück der Verankerung der proletarischen Forderungen in der bürgerlichen Koalition. Dieser Form der bürgerlichen Sozialisierung sollte auch entsprechen das Betriebsrätegesetz. Sein Sinn entspricht vollkommen dem Sinn der Periode seit März v(origen) J(ahre)s: Proletarische Auffassungen sollen sich anschließen den bourgeoisen Auffassungen, Formen der proletarischen Bewegung sollen ausgestrichen und umgebildet werden in Formen der bürgerlichen Welt. Das ist die Gefahr dieses Gesetzes: Das der Arbeiter psychologisch eingestellt werden soll auf die Interessen des Kapitals. Und am Ausgang der politischen Epoche, von der wir sprechen, steht auch die Tatsache, dass auch der Spartakusbund nach dem Willen seiner Führer sich umstellte. Für uns, die wir nie gesagt haben, die Revolution sei tot<sup>33</sup>, war auch die Gesamtsituation nie so, wie jene anderen sie sahen ; für uns war maßgebend, dass die Konsolidierung nur eine scheinbare war. Die Revolution war nicht tot, sie war nur betäubt durch die Schläge ihrer Führer. (*Sehr gut*). Die Situation in Deutschland war durch und durch revolutionär und reif für die proletarische Revolution, reif für das Zugreifen des

---

<sup>32</sup> Von Mitte Januar bis Mitte März 1920 wurde dieser Prozess gegen den Reichsfinanzminister geführt, nachdem er von konservativer Seite der privaten Bereicherung im öffentlichen Amt beschuldigt worden war.

<sup>33</sup>Bezieht sich auf die besonders von Paul Levi und Karl Radek seit Mitte 1919 vertretene Auffassung vom langsameren und längerfristigen Entwicklungsgang der Revolution in Westeuropa.

Proletariats. Scheinbar war die Hebung der Produktion, scheinbar die Gesundung der Valuta, scheinbar die Konsolidierung der politischen Strömungen. In Wirklichkeit stand alles auf des Messers Schneide. Auch deshalb war die Situation revolutionär, weil, wie schon der Referent zum ersten Punkt angedeutet hat, die Situation in Russland eine Stützung seitens des revolutionären Deutschland erforderte. Mit einer unerhörten Offenheit hat Rykow, der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrates in Russland, auf dem 3. Kongress der Volkswirtschaftsräte vom 22.-25. Januar d(ieses) J(ahre)s sich über die prekäre Lage der russischen Wirtschaft ausgesprochen, die bestimmt wird durch den Mangel an Verkehrsmitteln und den heruntergewirtschafteten Zustand der bestehenden Verkehrsmittel. Die Zahl der nicht betriebsfähigen Lokomotiven betrug auch in den schlimmsten Zeiten nie mehr aus 15%. Gegenwärtig zählt man in Russland 59% kranker Lokomotiven. Baumwolle, Flachs, Leder und Brennstoffe lagern in riesigen Mengen in Russland, können aber nicht der Verarbeitung zugeführt werden. All das ändert nichts an der Tatsache, dass Russland das Rückgrat der deutschen Revolution geworden ist. Deutschland muss los von der Entente und an die Seite Russlands, wenn beide leben bleiben wollen. Der Entente gegenüber steht Russland, eine konsolidierte Macht, aus mächtigem Faktor da. Russland gegenüber aber stellt die Entente sich aus eine in voller Auflösung befindliche Mächtegruppierung dar. Die Weltwirtschaftskrise ist da, die Entente steht mitten in ihr, und kein Weltwirtschafts-Syndikat wird die Weltwirtschaftskrise aufheben können. Mari kommt nicht aus ohne Russland, die russischen Rohstoffe werden dringend gebraucht. Aber trotz der Weltwirtschaftskrise, die wir in rapider Entwicklung sehen, setzen wir unsere proletarisch-revolutionären Hoffnungen nicht auf eine Revolution in England, Frankreich oder Italien; wir wissen vielmehr, dass wir im Mittelpunkt der Weltrevolution stehen. Die Krise in den übrigen Ländern ist im Fortschreiten, und in diesem Sinne begrüßen wir die Anstrengungen unserer ausländischen Genossen, die Streiks der Eisenbahner in England, der Textilarbeiter in Frankreich; (wir begrüßen die Tendenz in Frankreich)<sup>34</sup>, die sich innerhalb der Partei gebildet hat und die dem Straßburger Kongress das Gesicht gegeben hat.<sup>35</sup> Es ist unsere Ansicht, die Loriot im „Bulletin Communiste“ entwickelt, wenn er schreibt, dass es nicht darauf ankomme, ob das Zentrum der Partei nach rechts oder links laviere, sondern dass es darauf ankommt, dass Zentrum und rechter Flügel auf der einen, der linke Flügel auf der anderen Seite stehe.<sup>36</sup> Das sind Worte, wie sie auch auf die Situation in Deutschland

---

<sup>34</sup> Die Parenthese versucht eine sinnentstellende Auslassung im Originaltext zu beheben.

<sup>35</sup> Auf dem 17. Kongress des Parti socialiste in Straßburg vom 25. bis 29. Februar 1920 zeichnete sich die Ablösung der französischen Sozialdemokratie von der 2. Internationale ab, die dann im Dezember 1920 mit dem Beitritt der Mehrheit der Partei zur 3. Internationale abgeschlossen wurde (s. Annie Kriegel, *Aux origines du communisme français*, Paris 1969, S. 139ff).

<sup>36</sup> Loriot, hervorgegangen aus dem revolutionären Syndikalismus in Frankreich und Anhänger der Zimmerwalder Linken, galt den Bolschewiki 1918/19 als wichtigste Integrationsgestalt der radikalen Linken in Frankreich und als potentieller Organisator einer französischen Kommunistischen Partei (s. Annie Kriegel, a.a.O., S. 63 f). Tatsächlich stand die von Loriot vertretene libertär-sozialistische Tendenz der linkskommunistischen

passen. Und wir finden die Worte eines Crispian lächerlich, dass man als Unabhängige Partei immer Anschluss nach rechts oder links nehmen könne, solange nicht unabhängige Grundsätze dadurch verletzt würden. Auch die Thesen der französischen Kommunisten heben die maximalistischen Forderungen heraus, dass der Sozialismus nicht im Wege der parlamentarischen Institutionen verwirklicht werden kann, sondern nur durch die Räte. Und wenn auch unsere französischen Genossen die parlamentarische Tribüne noch nicht entbehren zu können glauben, so kann das deutsche Verhältnisse nicht berühren.

Als der Kapp-Putsch kam, kam er scheinbar überraschend. Der Spartakusbund hatte kurz zuvor von dem schleichenden Putsch gesprochen, der sich in Deutschland vollziehe.<sup>37</sup> Als er da war, fand sich die Richtigkeit unserer These bestätigt, dass alle Festigung der politischen Zustände in Deutschland nur eine scheinbare sei; der Putsch brachte das Fallen aller Machtgruppen, (die) in den Putschtagen sich durcheinander schoben (; ) so war es auch in ganz Deutschland.<sup>38</sup> Wir in Berlin haben die Revolution wie in einem Mikroskop gesehen. Es kam zum Ausdruck die völlige Zerfahrenheit des Bürgertums; das Bürgertum stand in Gegnerschaft zur Militärmacht, und auch die Militärmacht wies Zeichen des Zerfalls auf. Wir erlebten, dass Truppenteile, die die Regierung stürzen wollten oder zumindest keinen Finger für die Regierung Ebert—Bauer gerührt hatten, sich nach Mislingen des Putsches derselben Regierung wieder zur Verfügung stellten. Diesen Zuständen gegenüber offenbarte sich die revolutionäre Entschlossenheit des Berliner Proletariats, die den Grad seiner Reife bewies. In allen Kämpfen mit den Weißen<sup>39</sup> hat das Berliner Proletariat sich glänzend gehalten. Es zeigte sich eine gewaltig steigende Welle der revolutionären Entschlossenheit, so dass, wenn die Verhältnisse im Reich auch nur annähernd die gleichen waren, die Ansicht gerechtfertigt war, dass der Kampf bis zum Ende geführt werden konnte. Wir waren deshalb vom ersten Augenblick an entschlossen, den Kampf um die Diktatur des Proletariats zu führen, und haben demgemäß in Berlin unsere Parolen gehalten. (*Bravo!*). Wir gaben in Steigerung der Absichten und Schritt haltend mit der steigenden Kampfstimmung der entschlossenen Massen die Parole der Bewaffnung des Proletariats aus: Schafft und organisiert die rote Armee! Wir haben in der zur fraglichen Stunde richtigen Einschätzung der revolutionären Situation diese Parole in die begeisterten Massen geworfen und haben hellen Jubel ausgelöst und einen Erfolg gehabt, der unsere Erwartungen bei weitem übertroffen hat. Unerhörte Verleumdungen setzten sofort ein: Wir hatten allerlei unorganisiertes Gesindel bewaffnet und Plünderungen organisieren wollen. Das direkte Gegenteil haben wir getan. Die Verleumdungen kamen nicht von bürgerlicher Seite, sie kamen zuerst und besonders aus sozialistischem Lager. Nun, wie können uns Leute verstehen, die bei Ausbruch des Kampfes das Proletariat für nicht

---

Opposition in Deutschland näher als den Bolschewiki; sie unterhielt Kontakte zum Amsterdamer Sub-Büro der 3. Internationale (s. dazu ebd., S. 204f).

<sup>37</sup> *Die Rote Fahne*, 3. Jg. (1920), Nr. 23 (4. 3. 1920).

<sup>38</sup> Die Parenthesen versuchen den im Original unverständlichen Satz zu rekonstruieren.

<sup>39</sup> Die ‚Weißen‘ sind die konterrevolutionären Kräfte.

aktionsfähig und es im Kampfe für nicht reif zur Ausübung der Diktatur erklären. Und während das Proletariat kämpfte und weiterkämpfen wollte, gingen seine Führer zu Verhandlungen mit den National-Versammlungsparteien und der Regierung. Ihr Herz blutet ja immer für das Proletariat, es blutet beim guten Mittagessen, es blutet beim heroischen Kampf um die Ministersessel. Sie tragen Verantwortlichkeit, die sie erschlichen haben. Ein Satz, den die AFA vom Stapel lieg, ist so kostbar: Wenn zur Abstimmung über den Generalstreik aufgefordert worden ist, so sei festgestellt, dass die Leitung der AFA<sup>40</sup> nicht dazu aufgefordert hat; infolgedessen darf nicht abgestimmt werden; wenn es doch geschieht, so geht es von unverantwortlichen Stellen aus. Das ist die Paragraphen-Verantwortlichkeit des Bürgertums.

Wir haben die Enttäuschung erlebt, dass das Proletariat mit seinen Raten sich die eigene Führung nicht zu geben vermochte. Man war dank der Bureauarbeit der USP in der Vorstellung befangen, dass revolutionäre Räte in einem Wahlakt zustande kommen müssten. Revolutionäre Räte entstehen nicht in einem Wahlakt, sie springen heraus als Produkt revolutionärer Kämpfe. Als in Berlin Räte gewählt wurden, war die Situation infolge des Abwiegeln und Bremsens der Führer-Clique nicht mehr zu steigern. Wie die Generalversammlung der revolutionären Betriebsräte<sup>41</sup> zustande kam, grenzt an platte Schiebung. Parteiangestellte wurden mit Ausweisen versehen, Kandidaten für das Betriebsrätegesetz wurden als revolutionäre Räte präsentiert. Dem Charakter der Generalversammlung entsprach dann auch ihre Tätigkeit. Sie erklärte sich nicht zur höchsten politischen Instanz Berlins, sie beschloss die Abwürgung des Streiks, sie beschloss —zu ihrer Schande— Verhandlungen mit den Fraktionen der Nationalversammlung und Verhandlungen mit der Gewerkschaftsbureaukratie. Die Generalversammlung vollstreckte den Willen der Führer im selben Augenblick, als der vollkommene Bankrott aller Führerpolitik offenbar geworden war.

Die Begründung und die erste Phase der Entwicklung der Kommunistischen Partei Deutschlands vollzog sich unter den Augen Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Im Spartakusbund waren dieselben Leute vertreten, die damals begeistert und überzeugt die Ansicht verfochten, dass das Proletariat reif sei, die Diktatur auszuüben, und die jetzt dasselbe Proletariat für unreif und aktionsunfähig erklären. Heute begeistern sie sich für die Arbeiterregierung, die nichts bedeutet als eine erneute Einwicklung des Proletariats. Wir haben vorhin schon gesehen, dass die Sozialisierung unter

---

<sup>40</sup>AFA-Bund. Der ‚Allgemeine freie Angestelltenbund‘ war ein 1920 gegründeter Zusammenschluss von verschiedenen sozialistisch orientierten Gewerkschaften technischer und verwaltender Angestelltenberufe.

<sup>41</sup>Angespielt wird hier sehr wahrscheinlich auf die am 7. 10. 1919 in Berlin abgehaltene Konferenz der revolutionären Betriebsräte, auf der es zur heftigen Konfrontation zwischen den späteren KAPD-Gründern aus dem KP-Bezirk Berlin und den Vertretern der USPD über die Möglichkeit der Eroberung der Gewerkschaften von innen bzw. über die Notwendigkeit der Schaffung neuer Wirtschaftskampf-Organisarionen kam (s. Pierre Broué, *Révolution en Allemagne 1917-1923*, Paris, Editions de Minuit, 1971, S. 308).

der Ägide einer Arbeiterregierung nicht bedeuten würde die Depossedierung des Unternehmertums; sie würde in der Tat nur bedeuten die Auspowerung des Proletariats durch gerissene Führer. Wie gerissene Führer arbeiten, beweist – Legien<sup>42</sup>, der da sagt, dass die Bezahlung der Streiktage durch das Unternehmertum nötigenfalls durch Staatszuschüsse an das Unternehmen bewirkt werden muss. Die Staatszuschüsse werden den Taschen der Steuerzahler entnommen, die Streiktage bezahlt also letzten Endes das Proletariat selber. Nach dem Tode Liebknechts und Rosa Luxemburgs offenbarte sich die absolute Aktionsunfähigkeit des Spartakusbundes. Wie auf organisatorischem, so offenbarte sich diese Unfähigkeit auch auf politischem Gebiet. In den Fragen des Parlamentarismus und der Gewerkschaften geriet die Reichszentrale des Spartakusbundes mehr und mehr unter den bestimmenden Einflug einzelner Mitglieder des Westeuropäischen Sekretariats<sup>43</sup>, die es fertigbekamen, im Namen der Reichszentrale noch eine engere Zentrale zu schaffen, die willkürlich schaltete und unter grober Verletzung der Rechte der übrigen Mitglieder zentrale Politik auf eigene Faust trieb. Weder wurden die der engeren Zentrale angehörenden Mitglieder über interne Dinge im Reich noch über die Finanzierung oder ähnliches unterrichtet. Die Willkür Einzelner wurde zum System und so ist die Reichszentrale des Spartakusbundes schließlich in einem Zustand der politischen Korruption geendet. Der Kampf der Opposition gegen diesen Zustand setzte und mit welchem Erfolg er geführt worden ist, ist bekannt. Aber der Kampf der Opposition ist von vornherein um etwas mehr geführt worden, als was der Spartakusbund war. Was wir hier zu gründen im Begriff stehen, ist noch nirgendwo Tatsache geworden: die proletarische Partei, die das Führertum alten Stils endgültig verabschiedet und selbst und eigenmächtig ihre Geschicke bestimmt. Auch die Tendenz des Spartakusbundes lief noch auf die Partei alten Kalibers hinaus, lief darauf hinaus, dass die Massen das Objekt der theoretischen Ausführungen und Vorschriften der Führer zu sein haben; von einer Begünstigung oder einer Entwicklung der antiautoritären Stimmung der Masse konnte keine Rede sein. Unsere Anschauungen über Partei und Massenbewegung waren grundsätzlich verschieden<sup>44</sup> Auch der Spartakusbund in seinem ganzen Verhalten war eine Partei über dem Proletariat, aber nicht in und mit dem Proletariat. Man hat uns vorgeworfen, wir schmeichelten der urteilslosen Masse. Wir schmeicheln gewiss nicht der Masse; unsere harte Kritik an der Räteversammlung beweist es. Wir wissen, dass die Massen keine unfehlbare Instanz sind — unfehlbare Instanz ist nur das Führertum des Spartakusbundes —, aber wir wollen die Partei, die, aus sich heraus, aus dem innersten Wesen und Willen proletarischen Empfindens, sich selber Führer ist, die nicht mehr Objekt, sondern Subjekt geworden ist. Mehr als bisher muss der ideelle Kern der proletarischen

---

<sup>42</sup> Der Vorsitzende der Generalkommission der Freien Gewerkschaften, des späteren ADGB.

<sup>43</sup> Neben Radek war namentlich der ‚Genosse Thomas‘ ein erklärter Gegner der linkskommunistischen Opposition (vgl. dazu Pierre Broué, a.a.O., S. 384f).

<sup>44</sup> Diese Gegensätze zum Spartakusbund wurden dann in der Mai-Adresse Laufenbergs und Wolffheims zur prinzipiellen Unvereinbarkeit von >Kommunismus< und >Spartakismus< hypostasiert (Heinrich Laufenberg, Fritz Wolffheim, *Kommunismus gegen Spartakismus. Eine reinliche Scheidung*, Hamburg 1920).

Bewegung, das kulturelle Moment der werdenden Welt betont werden. Unter Sozialismus verstehen wir nicht nur die tote Mechanik der sozialistischen Produktionsform, sondern die geistige Wandlung zu sozialistischem Denken und Empfinden. Mit dem Werden der sozialistischen Welt, mit dem Werden der Räte muss auch der letzte Schimmer des kapitalistischen Denkens, des eigensüchtigen Fühlens ausgetrieben werden. Wir haben die Ideologie des Kapitals zu überwinden wie seine militärische und ökonomische Macht.

Daraus ergeben sich bereits gewisse programmatische Grundsätze. Die Selbständigkeit der Partei, nicht zum wenigsten auch ihre finanzielle, und die volle Kontrolle der Masse über die Verwendung der Gelder, die sie zahlt, ist eine selbstverständliche Voraussetzung. Mehr als andere Parteien haben wir uns auf das Gewicht der Arbeiterschaft in den Betrieben zu stützen. Wir haben zu betreiben die Loslösung der Massen von der Instanzenpolitik, wir haben sie zu erlösen aus der theoretischen Betäubung. Die Partei wird zunächst nicht groß sein. Ihre Kraft wird sich konzentrieren in ihrer Aktionsfähigkeit. Wir sind gewiss, dass auch die Jugend, die zum Teil eingefangen ist für das System theoretischer Haarspaltereien, bald bei uns sein wird. Auch die Jugend wird begreifen aus jugendlicher Unverdorbenheit heraus, dass es sich im Kampf tun das große Ziel der sozialistischen Gesellschaft um mehr dreht als um Auseinandersetzungen über Parlamentarismus und Gewerkschaften; wenn sie begriffen haben wird, dass Parlamentarismus und gewerkschaftliche Organisation zum Satan des Proletariats geworden sind, dass beide Einrichtungen Embleme einer untergehenden Welt sind, wenn sie begriffen haben wird, dass die Wortpfläfferei des Marx-Zitats noch keine sozialistische Aktion ist, dann wird sie nicht lange zögern, sich uns anzuschließen. Auch unsere Parteiorganisation muss im Gedanken des Rätesystems durchgearbeitet sein. Rätesystem ist nicht bloß Organisationsform, sondern Ausdruck einer neuen Welt. Wer den Sinn des Rätegedankens erfasst hat, der steht auf dem Gipfel, von dem aus er das neue Land im Frühschein angebrochener Weltperiode überblickt. In dem, was wir wollen, in dem, was wir haben, sind wir sicher, die volle Billigung unserer russischen Brüder zu finden. Was wir wollen, wie wir denken und empfinden, das entspricht, und ich spreche es bewusst aus, vollkommen der russischen Seele. Das deutsche Proletariat wird viel annehmen müssen vom russischen Charakter und dem Einklang der revolutionären Tendenzen entsprechen. Es ist das Wort gefallen, bei uns seien ja keine Intellektuellen, bei uns seien ja nur Arbeiter. Nun wohl, wir greifen dieses Wort auf und betrachten es als glückverheißend auch für die weitere Entwicklung.<sup>45</sup> Stolz wollen wir darauf sein, dass sich Arbeiter zu

---

<sup>45</sup> Dies ist die einzige Passage aus dem Bericht vom Gründungs-Parteitag der KAPD, die im Offenen Schreiben des EKKI vom 2. Juni 1920 zitiert wird. Das EKKI kommentierte: »Dieser Standpunkt ist durchaus irrtümlich und demagogisch. Wir wissen sehr wohl, dass die Intellektuellen überall durchaus nicht in den Reihen der Kommunisten stehen und dass die Gefahr eines Überflutens der Kommunistischen Partei durch Sprösslinge der bürgerlichen Intellektuellen durchaus nicht vorhanden ist. Blog einzelne, der Arbeiterklasse ganz ergebene Intellektuelle helfen jetzt den Arbeitern, für den Kommunismus zu kämpfen. Welchen Sinn hat es für klassenbewusste Proletarier, gegen diese Menschen zu hetzen? Und wie es in solchen Fällen immer geschieht, wie es seinerzeit in Russland der Fall war, sehen wir, dass an der Spitze dieser Hetze gegen die einzelnen Kommunisten gerade Intellektuelle

einer Partei zusammengefunden haben. (*Stürmischer Beifall*). Seien wir die Arbeiter-Partei, nennen wir uns die Arbeiter-Partei! Die Beschickung des ersten Parteitagess hat bewiesen, dass mehr als 38.000 deutsche Arbeiter wissen, von welchen Tendenzen sie beherrscht sind. Sie wissen, dass sie vor dem Tor der neuen Zeit stehen. Die Arbeiter-Partei hat nichts zu verlieren als ihre Ketten. Wir gehen zum Kampf, und was uns Stärke gibt, das ist das Wissen darum, dass wir siegreich sein werden. (*Lebh[after] Beifall*).

Nach einem kurzen Bericht der MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION, die kein Mandat zu beanstanden hatte, setzt die Diskussion des Referats ein.

Ein Delegierter BERLINS: Die glänzenden Ausführungen des Referenten zu ergänzen, hieße sie abschwächen. Der Redner hat alles ausgesprochen, wofür wir seit Monaten gekämpft haben. Nur einige Punkte sollen noch nachgetragen werden. Man muss erwähnen, dass der Putsch das Verhältnis zwischen uns und der Führerschaft des Spartakusbundes wie der USP klärte. Das Problem der Einigung wurde durch den Putsch erneut aufgeworfen. Für den Spartakusbund und die USP war die Einigung nur die Einigung der Führerschaft über die Köpfe des Proletariats hinweg und gegen das Proletariat. Für uns kam nur eine Einigung über die Köpfe der Führer und gegen sie in Frage. Wenn heute die »Rote Fahne«, das Organ des Spartakusbundes, bei Betrachtung der Vorgänge im Ruhrgebiet schreibt, dass »schamloserer Verrat, schwärzerer Undank nie erhört war«, so bedeuten solche Sätze geradezu den Gipfelpunkt schamloser Verlogenheit, denn dieselben Leute, die hier entrüstet tun, würgten in Berlin die geplante Aktion, die Wiederaufnahme des Streiks für die Ruhrarbeiterschaft, ab. Walcher<sup>46</sup> von der Reichszentrale des Spartakusbundes war es, auf dessen Betreiben eine Abstimmung über den Generalstreik in der Berliner Räteversammlung im entscheidenden Augenblick nicht vorgenommen wurde. Man hat ferner versucht, unsere Stellung zur Sabotage, die wir empfahlen, um auf alle Fälle die Aktionsfähigkeit der Weißen Garden zu verhindern, als einen Verstoß gegen den Marxismus zu brandmarken. Es ist möglich, dass in Marx' Schriften nicht viel über Sabotage zu finden ist. Wir meinen aber, dass man nicht buchstabengläubig auf Marx und Engels zu schwören hat und für jede konkrete Handlung einen entsprechenden Beleg aus ihren Schriften beizubringen verpflichtet ist. Wir halten die marxistische Gedankenwelt für eine Denk- und Forschungsmethode. Die alte sozialdemokratische Partei lehnt grundsätzlich jede Kampfgemeinschaft mit dem Syndikalismus ab. Wir können, nachdem wir Kampfmethoden des Syndikalismus haben übernehmen müssen, uns nicht grundsätzlich (ablehnend, Hrg.) gegenüber einer Kampfgemeinschaft mit dem Syndikalismus verhalten. Ebenso selbstverständlich aber ziehen wir eine klare Trennungslinie gegenüber der Ideologie des

---

stehen — gerade ein Häuflein Intellektueller, welche die kommunistische Bewegung in unrichtige Bahnen lenken wollen. Das ist auch bei Euch der Fall: typische schwankende Intellektuelle wie Laufenberg und Wolffheim stehen an der Spitze der Kampagne gegen solche Intellektuellen« wie Klara Zetkin, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg auf« (*Manifest, Richtlinien, Beschlüsse*, a.a.O., S. 315f).

<sup>46</sup> Jakob Walcher, der mit Wilhelm Pieck die Parole der ‚loyalen Opposition‘ gegenüber einer potentiellen Arbeiterregierung vom 23. 3. 1920 vertreten hatte, war ein bevorzugtes Ziel der KAP-Kritik.

Syndikalismus, die eine auf vormarxistischem Standpunkt stehen gebliebene Ideologie ist. Wir aber stehen nach wie vor auf dem Boden des Marxismus. Auch sind wohl ein paar Sätze nötig über unsere Stellung zu der sog(enannten) Hamburger Richtung<sup>47</sup>, zu der Adresse der Genossen Laufenberg und Wolffheim. Wir haben gegenüber den Verdächtigungen der Reichszentrale, die Opposition steure auf den sog(enannten) Nationalbolschewismus los, Front gemacht. Das, was in der Adresse steht, hat nichts zu tun mit dem Nationalbolschewismus eines Eltzbacher.<sup>48</sup> Vielleicht haben beide Gedankengänge einen Schnittpunkt, aber es sind doch schließlich zwei grundverschiedene Welten, aus denen sie stammen. Nichts destoweniger müssen wir Sätze wie die über den Burgfrieden mit der Bourgeoisie<sup>49</sup> ablehnen. Wir glauben, dass diese Gedanken der Adresse durch die Ereignisse der letzten Zeit von der Tagesordnung abgesetzt worden sind.

*Die Debatte schließt.*

## DER AUFBAU DER PARTEI

Der PARTEITAG beschließt, nunmehr in die Beratung des von Berlin vorgelegten Organisations-Status zu treten.

Der VORSITZENDE des Parteitages leitet die Debatte mit folgenden Ausführungen ein: Der Parteitag muss sich entscheiden, welchen Namen er der neuen Partei geben will. Die Verwirrung, die durch den gleichen oder durch einen ähnlich klingenden Namen wie dem des Spartakusbundes nicht nur in Berlin, sondern auch in Deutschland angerichtet worden ist, hat uns vielfach zum Schadengereicht. Literatur und Aktionen der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) werden vielfach uns aufs politische Kontoggesetzt. Um auch nach außen und in Äußerlichkeiten volle Klarheit zu schaffen, schlägt Berlin den Namen »Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands«<sup>50</sup> vor. Man hat gesagt, wir seien die rechtmäßigen Erben des alten Namens. Gewiss, wir haben im Geist der noch nicht korrumpierten Partei gearbeitet. Praktisch aber ergibt sich die Notwendigkeit der Namensänderung. Der Grundzug des dem Parteitag vorgelegten Organisations-Entwurfs ist, für alle Zukunft jede Vetternwirtschaft auszuschalten. So ist die Anstellung von Sekretären und bezahlter Kräfte Sache des Parteitages und nicht der Zentralleitung, worin wir uns vom Spartakusbund unterscheiden.

---

<sup>47</sup> Vgl. dazu Hans Manfred Bock, Syndikalismus und Linkskommunismus, a.a.O., S. 274ff.

<sup>48</sup> S. Otto Ernst Schüddekopf, Linke Leute von rechts. Die national-revolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1960, S.104 f zu: Paul Eltzbacher, *Der Bolschewismus und die deutsche Zukunft*, Jena 1919.

<sup>49</sup> Die Hamburger These vom November 1919 besagte, dass man nach dem Sieg der sozialen Revolution in Deutschland den Krieg gegen den westlichen Imperialismus — nach Möglichkeit mit Unterstützung der UdSSR — wieder aufnehmen müsse; in dieser Situation des Kampfes nach außen, sei das revolutionäre Proletariat an einem Stillhalte-Abkommen, einem >revolutionären Burgfrieden< im Inneren, mit der deutschen Bourgeoisie interessiert.

<sup>50</sup> Dieser Name stand schon auf dem Gründungskongress der KPD(S) zur Debatte (s. Hermann Weber, Hg., *Der Gründungsparteitag der KPD*, a.a.O., S. 67).

Ein DELEGIERTER BERLINS hebt aus Gründen der historischen Gerechtigkeit hervor, dass tatsächlich nach dem Organisationsstatut des Spartakusbundes die Anstellung bezahlter Kräfte der nachträglichen Bestätigung des Parteitages unterliege.<sup>51</sup> (*Zuruf: Ist aber nie geschehen!*). Von einer Generaldebatte über den Organisationsentwurf wird Abstand genommen, der Parteitag tritt sogleich in die Spezialberatung ein.

Es setzt eine lebhafte Debatte ein über die Notwendigkeit der Namensänderung und über den zu wählenden Namen. Die mitteldeutschen Delegierten wünschen den Namen KPD beibehalten zu wissen, Hamburg und Hannover erklärten sich für den von Berlin vorgeschlagenen Namen.

Anträge, zu wählen KPD, Internationale Kommunisten Deutschlands oder Kommunistischer Arbeiter-Bund Deutschlands werden abgelehnt<sup>52</sup>, mit starker Majorität entscheidet sich der Parteitag für den Namen Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands.

*Nach eingehender Spezialberatung erhält das Organisationsstatut folgende Fassung: . . .*<sup>53</sup>

#### STATUTEN DES GRÜNDUNG-PARTEITAGES DER KAPD VOM APRIL 1920

1. Die Parteimitgliedschaft kann jede Person erwerben, die Programm und Satzung anerkennt.
2. Die K. A. P. D. ist eine zentral aufgebaute Organisation. Die Partei baut sich auf Wirtschaftsbezirke auf, die vom Parteitag festgesetzt werden. Zwecks organisatorischer Durcharbeitung ist jeder Wirtschaftsbezirk in Ortsgruppen zu zergliedern. Die Zahl und die Art dieser Ortsgruppen bestimmt jeder Bezirk selbständig. Die Wirtschaftsbezirke beschließen ihre Organisationssatzungen selbständig, die sich im Rahmen der Gesamtpartei zu halten haben.
3. Die Aufgaben des Wirtschaftsbezirks sind Propaganda, Durchführung der von der Partei beschlossenen Aktionen, sowie Einkassierung der Beiträge und Führung der Verwaltungsgeschäfte des Bezirkes.
4. Der Beitrag für die Hauptkasse beträgt pro Monat und Mitglied 50 Pf., die vom Wirtschaftsbezirk einzuziehen und an die Hauptkasse abzuführen sind. Für arbeitslose und kranke Mitglieder, denen die Ortsgruppe die Beiträge erlässt, bestehen der Hauptkasse gegenüber keine Verpflichtungen.

---

<sup>51</sup> In § 8 des Satzungsentwurfs des Gründungsparteitages der KPD hieß es: »Besoldete Angestellte in leitender Stellung der Partei werden von den höchsten Instanzen (Vollversammlung der Ortsgruppe, Bezirkskonferenz, Parteitag) gewählt und können jederzeit von diesen Instanzen abberufen werden. Sie haben sich alljährlich aufs Neue zur Wahl zu stellen. Dringende Neuanstellungen für das Reich nimmt der Zentralausschuss vor. Sie müssen vom nächsten Parteitag bestätigt werden. Zu den Angestellten in diesem Sinne gehören: Sekretäre, Redakteure, Agitatoren und Geschäftsführer« (Hermann Weber, Hg., *Der Gründungsparteitag*, a.a.O., S. 308).

<sup>52</sup> Der Name der IKD verweist auf das Bewusstsein, die KAPD stehe in der Tradition dieser Nachkriegsformation. Mit dem Namen »Kommunistischer Arbeiter-Bund« wollte man den Gebrauch des Partei-Begriffs vermeiden, um auf den nicht auf parlamentarische Wahlen orientierten Charakter der neuen Organisation hinzuweisen.

<sup>53</sup> Dieses Dokument ist zugänglich in: Hans Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus*, a.a.O., S. 417f.

Die Höhe der Lokalbeiträge zu bestimmen, bleibt den Ortsgruppen überlassen.

5. Aus der Partei wird ausgeschlossen, wer gegen die Grundsätze und Beschlüsse der Partei handelt. Über den Ausschluss entscheidet die Ortsmitgliederversammlung, endgültig bei Berufung die Delegierten-Versammlung des Wirtschaftsbezirkes.

6. Alljährlich findet mindestens ein ordentlicher Parteitag statt, der von der Zentralleitung einzuberufen ist. Auf Antrag von mindestens ein Drittel der bestehenden Wirtschaftsbezirke ist die Zentralleitung zur Einberufung eines außerordentlichen Parteitages verpflichtet.

7. Die Einberufung des ordentlichen Parteitages muss spätestens 4 Wochen, die eines außerordentlichen Parteitages 8 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben mit Angabe der provisorischen Tagesordnung den Wirtschaftsbezirken bekannt sein. Der Eingang der Einladung der Beschickung des Parteitages ist von den Wirtschaftsbezirken zu bestätigen.

Alle für den ordentlichen Parteitag gestellten Anträge sind mindestens 14 Tage vor dem Parteitag bei der Zentrale einzureichen, die dieselben spätestens 10 Tage vor Abhaltung des Parteitages den Wirtschaftsbezirken zu unterbreiten hat.

8. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei, Zur Teilnahme an demselben sind berechtigt:

1. Die gewählten Vertreter aus den einzelnen Wirtschaftsbezirken, deren Anzahl nach Maßgabe der organisierten Genossen beschickt wird. Jeder Wirtschaftsbezirk hat jedoch das Recht, mindestens einen Vertreter zu entsenden.
2. Die Redakteure und die Zentralleitung der Partei.
3. Die Vertreter der Allgemeinen Arbeiterunion.

Stimmberechtigt auf dem Parteitag sind jedoch nur die aus den Wirtschaftsbezirken Delegierten der Partei. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Gültigkeit des Beschlusses des Parteitages ist eine Beschlussfassung durch die Mehrheit der Anwesenden ausreichend.

9. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit der Zentralleitung.
2. Bestimmung des Ortes, an welchem die Zentrale ihren Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl der Zentralleitung.
4. Die Anstellung von besoldeten Parteisekretären.

5. Die Beschlussfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.

Die Zentralleitung besteht aus je einem von den Wirtschaftsbezirken gewählten Delegierten und einem geschäftsführenden Ausschuss von 7 Genossen, der unmittelbar vom Parteitag mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt wird.

...Zentrale und geschäftsführender Ausschuss haben mindestens monatlich in einer Vorsitzung zu tagen, sie sind untereinander gleichberechtigt.

Der erweiterten Zentrale steht das Recht zu, vorbehaltlich der nachträglichen Zustimmung des Parteitages Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses jederzeit abzurufen und durch andere zu ersetzen.

Die Mitglieder der erweiterten Zentrale haben in den Organisationen ihres Wirtschaftsbezirkes zu wurzeln und können jederzeit von diesen zurückberufen und durch einen anderen Vertreter ersetzt werden.

[*Kommunistische Arbeiter-Zeitung* (Gross-Berlin), 1. Jg. (23. April 1920), Nr. 90.]

## 2. Tag.

### PARLAMENTARISMUS UND BETRIEBSRÄTEGESETZ

Am zweiten Tag des ersten Parteitages der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands wird zunächst der Rest des Organisationsstatuts erledigt.

Der REFERENT zum Punkt »Parlamentarismus und Betriebsrätegesetz« nimmt sodann das Wort:

Der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe, sehe ich mich veranlagt, den Parteitag mit einem Referat zu langweilen über einen Gegenstand, der eigentlich wohl zu den überwundenen Dingen gehört. Ich hatte, wenn die Formulierung des Themas von meinem Willen abgehangen hätte, präzisiert: Antiparlamentarismus. Wenn wir heute überhaupt noch dazu Stellung nehmen, so nicht deshalb, um alle Argumente, die unter Umständen für oder gegen den Parlamentarismus in Frage kommen, zu wiederholen, sondern lediglich aus Gründen der historischen Betrachtung. Parlament ist zweierlei. Einmal die Institution des Parlaments selbst, zweitens die Beteiligung an den Wahlen selbst. Die Geschichte des Parlamentarismus ist die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Die großen Revolutionen des Englischen und Französischen Bürgertums im 17. und 18. Jahrhundert waren Revolutionen, die die Herrschaft des Bürgertums begründeten und die in der Form des Parlamentarismus dem Bürgertum jene Regierungsform verschafften, die die dem Bürgertum eigentümliche ist. Wenn man die Reden der großen englischen Parlamentarier nachliest, so muss man dem Bürgertum das Zugeständnis machen, dass es damals als aufsteigende Klasse auch geistig eine Macht darstellte, was man heute von ihm nicht mehr behaupten kann. Bei jeder aufsteigenden Klasse nimmt man Kräfte wahr, die über das Alltägliche hinauswachsen. Im Parlament konzentriert sich das ganze geistige Leben des Bürgertums, seine Verhandlungen und Beschlüsse sind der Gradmesser für die ganze Gedankenwelt und die Ideologie des Bürgertums. Betrachten wir das Parlament als eigentliche Herrschaftsform des Bürgertums, so ist vom Standpunkt des Proletariats gegeben, dass der Parlamentarismus für dieses als Herrschaftsform niemals in Frage kommen kann. Wenn wir den Parlamentarismus zum Gegenstand unserer politischen Stellungnahme machten, so geschieht es von der anderen Seite her, und es dreht sich darum, ob heute, wo das Proletariat im revolutionären Kampf um die Macht ringt, es an den Wahlen selbst teilnehmen soll oder nicht. Wenn wir auch sagen, der Parlamentarismus ist für uns definitiv erledigt, so müssen wir uns doch hüten, die Frage der parlamentarischen Beteiligung für alle Länder und für alle Zeiten, auch für die Vergangenheit, grundsätzlich so oder so zu beantworten. Wir lehnen es insonderheit ab, unseren Bruderparteien Vorschriften über ihre parlamentarische Beteiligung zu machen. Wir müssen betonen, dass, was die deutsche Vergangenheit angeht, wir zu keiner grundsätzlichen Ablehnung kommen können, sondern dass man der Frage vom historischen Standpunkt aus gerecht werden muss. Die Frage ist so gestellt: Wie verhält sich das Proletariat zum Parlamentarismus im

Klassenstaat? Und da werden wir unterscheiden müssen: Wie verhält sich das Proletariat in Ländern, in denen der Kapitalismus noch in der Entwicklung begriffen ist; wie in Ländern mit voller kapitalistischer Entfaltung, wo aber eine Feudalklasse noch die politische Herrschaft besitzt; wie dort, wo der Kapitalismus in seiner höchsten Entfaltung vorhanden ist, also in Staaten, in denen unter den Wirkungen des imperialistischen Krieges bereits der Zerfall der kapitalistischen Wirtschaftsformen eingetreten ist. Wenn wir die Zeit ins Auge fassen, in der der Kapitalismus sich im Anfangsstadium seiner Entwicklung befand, wenn wir das Deutschland der 1860er und 1870er Jahre betrachten, so müssen wir uns sagen, dass damals die Beteiligung an dem Parlamentarismus für das Proletariat nicht unbedingt abzulehnen war. Hatte das Proletariat die Möglichkeit, seinen Klassenkampf zu organisieren und den Gedanken des Sozialismus zu verbreiten? Das Deutschland der 60er Jahre stand unzweifelhaft unter der Signatur des Feudalismus. Wohl stand das Kapital in den Anfängen seiner Entwicklung, aber die eigentlichen politischen Machtpositionen befanden sich in den Händen der preußischen Junkerklasse. Für das Proletariat konnte es sich nur darum handeln, dem Kapitalismus jene Entfaltungsmöglichkeit zu verschaffen, die notwendig war für die Vorbereitung des Sozialismus. Es musste bis zu einem gewissen Punkte mit dem Bürgertum zusammengehen und gegen das Feudalsystem angehen. Die Beteiligung am Parlamentarismus war für das Proletariat geboten. Damit aber ist nicht gesagt, dass diese Beteiligung sich auswachsen musste zu einem Festhalten am Nur-Parlamentarismus und dass man landen musste im Stadium des parlamentarischen Kretinismus<sup>54</sup>, der die späteren Jahre kennzeichnet. Das Feudalsystem wurde in Preußen-Deutschland von dem aufsteigenden Bürgertum mehr und mehr zurückgedrängt. Wenn 1890 Bismarck, die grandioseste Verkörperung des Feudalismus, zur Abdankung gezwungen wurde, so war das nicht die Abdankung einer Person, sondern eines Systems. Der neue Kurs bedeutete nicht nur die Einstellung auf eine neue Art zu regieren, sondern bedeutete gleichzeitig das Aufkommen der imperialistischen Epoche für Deutschland, das Eintreten in die Weltpolitik. Kritiker des Parlamentarismus haben der Auffassung Ausdruck gegeben, dass mit 1890, mit der Aufhebung des Sozialistengesetzes, der Zeitpunkt gegeben war, wo man ein Ende mit dem Parlamentarismus zu machen verpflichtet war. Man kann ja über den Zeitpunkt verschiedener Auffassung sein.

Ich sage, in Ländern, in denen der Kapitalismus sich noch nicht so vollkommen durchgesetzt hat, dass er auch politisch die Situation beherrscht, kann eine Beteiligung des Proletariats am Parlamentarismus in Frage kommen. Wie steht es nun aber mit Ländern jener Epoche, in denen der Kapitalismus sich voll ausgewirkt hat und wo er sich einen politischen Wirkungskreis verschafft hat, in dem ihm von außen her durch eine historisch überwundene Klasse nicht beizukommen ist, — im Zustand der vollendeten Demokratie? In Deutschland war bis zum 9. November 1918 das

---

<sup>54</sup> In den Begriffen des »Nur-Parlamentarismus, und des parlamentarischen Kretinismus« ist der Bezug zur Vorkriegs-Kritik der linken Radikalen (Rosa Luxemburg, Anton Pannekoek) in der Sozialdemokratie deutlich.

Junkertum die herrschende politische Klasse. Der 9. November war keine proletarische Revolution, wenn er auch vom Proletariat gemacht worden ist. Der Gedanke des 9. November trug keineswegs proletarischen Charakter. Auch in der Nacht vom 8. zum 9. November ist nicht daran gedacht worden, irgendetwas am kapitalistischen System zu ändern, es lag vor eine Umwälzung der politischen Machtverhältnisse. An den kapitalistischen Eigentums-Verhältnissen wurde nicht das Geringste geändert. Das erste, was die sogenannte kapitalistische<sup>55</sup> Regierung tat, war, dass sie das Eigentum für sakrosankt erklärte. Wenn also bis zum 9. November das Junkertum der herrschende Faktor war, so kann man sagen, dass von da an dem Bürgertum die politische Macht in die Hände gegeben worden war. In einem Zustande, wo wir von einer politischen Diktatur der Bourgeoisie sprechen können, müssen natürlich die Klassengegensätze ungeheuer scharf aufeinanderprallen. War früher das Junkertum vorhanden, so konnte der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht so scharf in Erscheinung treten, weil das Proletariat ein Interesse daran hatte, die historisch überwundene Klasse restlos zertrümmert zu sehen; war aber die Diktatur des Bürgertums vorhanden, mussten die klaffenden Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit scharf in Erscheinung treten. In einem solchen Zeitpunkt, wo die Klassengegensätze auf die Spitze getrieben erscheinen, ist die Stellungnahme des Proletariats zum Parlamentarismus von entscheidender Bedeutung. In dieser Periode, in der das Bürgertum das Parlament als den eigentlichen Machtfaktor besitzt, in der der Parlamentarismus die eigentliche Regierungsform, die Regierung nur einen Ausschuss des Parlaments darstellt, kann für das Proletariat eine Beteiligung nicht mehr in Frage kommen. (*Sehr richtig!*).

Wie sind die Wirkungen des Parlamentarismus auf die Massen und auf die Parlamentarier? Die Wirkungen auf die Massen sind zunächst politischer Art. Wenn heute eine sozialistische Partei sich aktiv beteiligt, so wird sie sich wohl oder übel gezwungen sehen, eine Wahlpolitik zu treiben. Sie kann sich so revolutionär gebärden wie sie will, sie ist gezwungen, Mandatspolitik zu treiben. Sie wird sich einstellen müssen, ein Wahlapparat zu sein, sie wird auf die Zahl der Stimmen und die Zahl der Mandate großes Gewicht legen müssen. Die alte Partei war der sprechendste Beweis dafür. Wenn man Mandate braucht, braucht man Wähler, und wenn man Wähler braucht, darf man nicht wählerisch sein in den Methoden des Stimmenfangs. Übelstes politisches Anreissertum ist unzertrennlich vom Parlamentarismus. Man wird Unklarheit über die eigentlichen Ziele lassen, unter Umständen Ziele verleugnen, und wird Grundsätze über Bord werfen. Sitzt man einmal im Parlament, so kann man sich, wie die Praxis es erweist, auf die Dauer nicht auf eine Politik der Negation beschränken, die Verhältnisse sind stärker als der Wille einzelner Parlamentarier. Man entschließt sich zu diesen und jenen Kompromissen mit den bürgerlichen Parteien, was im Grunde nichts anderes als die Preisgabe sozialistischer Ziele, Grundsätze und Klassenkampf-Methoden bedeutet. Wir haben nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern erlebt, wie das in einer Katastrophe wie

---

<sup>55</sup> Mut richtig wohl heißen: sozialistische.

der vom 4. August 1914 endet. Die demoralisierende Wirkung auf Parlamentarier kam in der Erzberger Affäre<sup>56</sup> zum Ausdruck. In jenem Prozess richtete sich der gesamte bürgerliche Parlamentarismus (selbst). Die Verbindung der Politik mit dem Geschäft ist ja dasjenige, was im bürgerlichen Parlamentarismus zur Selbstverständlichkeit wird. Der Parlamentarier wird gewählt, um die geschäftlichen Interessen der bürgerlichen Klasse wahrzunehmen. Das Parlament wird zum Bureau des Kapitalismus. Wenn man Karl Liebknecht zum Beweis dessen anführt, dass es auch Parlamentarier gibt, denen der parlamentarische Betrieb nicht gefährlich wurde, so ist das eben kein Argument für den Parlamentarismus, sondern ein Argument für Karl Liebknechts Größe. Viel schlimmer als auf die Parlamentarier sind die moralischen Wirkungen des Parlamentarismus auf die Massen, und gerade in Deutschland bedeutet die parlamentarische Teilnahme die Erziehung des Proletariats zur politischen Unselbständigkeit. Der Gedanke, dass Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse da sind, erzeugt nur zu leicht das Gefühl, dass die Aktion überflüssig sei. Aber die Vertreter, die Parlamentarier, haben das Proletariat nicht vertreten, sondern zertreten, um mit Marx zu reden. Doch noch gefährlicher ist die Tatsache, dass durch die parlamentarische Beteiligung die Illusion geweckt wird, als ob man mit Hilfe des Parlaments zum Sozialismus gelangen könnte — eine überaus gefährliche Illusion! Sie zu pflegen und zu nähren, hat insonderheit auch die U.S.P. alles getan. Sie hat die Masse im Autoritätsgläubig an die parlamentarische Führerschaft erzogen. Als ich dieser Tage mit U.S.P.-Leuten ein Gespräch über die Trennung vom Spartakusbund hatte, wurde die überaus bezeichnende Frage gestellt: „*Wer sind denn eigentlich Eure Führer?*“ (*Heiterkeit*). Das allerdings ist eine Frage, auf die sich die Kernfrage des ganzen sozialistischen Problems konzentriert. Dass man der Autorität der Führer entraten kann, das will einem richtigen U.S.P.-Mann nicht in den Kopf. Gegen diesen autoritären Gedanken haben wir Sturm gelaufen, gegen ihn werden wir weiter Sturm laufen. Man weist darauf hin, dass auch die russischen Kommunisten noch kurz vor Ausbruch der Revolution in die Duma gingen. Aber man soll nicht vergessen, dass das russische Proletariat von ganz anderer Energie beseelt war, von ungebrochenen revolutionären Energien. Für die Russen bedeutete die Teilnahme am Parlament kein Risiko, sie standen in einer von der deutschen völlig verschiedenen Situation. In Deutschland kommt alles darauf an, die Bahn frei zu machen für die Initiative des deutschen Proletariats.

Ich sagte bereits, dass wir hauptsächlich den Parlamentarismus nicht in dem Sinne ablehnen, dass wir ihn endgültig und für alle Zeiten ablehnen, was uns in Gegensatz zum Syndikalismus und Anarchismus setzt. Deren Radikalismus ist im Grunde genommen gar keiner. Man hat von der formalen und der Logik der Tatsächlichkeit gesprochen. Formale Logiker, die sie sind, glauben die Syndikalisten nach einer im Kopf gefassten Idee die Welt ummodellieren und einrichten zu können. Wir dagegen suchen vom geschichtlichen Boden aus die Tatsachen zu meistern, wir sind die eigentlichen Dialektiker der Geschichte.

---

<sup>56</sup> Vgl. Anmerkung 33.

Wie liegen nun heute die Dinge in Deutschland? Wir sind der Ansicht, dass sich der Kapitalismus in Deutschland in einem Zersetzungsprozess befindet, aus dem es nach unserer Meinung keinen Ausweg mehr gibt. Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem Zustand, wo von einer eigentlichen Wirtschaft überhaupt nicht mehr die Rede sein kann, denn die Produktionsmöglichkeit und der Produktionswille fehlen. Die Produktionsmöglichkeit fehlt, denn das Proletariat hat Gott sei Dank nicht das geringste Interesse, für eine Bankerotte Wirtschaft zu schufteln. Vom deutschen Bankrott sind auch die Gläubiger Deutschlands, die Entente-Staaten, aufs allerernsteste bedroht. In einer solchen Situation nun die politische Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie im Parlament aufzunehmen, würde bedeuten, dass man dem sich selbst zersetzenden Kapitalismus eine Stütze gibt, dass man ihm, um ihn wirtschaftlich retten zu können, politisch auf die Beine hilft. Die Teilnahme am Parlament bedeutet nichts anderes, als den Glauben zu erwecken, dass noch etwas anderes als der Sozialismus imstande wäre, die Wirtschaft zu retten. Diese Illusion zu erwecken, halten wir für gefährlich. Es kann nur darauf ankommen, dass das Proletariat dem Parlamentarismus den Todesstoß gibt. Den erhält er wahrhaftig nicht im Parlament selbst, das letzte Stadium des großen Kampfes zwischen Kapital und Arbeit wird vielmehr durchgekämpft mit ausschließlich proletarischen Klassenkampfmitteln. Die Frage lautet also nicht: Parlamentarismus oder Antiparlamentarismus, sondern Sozialreform oder Revolution. Parlamentarismus ist gleichbedeutend mit Konterrevolution, Antiparlamentarismus ist Revolution selbst! Und wir entscheiden uns für die Revolution und damit für den Antiparlamentarismus. (*Leb[hafter] Beifall*).<sup>57</sup>

Der VERTRETER DER GRIECHISCHEN BRUDERPARTEI erklärt, dass er sich mit den grundlegenden Gedanken des Referats einverstanden erklärt. Er übt scharfe Kritik an der U.S.P., die sich an den Wahlen zum Betriebsrätegesetz beteiligte, und führt an, dass es einfach nicht verstanden werde, dass sich die Berliner kommunistischen Genossen an der Generalversammlung der sog(enannten) erw(eiterten) Betriebsräte beteiligten.

Ein DELEGierter BERLINS weist darauf hin, dass die Generalversammlung zwar auf sehr sonderbare Weise zustande gekommen sei, dass aber doch auch revolutionäre Räte, die im revolutionären Kampf entstanden, in ihr sagen. Die Kommunisten hätten deshalb die Pflicht, in der Generalversammlung zu bleiben und auf ihre Reinigung zu dringen. Wenn der Referent nicht eingegangen sei auf das Betriebsrätegesetz, so ergebe sich

---

<sup>57</sup> Der EKKI-Brief vom 2. Juni 1920 kommentierte diese Ausführungen: »Eine absolut irrtümliche Stellung hat der Berliner Parteitag der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands auch in der Frage des Parlamentarismus eingenommen. Der Parteitag hat sich gegen jegliche Ausnutzung des Parlamentarismus in dem gegenwärtigen Deutschland geäußert. Und der Parteitag fand in seiner Begründung keine einzige ernste Beweisführung außer den gewöhnlichen anarchistischen »Beweisführungen, zur Verteidigung dieser Entscheidung.« Der Brief geht dann inhaltlich nicht auf die KAPD-Argumente ein, sondern stellt als beispielhaft die Erfahrungen der Bolschewiki in und mit der Duma dar (s. *Manifest, Richtlinien, Beschlüsse ... a.a.O.*, S. 3021f).

doch aus dem Referat mit aller Deutlichkeit, dass die Komm(unistische) Arbeiterpartei es ablehne, einem Gesetz von so konterrevolutionärer Wirkung, wie dem Betriebsrätegesetz, zu politischer Wirklichkeit zu verhelfen.

*Ein Antrag auf Schlug der Debatte, da alle Anwesenden Antiparlamentisten seien, wird angenommen.*

*Ohne Debatte werden folgende*

## LEITSATZE ÜBER PARLAMENTARISMUS

*angenommen:*

1. Das Parlament ist neben anderen ein Mittel der herrschenden Klassen zur Ausübung und Aufrechterhaltung ihrer Macht. Wie gegen die Macht der Bourgeoisie überhaupt, führt das Proletariat auch gegen dieses politische Mittel der Bourgeoisie einen Kampf, der bis zur Vernichtung der Macht der Bourgeoisie und bis zur Eroberung der Macht durch das Proletariat dauert.
2. Während des Kampfes um die Macht ringt das Proletariat mit aller Kraft um die Durchsetzung und Durchbildung des Revolutionären Rätessystems als um die seinem Klassenbewusstsein entsprechende Organisations- und Ausdrucksform. Nach Eroberung der Macht werden die Funktionen des Parlaments ersetzt durch die Funktionen der Arbeiterräte.
3. im gegenwärtigen Zeitpunkt befindet sich das Proletariat in der furchtbarsten, sich noch ständig verschärfenden Weltwirtschaftskrise. In dieser Situation führt der fortgeschrittenste Teil des Proletariats den Kampf um die Eroberung der politischen Macht sowohl — wie den Kampf um die Vorbereitung und Grundlegung einer wahrhaft kommunistischen Gesellschaft.
4. Diesen Kampf führt das Proletariat mit allen politischen und wirtschaftlichen Mitteln, die dem Wesen des proletarischen Klassenkampfes entsprechen — Massendemonstrationen, Massensstreiks, Generalstreik, Generalaufstand usw. Nicht entspricht ihm Teilnahme an Parlamenten (Reichs-, Landes- und Ortsparlament).
5. Teilnahme am Parlament, zu welchem Zweck es auch immer sei (Mitarbeit oder Sabotage dort, Legalitätsmöglichkeit oder illegale Auswirkung) bedeutet, ganz abgesehen davon, dass die Verfolgung solcher Zwecke unter den heutigen Verhältnissen illusorisch gemacht werden wird, Beibehaltung bürgerlicher Auffassungen und Störung des im Klassenkampf entwickelten Selbstbewusstseins des Proletariats.
6. Aus diesen Gründen lehnt die Kommunistische Arbeiter-Partei die Teilnahme am Parlament ab. Sie sieht im Fortgang dieser Revolution keine Möglichkeit, die das deutsche Proletariat noch einmal veranlassen könnte, Vertreter in das Parlament zu senden.

*Es folgt als letzter Punkt der Tagesordnung:*

## UNSERE STELLUNGNAHME ZU DEN GEWERKSCHAFTEN UND DER ALLGEMEINEN ARBEITER-UNION

Der REFERENT führt aus: Wir können als Partei, die sich einstellt auf die Unversöhnlichkeit gegenüber der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die jede Konzession in Richtung reformistischer oder revolutionärer Provisorien weit von sich weist und ihre Ziele im revolutionären Kampf zu erreichen sucht, den Gedanken der gewerkschaftlichen Organisation, wie er in Deutschland verwirklicht worden ist, nicht gutheißen und übernehmen. Wir Kommunisten sind in all unseren revolutionär-politischen Handlungen und Absichten orientiert von der Wahrnehmung des proletarischen Klasseninteresses aus. Proletarisches Klasseninteresse ist das Interesse an der Befreiung aller Werktätigen, die durch die kapitalistischen Ausbeutungsmethoden, unter denen, was Deutschland angeht, die internationalen tributären Verpflichtungen eine besondere Rolle spielen, ausgepowert werden. Die Wahrnehmung des proletarischen Klasseninteresses setzt also den unversöhnlichen Kampf mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise voraus. Die Gewerkschaften lehnen diesen revolutionären Kampf nicht nur ab, sie haben sich vielmehr je länger je fester zu kapitalsichernden Einrichtungen ausgebaut. Sie kämpfen für die bestehende Wirtschaftsweise und bestehende Staatsform, und sie kämpfen innerhalb deren für wirtschaftliche Vorteile, wie sie der einzelne Berufsverband gerade zu ergattern vermag. Es ist ein Kampf, der sich immer und immer wieder erneuern und wiederholen muss, da er dem Arbeiter, wenn seine Lage allzu bedrückt und unerträglich geworden ist, bei glücklich verlaufenem Lohnkampf zwar für einige Zeit Luft schafft, aber eine Erweiterung des Nahrungsspielraums für die Arbeiterklasse nicht zur Folge hat, weil der Nahrungsspielraum für die Arbeiterklasse innerhalb der kapitalistischen Welt sich von vornherein in bestimmten engen Grenzen halten muss. Wir übernehmen bei dieser Feststellung nicht etwa die Argumente der englischen Kritiker der gewerkschaftlichen Organisation, die sich im Wesentlichen auf die sog(enannte) Lohnfonds-Theorie stützten. Nach ihr soll im kapitalistischen Produktionsprozess für die Entlohnung der Arbeiterklasse ein bestimmter Fonds zur Verfügung stehen, der sich ergibt aus der Summe des Kapitals, das als Ersparnis bei der früheren Produktion zurückgelegt werden konnte, nach Abzug dessen, was für Betriebsanlagen und Rohstoff benötigt wird. Die Lohnfonds-Theorie wird heute von keinem sozialistischen Theoretiker mehr aufrecht erhalten. Wohl aber ist klarer und klarer zu Tage getreten, dass die wirtschaftliche Sicherheit des einzelnen nur erreicht werden kann innerhalb der sozialistischen Produktionsweise. Wir können den Kampf um die wirtschaftliche Sicherstellung des Einzelnen nur führen als Kampf um die sozialistische Gesellschaft. Und wir können diesen Kampf nur führen in der unbedingten Unversöhnlichkeit gegenüber der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Aus der stillschweigenden Anerkennung der kapitalistischen Wirtschaftsweise, aus dem resignierten Sich-Abfinden mit einem Zu stand, der den Nahrungsspielraum der Arbeiterklasse in jenen engen Grenzen festsetzt, die durch die kapitalistische Wirtschaftsweise gezogen sind, ergeben sich die Kampfmittel und Kampfmethoden der Gewerkschaften. Ich deutete bereits an und präzisiere mich hiermit, dass

der wirtschaftliche Kampf der Gewerkschaften, recht betrachtet, ein höchst unwirtschaftlicher Kampf ist insofern, als er bestimmte Verbesserungen in der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, hauptsächlich Lohnverbesserungen, nur für bestimmte kurze Fristen erzielt, nach deren Ablauf, da das Unternehmertum sie benützt, die erhöhten Lohnaufwendungen von der angegriffenen Profitrate auf den Preis der Ware, letzten Endes auf den seiner Willkür ausgelieferten Verbraucher, abzuwälzen, der Kampf um erneute, der inzwischen erfolgten Verteuerung der Lebenshaltung entsprechende Lohnverbesserungen von neuem einsetzt. Ist dieser Prozess aber ein dauernder, und er ist ein dauernder, wenn ich nicht der kapitalistischen Wirtschaftsweise ein Ende bereite, bewege ich mich im Zirkel; dann sind alle Millionen, die die Arbeiterklasse für die gewerkschaftliche Organisation aufbringt, letzten Endes zwecklos verpulvert und zum Fenster hinausgeworfen. (*Sehr richtig*). Nicht der Kampfcharakter, sondern der charitative Charakter überwiegt bei den Gewerkschaften. Ihre Ausgaben für Lohnkämpfe spielen im Etat eine sehr untergeordnete Rolle, die Ausgaben für Unterstützungszwecke dagegen die größte und ausschlaggebende Rolle. Die Gewerkschaften zahlen Kranken-, Arbeitslosen-, ReiseUnterstützungen, Sterbegelder und ähnliches. Sie übernehmen also freiwillig Lasten, die im Interesse der Erhaltung der Arbeiterklasse das Unternehmertum selber zu tragen hätte, sie stützen den kapitalistischen Unternehmer. Das System dieser Unterstützungen, bei dem durchaus nicht verkannt werden soll, dass die Not zur kameradschaftlichen Hilfe trieb, ist insofern äußerst gefährlich, weil es die bedrängten Massen in den Gewerkschaften die Rettungshafen erblicken lasst, in denen man sich geborgen fühlen kann; das aber bedeutet eine Entfremdung der Massen vom revolutionären Kampf und eine Lösung ihrer klassenkämpferischen Entschlusskraft.

Dem nicht revolutionären Kampfcharakter der Gewerkschaften entspricht die Methode ihrer Streikführung, bei der wir einen Augenblick verweilen wollen. Der Grundzug dieser gewerkschaftlichen Streikmethode ist, getreu dem Grundsatz, die kapitalistische Wirtschaftsweise vor Erschütterungen zu bewahren, Streiks nach Möglichkeit zu verhindern, nicht aber zu entfesseln. Mit eiserner Konsequenz und Hartnäckigkeit hat die Gewerkschaftsbureaukratie, eine vorzügliche Hilfstruppe des Kapitals, diese Methode in ein System geprägt, das von der Arbeiterschaft selber als quälende Fessel empfunden wird. Ein Blick in das 1914 erneut aufgestellte Regulativ für das Zusammenwirken der Gewerkschaften Deutschlands beweist den hemmenden Einflug der entscheidenden Bureau Instanz, der Generalkommission, und deren Tendenz, Streiks nach Möglichkeit zu verhindern: Die Gewährung von Mitteln aus dem unter der Verwaltung der Generalkommission stehenden Streikfonds hat zur Voraussetzung, dass der Generalkommission von der betreffenden Gewerkschaft das Mitbestimmungsrecht über alle taktischen Maßnahmen und über die Leitung des Kampfes bis zu seiner Beendigung eingeräumt wird; dass der betr(effende) Verband vor und bei Inszenierung des Kampfes die gebotene Vorsicht geübt hat und die gewerkschaftlichen Voraussetzungen für dessen Proklamierung erfüllt waren; der Vorstand des Verbandes, der einer Unterstützung bedarf, hat der Generalkommission einen begründeten Antrag

einzureichen, diese hat den Antrag zu prüfen und den Verbandsvorständen mit einem Gutachten zur Entscheidung zu unterbreiten. Die Verbandsvorstände also sind in diesem Verfahren die letzte Instanz nach unten zu, die befragt wird. Die Streiks werden durch das Dazwischentreten der Bürokratie in ihrem Klassenkampfcharakter gefälscht. Diese Methode der Streikverhütung hat dann auch zu jener Einrichtung geführt, die als vollendeter Ausdruck des Wesens der Gewerkschaften anzusprechen ist, dem Tarifabkommen. Die Nachteile des Tarifabkommens überwiegen bei weitem seine Vorteile. Das System der Tarifabschlüsse ist das System der fortgesetzten Waffenstillstands-Abkommen mit dem Kapital. Es hat nicht an Protesten der Arbeiterschaft gegen das überaus gefährliche und dem Klassenkampfinteresse strikt zuwiderlaufende System der Tarifabkommen gefehlt. So wurde dem dritten Gewerkschaftskongress zu Frankfurt 1899 folgende Resolution vorgelegt: »Die Vereinbarung eines Lohntarifs zwischen Arbeitern und Unternehmern bedeutet die vollkommene beiderseitige Anerkennung einer Preisnotierung, in der ausgedrückt ist, welchen Mindestpreis der einzelne Arbeiter vom Käufer seiner Arbeitskraft zu fordern hat. Die Gewerkschaften, die die Aufgabe verfolgen, den Marktpreis der Ware Arbeitskraft nach Möglichkeit zu erhöhen, haben aber ein vitales Interesse daran, zu verhüten, dass Lohntarife zu einem Hindernis für die Arbeiter werden, gute wirtschaftliche Konjunkturen für sich auszunutzen. Bei Eingehen von Lohntarifverträgen ist es daher im Interesse der Arbeiter unbedingt geboten, die Möglichkeit zu wahren, die Lohntarife schnell günstigen Wirtschaftskonjunkturen entsprechend abändern zu können. Die Festsetzung von Lohntarifen auf eine Reihe von Jahren hinaus ist darum ebenso zu vermeiden wie die Eingehung langfristiger Tarifkündigungszeiten, die das Unternehmertum in den Stand setzen, durch Organisation von Streikbrecherkolonnen den Widerstand gegen die Forderungen der Arbeiter zu verstärken. Auch unter dem Bestehen von Tarifverträgen wirkt der natürliche Interessengegensatz zwischen Unternehmer- und Arbeiterklasse unverändert weiter. Es sind deshalb bei Abschluss von Tarifverträgen alle Nebeneinrichtungen zu vermeiden, die die bestehenden Klassenunterschiede zu verschleiern und damit das für eine erfolgreiche Arbeiterbewegung unentbehrliche Klassenbewusstsein der Arbeiter zu beeinträchtigen geeignet sind.«<sup>58</sup> Noch auf dem 4. Gewerkschaftskongress in Stuttgart 1902 spielte die Opposition gegen das System der Tarifabkommen eine Rolle<sup>59</sup>, von da an gelang es der Bürokratie, der Opposition Herr zu werden, was nicht zum wenigsten darauf zurückzuführen war, dass das Unternehmertum erkannte, welche bedeutenden Vorteile die Tarifabkommen ihm bieten, und seinen anfänglichen Widerstand gegen sie fallen ließ. Man konnte im Gegenteil von einer Enthusiasmierung des Unternehmertums für die Tarifabkommen

---

<sup>58</sup> *Protokoll der Verhandlungen des dritten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Frankfurt/Main-Bockenheim vom 8.-13. Mai 1899*, Hamburg o. J. (1899), S. 150f; der Antrag wurde abgelehnt; s. ebd., S. 161

<sup>59</sup> Das Protokoll der Verhandlungen des vierten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Stuttgart vom 16.-21. Juni 1902, Hamburg o. J. (1902), S. 5-11, dokumentiert die Auseinandersetzungen zwischen dem Leipziger Verband der Buchdrucker, die Gegner der Tarifgemeinschaft waren, und dem Leipziger Gewerkschaftskartell.

sprechen, die sich kurz vor dem Kriege zu dem Wunsche steigerte, das Wesen der Tarifabkommen gesetzlich geregelt und geschützt zu wissen.

Was aber den Kommunisten zum leidenschaftlichen Gegner der Gewerkschaften und der von ihnen betriebenen Praxis werden lässt, ist das von den Gewerkschaften aufrechterhaltene Prinzip der differierenden Lebenshaltung. Ich verstehe darunter, dass es beispielsweise den Metallarbeiterverband nicht geniert, wenn er für sich relativ hohe Löhne erzielt, und wenn neben ihm, sagen wir einmal, der Verband der Tapezierer mit ungleich niedrigeren Löhnen auskommen muss. Ich nehme wahr, dass das Moment des Eigennutzes in der gewerkschaftlichen Praxis ebenso unangenehm in Erscheinung tritt wie überall in den Gefilden des Privateigentums und seiner Wirtschaft. Dass die Gewerkschaften keine prinzipiellen Gegner der Akkordarbeit sind, sie im Gegenteil gestatten und ihre Sätze regeln, sei nur nebenbei erwähnt. Natürlich können die Gewerkschaften immer den Einwand erheben, dass ihnen die Welt, in der sie leben, nicht gestattet, sozialistischen Theoremen nachzujagen. Es kommt jedoch darauf an, welcher Geist in einer Massenorganisation, und zumal in einer proletarischen, gepflegt wird. Eine scheinbare Organisation des Proletariats, in der nicht das sozialistische Ideal der vereinheitlichten Lebenshaltung, die noch lange nicht eine öde Uniformität der Lebensführung zu sein braucht, gepflegt wird.

Nun aber müssen wir bei unserer Kritik der Gewerkschaften ein Moment noch besonders in Betracht ziehen, das erst vor kurzem, im Verlauf der letzten politischen Krisis Deutschlands in Erscheinung getreten ist: Sie, die bei jeder Gelegenheit ihren unpolitischen Charakter betonen, haben durch den Mund der Leitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes verkünden lassen, sie seien nunmehr politische Organisationen.<sup>60</sup> Wie sieht das politische Programm aus, mit dem sie in die Arena treten? Es ist umrissen durch die bekannten 9 Punkte vom 20. März<sup>61</sup>, die den Vorwand abgeben mussten für den Abbruch des Generalstreiks, und durch eine Erklärung des gewerkschaftlichen Nachrichtendienstes. Es tut nichts zur Sache, dass bisher von einem Eingehen auf die 9 Punkte so gut wie gar keine Rede sein konnte, wir haben die 9 Punkte als eine Art politisches Programm zu betrachten und zu werten. Die Gewerkschaften beanspruchten und erreichten, dass bei der Neubildung der Reichs- und preußischen Landesregierung die Besetzung der Ressorts unter ihrem Einspruchs- oder Zustimmungsrecht gelöst werde. Sie verlangten ferner einen entschiedenen Einfluss auf die Neuregelung der Wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze, schnellste Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage unter ihrer Mitbestimmung, sie verlangten neue Sozialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten sollen, die sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der

---

<sup>60</sup>Hier wird Bezug genommen auf die traditionelle politische Neutralitätserklärung der Freien Gewerkschaften, zu der der Generalstreikaufruf des ADGB und des AFA-Bundes vom 13. März 1920 in einem anscheinenden Widerspruch stand.

<sup>61</sup> S. deren Wortlaut in: Heinz Josef Varain, a.a.O., S. 174f.

Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der Vertreter der Gewerkschaften hinzuzuziehen sind, die Übernahme des Kohlen- und Kalisyndikats durch das Reich und bestimmte Straf- und Schutzmaßnahmen hinsichtlich des Kapp-Putsches. Dass die Gewerkschaften auf die Kabinettsbildung Einfluss gehabt haben, ist Tatsache.<sup>62</sup> Verschiedene Kandidaturen mussten auf ihren Einspruch zurückgezogen werden. *De facto* bedeutete das ein Durchbrechen der Bestimmungen der Reichsverfassung; denn der Reichskanzler und die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen und sie bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages, jeder von ihnen muss zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluss sein Vertrauen entzieht. Wenn ferner die Mehrheitsparteien versprochen, den Gewerkschaften entscheidenden Einfluss auf die Neuregelung der Wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze einzuräumen, während nach den Bestimmungen der Reichsverfassung dieser entscheidende Einfluss nur dem Reichstag gebührt, so wurde gleichfalls die Verfassung durchbrochen und es tut nichts zur Sache, dass es sich, wie gesagt, in diesem Punkt um eine Versprechung der Fraktionsvorstände der Mehrheitsparteien handelte, die erst Wirklichkeit werden soll. Die Gewerkschaftsbureaukratie halte damit zweifellos viel erreicht und man versteht den Ton des Triumphes, auf den der »Gewerkschaftliche Nachrichtendienst« sein Resümee der nach dem Streik geschaffenen Lage zieht : Man spricht offen von einer groß angelegten politischen Aktion, der voller Sieg beschieden worden sei, tröstet die ramponierte Reichsverfassung damit, dass jeder Doktrinäre Parlamentarismus vom übel sei und dass man den realen Machtverhältnissen Rechnung tragen müsse und erklärt, dass die Gewerkschaften entschlossen seien, ihre politische Rolle weiterzuspielen.

Ich halte den Eintritt der Gewerkschaften in das politische Leben als erklärte politische Gruppe für das wichtigste Ereignis der ereignisreichen letzten Zeit, mit dem man sich abfinden muss. Die Gefährlichkeit dieser politischen Gruppe liegt auf der Hand. Man bedenke, dass eine proletarische Massenorganisation, die über 6 Millionen Arbeitende durch das System der Unterstützungen an sich kettet, mit der Wucht dieses, in einem demokratischen Staatswesen immer imponierenden Zahlenverhältnisses auf den Plan tritt und ein politisches Programm entwickelt, mit dem zweifellos der größte Teil dieser Massen im Herzen nichts zu tun hat. Dieses Programm ist der echtste Ausdruck jener » bürgerlich en Demokratie, die nicht als Diktatur des Kapitals auftreten könnte«, wie sich klassisch die Reichszentrale des Spartakusbundes ausdrückte<sup>63</sup>, — dem Spartakusbund blieb es ja auch vorbehalten, diese bürgerliche Demokratie, die nicht als Diktatur des Kapitals auftreten könnte, als von der größten Wichtigkeit für

---

<sup>62</sup> Zur Intervention der Gewerkschaften in die Verhandlungen um die durch den Rücktritt des Reichswehrministers Gustav Noske bedingte Regierungsumbildung in der letzten März-Woche 1920 s. Heinz Josef Varain, a.a.O., S. 178 ff.

<sup>63</sup> Abermals wird hier auf die Erklärung der Zentrale der KPD(S) vom 23.3.1920 (vgl. Anm. 24) angespielt, die die Zusage loyaler Opposition, gegenüber einer eventuellen Arbeiterregierung enthielt. Ober die in der parteikommunistischen Geschichtsschreibung bis heute kontrovers beurteilte Erklärung vom 23. 3. 1920 s. die Hinweise bei George Eliasberg, *Der Ruhrkrieg*, a.a.O., S. 156.

die Entwicklung in der Richtung zur proletarischen Diktatur zu bezeichnen. So ist denn das Bild so: Die gewerkschaftlich organisierte Masse vertauscht um den Preis der ihr gewährten Unterstützungen ihre politische Bewegungsfreiheit und Entschlussfähigkeit. Als politische Massenfallen, gestellt durch gerissene politische Fallensteller, erscheinen uns die Gewerkschaften. Unser Verhältnis gegenüber den Gewerkschaften ist klar und eindeutig: Wir fordern die Massen auf, sich für die politischen Zwecke der hohen Gewerkschaftsbürokratie nicht einfangen zu lassen, wir fordern sie auf, die Gewerkschaften zu meiden oder sie zu verlassen. Wir halten den Weg, in den Gewerkschaften zu bleiben und sie von innen heraus zu revolutionieren für wenig zweckentsprechend; die ganze äußere wie innere Struktur der gewerkschaftlichen Organisation führt zu einer Fälschung, Lähmung und Fesselung des Massenwillens. Außerdem würde einer entschiedenen, revolutionären Propaganda die Gewerkschaftsbürokratie in ihrem eigenen Haute gerade jetzt, wo sie politisch auf den Plan getreten ist, mit wirksamen Mitteln entgegentreten wissen.<sup>64</sup>

Das revolutionäre Proletariat hat sich eine Kampforganisation geschaffen, die seinem revolutionären Bedürfnis entspricht und die gleichzeitig eine für die sozialistische Gesellschaft brauchbare Organisation der schaffenden Kräfte darstellt. Das ist die Allgemeine Arbeiter-Union, zu der sich im Februar dieses Jahres zu Hannover eine Anzahl lokaler Betriebsorganisationen und industrieller Unionen zusammengefunden haben.<sup>65</sup> Die Union ist augenblicklich dabei, aus den Leitsätzen der verschiedenen Betriebsorganisationsgruppen, die übrigens dem Sinne nach alle übereinstimmen, ein einheitliches Statut zu machen. Der Inhalt dieses

---

<sup>64</sup> Das Offene Schreiben des EKKI vom 2. Juni 1920 sah in der »Teilnahme der Kommunisten an den Gewerkschaften und an der Wahlkampagne der Betriebsräte« die wichtigste Frage, über die auf dem KAP-Gründungskongress beschlossen worden war. Es kommentierte die vorgetragenen Argumente, ohne auf sie im Einzelnen einzugehen: »Der Berliner Kongress der Kommunistischen Arbeiterpartei hat in Deutschland offiziell die Parole des Austritts der deutschen Kommunisten aus den >freien< Gewerkschaften bestätigt — jene Parole, die Fritz Wolffheim, H. Laufenberg, Schröder, Friedrich Wendel und einige andere Literaten ausgegeben haben. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale kann sich durchaus nicht mit dieser Parole einverstanden erklären. Welche Beweisgründe führt der Berliner Kongress der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands für die Parole des Austritts der Kommunisten aus den ‚freien‘ Gewerkschaften an? Der Kongress führt nur eine einzige — leider völlig ungenügende und unverständige — Begründung an: die ‚freien‘ Gewerkschaften seien reformistische Verbände, die ein williges Werkzeug in den Händen der bürokratischen Führer bleiben.« Das EKKI plädierte entschieden für den Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie innerhalb der Verbände des ADGB. Zur AAU hieß es: »Sie haben die sogenannte Allgemeine Deutsche Arbeiterunion gegründet. Diesem Verband sind aber in ganz Deutschland nach der Aussage ihrer Organisatoren selbst insgesamt etwa 70.000 Mitglieder beigetreten. Und die Leiter dieses Verbandes führen die ganze Sache so, dass die Gefahr der Verwandlung derselben in einen typischen, von den Massen losgelüsten Sektiererverband, in eine rote Treibhausorganisation, die nicht fähig ist, sich mit den breiten Kreisen des Proletariats in Verbindung zu setzen, mit jedem Tage realer wird.« (Manifeste, Richtlinien, Beschlüsse . a.a.O., S. 295f).

<sup>65</sup> Zur Gründungskonferenz der AAUD auf Reichsebene vgl. Peter Kuckuk, *Bremer Linksradikele bzw. Kommunisten von der Militärrevolte im November 1918 bis zum Kapp-Putsch im März 1920*, Hamburg 1970, S. 326ff, und: Hans Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923*, a.a.O., S. 188ff.

Statuts ist im Wesentlichen der, dass die Union eine revolutionäre Kampforganisation und eine vorbereitende Erfassung der schaffenden Kräfte in einem für die sozialistische Gesellschaft brauchbaren Rahmen zu sein hat. Sie steht im praktischen Tageskampf genau wie die Partei in schärfstem Kampf gegen die Gewerkschaften, drängt hin auf Entscheidungskämpfe mit dem Kapital, ohne es jedoch abzulehnen, sich an Lohn- oder sonstigen wirtschaftlichen Kämpfen zu beteiligen ; sie will jedoch ihr Möglichstes tun, die sogenannten wirtschaftlichen Kämpfe des Proletariats als Klassenkämpfe erscheinen zu lassen und ihnen politischen Charakter geben.

Wir müssen der Union volle Selbständigkeit und Handlungsfreiheit einräumen. Da die Union nicht beansprucht, die politische Partei abzulösen, und da unsere Partei gleichfalls nicht daran denkt, den politischen Kampf zugunsten irgendwelcher Aktionen auf wirtschaftlichem Gebiet einzuschränken, so gehören Partei und Union in Kampfgemeinschaft zueinander. Und da die Union für kommunistische Ziele kämpft, wird ihre Selbstständigkeit in keiner Weise berührt werden, wenn sie in ihren Kämpfen die Parole der Partei übernimmt, wie das Wesen der Partei nicht berührt sein wird, wenn sie die Parolen der Union übernimmt.<sup>66</sup> Differenzpunkte zwischen der Partei und der Union, wie sie sich in Hannover gegründet hat, bestehen nicht. Differenzen wurden versucht hineinzutragen dadurch, dass ein Ort verlangte, die Betriebsorganisation sollte lediglich eine propagandistische Einrichtung von Partei wegen in den Betrieben sein.<sup>67</sup> Eine solche Einrichtung, nützlich an sich, hat natürlich nichts zu tun mit den großen Aufgaben der Union. Die Union, die sich einstellt auf die Vernichtung des Kapitalismus um jeden Preis, aber gleichzeitig (auf) den vorbereitenden Aufbau der kommunistischen Gesellschaft, ist somit ein Stück der neuen Gesellschaft bereits. Die Organisation der schaffenden Kräfte, die Union der Werktätigen, beherrscht von dem leidenschaftlichen Verlangen nach Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft, — das ist das grolle, das wichtige Problem dieser Tage. Der Gewerkschaftsbund, das ist die Union aller, die, ich möchte sagen, im verborgensten Winkel des Herzens der Möglichkeit einer sofortigen Errichtung der sozialistischen Gesellschaft nicht trauen und die deshalb die Hintertüren zur Kapitalsherrschaft sich selber aufhalten. Die Zeit der Gewerkschaften ist vorbei, die Zeit der Union ist gekommen. Aufgabe unserer Partei ist es, den großen Gedanken der Union unablässig und mit allem Feuer kommunistischer Zukunftsgläubigkeit zu propagieren. Partei und Union müssen sein, was Rosa Luxemburg von der alten Partei und den Gewerkschaften forderte, nämlich, dass sie zu sein haben der sozialistische Emanzipationskampf des Proletariats in verschiedenen Formen. Wie auch der Verlauf der Revolution sein wird, ob er uns in kurzem Lauf ans Ziel führen wird, oder ob er uns noch lange Perioden

---

<sup>66</sup> Überzeugt von der Undurchführbarkeit dieses komplizierten Verhältnisses zwischen Union und Partei und von der Überflüssigkeit der Partei konstituierte sich im Oktober 1921 ann ein Teil der Unionsbewegung als „Allgemeine Arbeiter-Union Einheitsorganisation“ (AAUE); vgl. Hans Manfred Bock, a.a.O., S. 214ff.

<sup>67</sup> Gemeint ist die Bremer AAU, die auf der Konferenz in Hannover diese Konzeption vertrat; s. Hans Manfred Bock, a.a.O., S. 190; vgl. auch Peter Kuckuk, a.a.O., S. 342 ff.

abflauernder Tendenz bringen wird, auf alle Fälle ist die Union notwendig für das Proletariat. Und wenn wir sie errichten, verrichten wir ein Stück praktische Arbeit. (*Bravo!*).

*Nach kurzer Debatte, die völlige Übereinstimmung der Ansichten über*

## WESEN UND AUFGABEN DER ALLGEMEINEN ARBEITER-UNION

*und das Verhältnis der Partei zu ihr ergibt, werden die vorgelegten Leitsätze über Wesen und Aufgaben der Revolutionären Betriebsorganisation (Allgemeine Arbeiter-Union) einstimmig angenommen.*

*Die Leitsätze lauten:*

1. Das revolutionäre Proletariat Deutschlands kämpft um die Diktatur des Proletariats. Die Diktatur des Proletariats ist die ausschließliche Willensbestimmung des Proletariats über die politische und wirtschaftliche Einrichtung der kommunistischen Gesellschaft vermöge der Räteorganisation. Die Anerkennung der Diktatur des Proletariats ist Ausdruck der klaren Erkenntnis: Es gibt im Kampf um die neue sozialistische Gesellschaftsordnung nicht den geringsten Kompromiss zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, zwischen Kapital und Arbeit. Zu ihrer Durchführung gehört notwendig die ausschließliche Willensbestimmung des Proletariats über alle politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen der Gesellschaft vermöge der Räteorganisation. Die Dauer dieses Zustandes ist abhängig von dem Widerstand der alten Mächte.
2. Die Räteorganisation ist die dem Klassenkampfcharakter wie der späteren kommunistischen Gesellschaft entsprechende Organisationsform des Proletariats, die im Kampfe sich entwickelt und je länger je mehr zur Durchbrechung und Vernichtung der bürgerlich-bürokratischen Ordnung führt. Darüber hinaus bedeutet es die mit dem fortschreitenden ökonomischen Umwälzungsprozess sich vollziehende restlose Umgestaltung der kapitalistisch-bürgerlichen Geisteswelt in die sozialistische.
3. Der Kampf um diese Räteorganisation weist drei Phasen auf:
  - a) den Kampf um die Eroberung der politischen Macht,
  - b) die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats,
  - c) den Aufbau des Kommunistischen Gemeinwesens.
4. Der Kampf um die Eroberung der politischen Macht konzentriert sich auf den Kampf gegen alle politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen des bürgerlichen Staates. Hatte schon vor dem Kriege das Anwachsen und die Konzentration der Kapitalien, deren Zusammenfassung und einheitliche Leitung in Trusts, Syndikaten und Arbeitgeberverbänden die gewerkschaftliche Politik der kleinen Reformen, der Lohnverbesserungen und Tarifverträge vor eine Mauer gestellt, so ist mit dem Zusammenbruch des deutschen Imperialismus und mit dem Beginn des offenen Kampfes zwischen Kapital und Arbeit diese Politik völlig aussichtslos geworden. Die Zerrüttung, in die die Wirtschaft durch den Krieg geraten ist, die unerträgliche Schuldenlast gegen In- und Ausland, die Entwertung der Mark und damit die Unmöglichkeit, fehlende Rohstoffe in rationeller Weise zu beschaffen, die Unmöglichkeit, (sich) gegenüber Verpflichtungen an das Ausland und das Inland mit genügenden heimischen Rohstoffen zu versehen, die Unmöglichkeit, aus dem In- und Ausland genügend Nahrungsmittel zu beschaffen, die Unmöglichkeit, der dauernden Entwertung der Zahlungsmittel, dem damit verbundenen Sinken des Reallohnes, der damit verbundenen Notwendigkeit, die Lohnsätze wieder zu erhöhen, neue Banknoten

zu drücken und damit neue Entwertung der Mark herbeizuführen, (zu wehren)<sup>68</sup>, das alles zwingt einerseits die Bourgeoisie, die Ausbeutung des Proletariats bis zur Grenze zu treiben, und gestaltet andererseits die ökonomische Lage der Bourgeoisie so, dass jeder Versuch, diese äußerste Ausbeutung zu verhindern, das ganze kapitalistische Wirtschaftssystem zum Einsturz zu bringen droht. Jeder Versuch der Besserung der wirtschaftlichen Lage des Proletariats, sei es Verkürzung der Arbeitszeit, sei es Erhöhung des Reallohns, sei es Schutz gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit, geht dem Kapitalismus ans Leben.

Ja, noch mehr. Um seiner Weiterexistenz willen ist der Kapitalismus gezwungen, die Lage des Proletariats noch zu verschlechtern, die Ausbeutung noch über die derzeitigen Grenzen hinauszutreiben. Schon die Abwehr solcher Maßnahmen wie Herabsetzung der Stundenlöhne, Heraufsetzung der Arbeitszeit, Wiedereinführung der Rekord- (gemeint: Akkord- ?)-Arbeit usw. sind für den Kapitalismus tödlich. Er muss, wenn er leben will, schärfer ausbeuten als bisher. Der Kapitalismus hat es verstanden, besonders seit Ausbruch des Krieges, die Gewerkschaften sich dienstbar zu machen.

5. In den jetzigen revolutionären Aktionen treten den kommunistisch gerichteten Massen die Gewerkschaften entgegen.

Aus der Geschichte dieser freien Gewerkschaften ergibt sich das Urteil über sie. Entstanden in den Zeiten des wirtschaftlichen Kleinkrieges gegenüber einem nur in geringem Grade kartellierten Unternehmertum, gingen sie als beruflich gegliederte Organisationen mehr und mehr darauf aus, unter möglicher Ausschaltung jeder politischen Tendenz bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für die einzelnen Berufszweige zu erkämpfen. Mit der immer brutaler zutage tretenden Unterstützung der Berufskonkurrenz leisteten sie direkt gegenrevolutionäre Arbeit. Sie förderten eine Art Klassenschichtung der Proletarier, zerrissen damit die einheitliche Front und lähmten den Klassenkampf. Sie verloren allmählich völlig den Zweck aus den Augen, dem Ausbeuter, dem Kapital, dem Staat, die geschlossene Front des Proletariats als Ganzes gegenüber zu bringen. Von dem immer machtvoller in Trusts und Syndikaten zusammengeschlossenen Unternehmertum wurden alle in die Defensive gedrängt, verfielen dem ausgesprochensten liberalen Reformismus, vermieden nach Möglichkeit grobe Streiks, die ja gewollt oder ungewollt politischen Charakter annehmen mussten, und begnügten sich mit Ausgleichsverhandlungen über Tarife, Kollektiv-Verträge usw. Ihre Kämpfe um Lohn usw. wurden Selbstzweck, statt Mittel zum Zweck der Herbeiführung des Sozialismus. Aus dieser Verfassung der Gewerkschaften erklärt sich der Schauer vor Massenstreik und einheitlicher Massenorganisation, Generalstreik wurde vorweg verächtlich gemacht als Generalunsinn. — Lag und liegt in dieser Tendenz der Gewerkschaften der Keim ihrer absoluten Unfähigkeit zu revolutionären Kämpfen — ganz zu schweigen von revolutionären Kämpfen aus der Situation des besiegten Deutschland und der revolutionären Weltlage heraus so wird diese gestützt und erhöht durch die bürokratische Organisationsform. Sie entspricht ihr vollkommen. Organisation im privatwirtschaftlichen Sinn, im Sinn von Führer und dumpfer Masse, Organisation von oben nach unten im Sinne der Leithammelei. Ihre Leiter sind als feste Angestellte auf Gedeih und Verderb mit diesen Gewerkschaften verwachsen. In ihrer Existenz von deren Existenz abhängig, stehen sie unweigerlich unter dem Zwang der Verhältnisse und (sind) zumindest — den günstigsten Fall angenommen — in ihren Entschlüssen beschwert und verlangsamt. Sie sind die natürlichen Gegner der Räte und können sie höchstens gebrauchen umgemodelt und angepasst dem Lauf ihrer gewerkschaftlichen Entwicklung.

6. Solche Gewerkschaften, schon in normalen Zeiten ein Hindernis, das hin wegzuräumen Notwendigkeit ist, werden in dem Furioso-Tempo revolutionärer Vulkanausbrüche zum Satan des kommunistisch gerichteten Proletariats, der mit Feuer und Schwefel so schnell als möglich ausgetrieben werden muss. Rücksichtslos hinweg mit ihnen in einer Zeit, die den Kapitalismus

---

<sup>68</sup> Die Parenthese versucht, den im Original syntaktisch verunglückten Satz sinngemäß zu ergänzen.

im Lande und seinen Fronherren in der Entente die Weiterexistenz nur möglich macht, wenn diese doppelt und dreifach das arbeitende Volk auspressen können. — Ist so eine Revolutionierung der Gewerkschaften unmöglich, unmöglich, ihre Umformung zu Instrumenten des Klassenkampfes, so ist auch eine Reformierung eine Illusion. Sie würde unendliche Zeit erfordern, verpasste die revolutionäre Situation, brachte vielleicht an die Stelle der SP-Bürokraten USP- oder ICP-Männer, die in kurzem den gleichen Tendenzen erliegen würden. Eine gewaltige Kraft würde unnötig verschwendet. Revolutionieren von innen heraus neige, etwas renovieren wollen, was vernichtet werden muss. Dabei kann auch keine Sentimentalität nutzen über den Sturz mühselig aufgebauten Organisationen, Häuser usw. Hier ist eine Eisenbart-Kur notwendig. Für den sozialistischen Aufbau ist anderes nötig als diese fossilen Organisationen. Verlangen die Massen noch den bloßen Kampf um höheren Lohn usw., dann wird man sie eben mit kommunistischem Geist erfüllen müssen, mit dem Geist der Klassensolidarität. Sie ist erstes Erfordernis für die Möglichkeit einer kommunistischen Gesellschaft. Abgesehen davon, können diese Gewerkschaften heute nicht einmal mehr Lohnherabsetzungen, Akkordarbeit usw. abwehren, geschweige ein Mehr erkämpfen. Die in so kurzer Zeit auf sechseinhalb Millionen angewachsene Mitgliederzahl spricht durchaus nicht für ihre Notwendigkeit, eher für ungesundes Aufschwellen. Sie beruht fast durchweg auf dem Zustrom ungeklärter Elemente mit verschiedensten Motiven, die als Masse von Anfang an die Zersetzungskerne in sich trägt, wie die »kriegsbegeisterte« Masse 1914 und dann weiterhin.

7. Aus den Massenkämpfen heraus ist die Betriebsorganisation (Allgemeine Arbeiter-Union) entstanden. Nicht in dem Sinne neu, dass sie auftaucht als etwas nie auch nur ähnlich Dagewesenes, aber neu in dem Sinne, dass sie während der Revolution überall herausspringt als notwendige Waffe des Klassenkampfes gegen den alten Geist und das ihm zugrunde liegende als Fundament. Sie entspricht dem Rätegedanken und ist demnach durchaus keine bloße Form oder neue Organisationsspielerei oder ganz eine mystische Wunderblume, sondern sie ist die organisch in die Zukunft wachsende, Zukunft bildende Ausdrucksform einer Gesellschaftsrevolution, die auf die klassenlose Gesellschaft hinstrebt. Sie ist rein proletarische Kampforganisation. Nicht in Berufe zerrissen, abseits seines Kampfbodens kann das Proletariat für den restlosen Umsturz der alten Gesellschaft organisiert sein; das muss im Betrieb vor sich gehen. Hier steht einer neben dem anderen als Klassengenosse, hier muss jeder stehen als Gleichberechtigter. Hier steht die Masse im Triebwerk der Produktion, dringt ununterbrochen, es zu durchschauen und selbst zu leiten. Hier geht der geistige Kampf, die Revolutionierung des Bewusstseins in unaufhörlichem Sturm von Mann zu Mann, von Masse zu Masse. Alles gerichtet auf das höhere Klasseninteresse, nicht auf Vereinsmeierei, das Berufsinteresse eingeeengt auf das ihm zukommende Maß. Eine solche Organisation, das Rückgrat der Betriebsräte, wird zu einem unendlich beweglichen Instrument des Klassenkampfes, zu einem durch ständig mögliche Neuwahlen, Abberufungen usw. immer von frischem Blut sprudelnden Organismus. In und mit den Massenaktionen wachsend, wird sich die Betriebsorganisation natürlich jene zentrale Zusammenfassung schaffen müssen, die ihrer revolutionären Entwicklung entspricht. Die revolutionäre Entwicklung wird ihre Hauptangelegenheit sein, nicht Programme, Statuten und detaillierte Pläne. Sie ist keine Unterstützungskasse und Lebensversicherung, wenn sie auch selbstverständlich vor Sammlung für etwa notwendig werdende Streikunterstützung nicht ängstlich zurückscheut. Ununterbrochene Propaganda für den Sozialismus, Betriebsversammlungen, politische Diskussionen usw. zählen zu ihren Aufgaben, kurzum die Revolution im Betrieb.

8. Das Ziel ist im großen gesehen ein doppeltes. Das erste geht auf die Zertrümmerung der Gewerkschaften, ihres gesamten Untergrundes und des von ihnen konzentrierten unproletarischen Gedankenkomplexes. Kein Zweifel herrscht darüber, dass in diesem Kampf die Union selbstverständlich auf alle bürgerlichen Gebilde als erbitterte Gegner stoßen wird, aber auch auf alle USP- und KP-Bekenner, die entweder noch unbewusst in alten SP-Bahnen sich bewegen (—wenn sie auch ein anderes politisches Programm Maßnahmen, im Grunde aber nur Kritiker politisch-moralischer Verfehlungen sind —), oder bewusst als Gegner auftreten, weil ihnen der politische Charakter, die diplomatische Kunst, sich stets »oben« zu halten, höher steht als der Riesenkampf um das Soziale überhaupt. — Vor dieser Bitternis gibt es sein Zurückschrecken. Niemals kann es eher ein enges Zusammengehen mit der USP geben, als bis sie die

Berechtigung solcher — sicher noch wandlungsbedürftiger und wandlungsfähiger — proletarischer Gebilde aus dem Wesen des Rätesystems anerkennt. Große Teile der Massen werden sie früher anerkennen als politische Führer. Ein gutes Zeichen. Am sichersten und schnellsten wird die Betriebsorganisation durch Auslösen und politische Ausrichtung von Massenstreiks, fußend auf der jeweiligen politischen Situation, das konterrevolutionäre Gewerkschaftswesen demaskieren und vernichten helfen.

9 Das zweite große Ziel der Union ist die Vorbereitung für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft. Mitglied der Betriebsorganisation kann jeder Arbeiter werden, der sich zur Diktatur des Proletariats bekennt. Dazu gehört die entschiedene Abwendung von den Gewerkschaften, die entschiedene Loslösung aus ihrer Gedankenrichtung. Diese Loslösung ist der Prüfstein für den Eintritt in die Betriebsorganisation. Damit wird offenbart das Bekenntnis zu dem proletarischen Klassenkampf und seinen eigenen Methoden, nicht erforderlich ist das Bekenntnis zu einem engeren Parteiprogramm. Es liegt im Wesen und in der Tendenz der Betriebsorganisation, dass sie dem Kommunismus dient und hinleitet zur kommunistischen Gesellschaft. Ihr Kern wird stets ausgesprochen kommunistisch sein, ihr Kampf zwingt alle in die gleiche Richtung. Aber während ein Parteiprogramm größtenteils dem Tage (natürlich im weiteren Sinne) dient und dienen muss, während von Parteigängern pointierte Intellektualität gefordert wird, während eine politische Partei wie die kommunistische — es sei denn, sie entwickle sich zu ihrem Verderben rückwärts schnell fortschreitend und wechselnd mit dem weltrevolutionären Prozess, niemals quantitativ groß ein kann, werden in der Betriebsorganisation die revolutionären Massen durch das Bewusstsein ihrer Klassensolidarität, ihrer proletarischen Klassensolidarität. Hier bereitet sich organisch die Einigung des Proletariats vor, die niemals möglich ist auf dem Boden eines Parteiprogramms. Die Betriebsorganisation ist der Anfang kommunistischer Gestaltung und wird zum Fundament der kommenden kommunistischen Gesellschaft.

10. Die Union löst ihre Aufgaben im engen Verein mit der kommunistischen Arbeiter-Partei. Die politische Organisation hat zur Aufgabe die Sammlung der fortgeschrittenen Elemente der Arbeiterschaft auf der Grundlage des Parteiprogramms. Das Verhältnis der Partei zur Union ergibt sich aus dem Wesen der Union. In nimmermüder Propaganda wird die KAP innerhalb der Union arbeiten. Kampfparolen müssen vereinbart werden. Die Kadres im Betrieb werden zur beweglichen Waffe der Partei, der Betrieb wird zum Nährboden der Partei. Dazu ist natürlich notwendig, dass auch die Partei immer mehr proletarischen Charakter, proletarischen Klassenausdruck annimmt, der Diktatur von unten gerecht wird. Damit erweitert sich der Kreis ihrer Aufgaben, wird aber zugleich aufs machtvollste gestützt. Es muss erreicht werden, — und die Union bietet die Gewähr dafür dass mit dem Siege, das ist der Eroberung der Macht durch das Proletariat, die Diktatur der Klasse einsetzen kann und nicht die Diktatur einiger Parteiführer und ihrer Clique.

11. Die Phase der Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat erfordert die schärfste Niederhaltung bürgerlich-kapitalistischer Regungen. Das wird erreicht durch die Aufrichtung einer die gesamte politische und wirtschaftliche Macht ausübenden Räteorganisation. Die Betriebsorganisation wird in dieser Phase selber ein Glied der proletarischen Diktatur, ausgeübt im Betrieb durch die auf ihr sich erhebenden Betriebsräte. Aufgabe der Betriebsorganisation in dieser Phase ist ferner, danach zu streben, dass sie zum Fundament des Wirtschaftssystems wird.

12. Für den Aufbau des kommunistischen Gemeinwesens ist die Union eine wirtschaftliche Voraussetzung. Die politische Form der Organisation des kommunistischen Gemeinwesens ist das System der Räte. Die Betriebsorganisation tritt dafür ein, dass die politische Gewalt nur immer von der Exekutive der Räte ausgeübt wird.

Der Parteitag geht nunmehr an die Erledigung vorliegender Einzelanträge. Ein provisorischer geschäftsführender Ausschuss, der bis zur Bildung der statutengemäßen ordentlichen Zentralleitung tätig zu sein hat, wird gewählt.

Beschlossen wird, einen einmaligen Gründungs-Beitrag von zwei Mark pro Mitglied zu erheben.

Während dieser Beratung erschienen vor dem Parteitag ein *Abgesandter der kämpfenden Arbeiterschaft im Ruhrrevier* und in seiner Begleitung zu informatorischen Zwecken ein Berichterstatter des englischen Blattes »Daily Herald«.

Sie berichten von der verzweifelten Lage der kämpfenden Arbeiterschaft. Die Regierung habe alle Versprechungen in der gemeinsten und niederträchtigsten Weise gebrochen. Der Kampf der Soldateska, die Polizeiaktion richte sich gegen die Arbeiterschaft überhaupt. Die Abteilungen der Roten Armee, die in der Gemäßheit des Bielefelder Abkommens<sup>69</sup> abmarschierten, würden auf ihrem Rückmarsch mit Granaten und Gas beschossen. In Mülheim seien durch Reichswehr 25 Arbeiter standrechtlich erschossen worden, gleiche Erschießungen würden aus Hagen und Recklinghausen gemeldet. Die Autorität des Essener Zentralrates<sup>70</sup>, der vor der anrückenden Soldateska nach Barmen geflüchtet sei, sei durch den Wortbruch der Regierung verloren gegangen. Von Gewalttätigkeiten der Roten Armee könne keine Rede sein. Die Arbeiterschaft habe sogar in den Kampftagen den Schutz der Bankgebäude selbst übernommen. Trotz wiederholter dringender Hilferufe, die von USP-Genossen an die Parteileitung der USP in Berlin gerichtet wurden, habe sich diese bisher vollkommen passiv verhalten. (Pfui!).

Der PARTEITAG beschließt nach kurzer, erregter Debatte, sofort eine Kommission zur Zentralleitung der USP zu entsenden, die Klarheit darüber erzielen soll, was die Zentrale der USP gegenüber dem Treiben der Regierung zu tun gedenkt.

Die KOMMISSION macht sich sofort auf den Weg, während der Parteitag in der Erledigung der Einzelanträge fortfährt. Zunächst wird folgender sofort zu verbreitender Aufruf der Kommunistischen Arbeiterpartei beschlossen:

*»Der 1. Parteitag der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands ruft das deutsche Proletariat zur Solidarität auf für die kämpfenden Brüder im Reich, insbesondere für die im Ruhrrevier. Er verurteilt aufs schärfste die abwartende und schwankende Haltung der USP und des Spartakusbundes, die auf Verhandlungen mit den Parteien der Nationalversammlung sich eingelassen und die es in der Generalversammlung der Berliner Räte abgelehnt haben, für die Brüder im Ruhrrevier den Generalstreik weiterzuführen, trotz des Widerspruchs der Berliner Arbeiterschaft. Der Parteitag fordert das deutsche Proletariat auf,*

---

<sup>69</sup> Zum Bielefelder Abkommen vom 23./24. März 1920 vgl. Erwin Konnemann, Joachim Krusch, *Aktionseinheit*, a.a.O., S. 394ff, und: George Eliasberg, *Der Ruhrkrieg von 1920*, a.a.O., S. 179ff. Das Abkommen, das zwischen Regierungs-, Gewerkschafts- und Partei-Vertretern ausgehandelt worden war, enthielt neben dem 9-Punkte-Programm der Gewerkschaften vom 20. März 1920 (vgl. Anm. 32) vor allem eine Waffenstillstands-Vereinbarung, die von Teilen der aufständischen Arbeiter aber nicht anerkannt wurde.

<sup>70</sup> Der Essener Zentralrat hatte sich am 1. April für die Einstellung der bewaffneten Kämpfe ausgesprochen und musste am 2. April vor ihn bedrohenden Arbeitertruppen nach Elberfeld und Barmen fliehen (so George Eliasberg, a.a.O., S. 220f).

*zu einer entscheidenden Hilfsaktion zu schreiten, den Generalstreik sofort aufzunehmen und ihn durchzuführen bis zur Übernahme der politischen Macht durch die Organe des revolutionären Proletariats, die Räte.»*

Nach ihrer Rückkehr gibt die KOMMISSION folgenden Bericht: Wir haben sofort Verbindung gesucht mit der Zentralleitung der USP, sie aber nicht gefunden. (*Hört, hört!*). Die Genossen scheinen Osterferien zu halten. Die Fraktion der USP sagt nicht zusammen und auf dem Bureau der Parteileitung fanden wir eine einsame Sekretärin, die uns mitteilte, sie haben den Auftrag, bis abends 8 Uhr im Bureau zu verweilen, um etwa einlaufende Berichte und Informationen aus dem Ruhrgebiet entgegenzunehmen. Der Parteivorstand würde am Dienstagvormittag zu einer Sitzung zusammentreten, um sich schlüssig zu werden.

Bei Behandlung des Punktes »Presse« wird sich der Parteitag einig, zunächst kein Zentralorgan der Partei einzurichten, sondern es den einzelnen Wirtschaftsbezirken zu überlassen, sich eigene Blätter zu schaffen bzw. die bestehenden auf dem Boden der Kommunistischen Arbeiter-Partei stehenden Blätter zu verbreiten. Die Zentralleitung wird lediglich ein Informationsblatt für die Zwecke der Organisation herausgeben.

*Der Parteitag ist am Ende seiner Beratungen angelangt.*

Der VORSITZENDE schließt den Parteitag mit einem Hoch auf die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands, auf Russland und die Weltrevolution.

## ANHANG 1

### A.

#### **Die „loyale Opposition“ der KPD gegenüber dem deutschen Staat**

ERKLÄRUNG DER ZENTRALE DER K.P.D. (SPARTAKUSBUND)

1. Der Militärputsch der Kapp-Lüttwitz bedeutet den Zusammenbruch der bürgerlich-sozialistischen Koalition. Der proletarische Kampf gegen die Militärdiktatur war ein Kampf gegen die bürgerlich-sozialistische Koalition und hat zum Zwecke, die politische Macht der Arbeiterschaft zu erweitern bis zur vollständigen Ausschaltung des Bürgertums.

2. Die proletarische Diktatur kann aufgerichtet werden nur als Diktatur der ausschlaggebenden Teile des Proletariats und setzt voraus eine starke kommunistische Partei, die getragen wird vom revolutionären Bewusstsein der werktätigen Bevölkerung, die sich zur Diktatur des Proletariats offen bekennt.

3. Das gegenwärtige Stadium des Kampfes, wo dem Proletariat noch keine ausreichende militärische Macht zur Verfügung steht wo die mehrheitssozialistische Partei noch einen starken geistigen Einfluss auf Beamte, Angestellte und bestimmte Arbeiterschichten hat, wo die USPD. die städtische Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit hinter sich hat, ist ein Zeichen dafür, dass die objektiven Grundlagen für die proletarische Diktatur im gegenwärtigen Moment nicht gegeben sind.

4. Für die weitere Eroberung der proletarischen Massen für den Kommunismus ist ein Zustand, wo die politische Freiheit unbegrenzt ausgenützt werden, wo die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten konnte, von der größten Wichtigkeit für die Entwicklung in der Richtung zur proletarischen Diktatur.

5. Die K.P.D. sieht in der Bildung einer sozialistischen Regierung unter Ausschluss von bürgerlich-kapitalistischen Parteien einen erwünschten Zustand für die Selbstbestätigung der proletarischen Massen und ihr anreifen für die Ausübung der proletarischen Diktatur. Sie wird gegenüber der Regierung eine loyale Opposition treiben, solange diese Regierung die Garantien für die politische Betätigung der Arbeiterschaft gewährt, solange

sie die bürgerliche Konterrevolution mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft und die soziale und organisatorische Kräftigung der Arbeiterschaft nicht hemmen wird.

Unter loyaler Opposition verstehen wir: Keine Vorbereitung zum gewaltsamen Umsturz, bei selbst-verständlicher Freiheit der politischen Agitation der Partei für ihre Ziele und Losungen.

21. 3. 1920. Zentrale der K.P.D.(Spartakusbund)

Rote Fahne vom 26. März 1920. (In: *Die K.P.D. im eigenen Spiegel*, KAPD Verlag, Berlin 1926, S. 17-18)

**B.**

## **AUFRUF DES GRÜNDUNGSPARTEITAGES DER KOMMUNISTISCHEN ARBEITER-PARTEI DEUTSCHLANDS**

**4. und 5. April 1920**

*An das deutsche Proletariat!*

Die von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und anderen begründete Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) ist an ihrem politischen und moralischen Bankrott angelangt. Nach dem Tode jener großen Vorkämpfer des Proletariats hat eine ehrgeizige, machtlüsterne, mit allen Mitteln der Korruption arbeitende Führerclique es verstanden, im Interesse ihrer eigenen egoistischen Zwecke den Gedanken der proletarischen Revolution zu sabotieren, die Partei ins reformistische Fahrwasser zu drängen und dadurch den größten Teil der Mitglieder zur heftigsten Opposition gegen den Reformismus der Zentrale des Spartakusbundes zu veranlassen. Diese Zentrale hat es fertig gebracht, alle diejenigen Bezirke der KPD, die ihren unversöhnlichen Kampf gegen die konterrevolutionären Institutionen des Parlamentarismus, der Gewerkschaften und der gesetzlichen Betriebsräte nicht aufgeben wollten, aus der Partei auszuschließen, ohne diesen (größten) Bezirken Gelegenheit zu geben, ihre Standpunkte vor der höchsten Instanz der Partei, dem Parteitag, darzulegen und zu begründen. Damit hat die Zentrale des Spartakusbundes den Beweis erbracht daß sie die Parteispaltung wollte, weil das revolutionäre Wollen der Mitgliederschaften dem konterrevolutionären Wirken der Zentrale entgegengesetzt war.

Die bisherige Opposition hat sich nunmehr als Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands konstituiert. Die Kommunistische Arbeiter- Partei Deutschlands ist keine Partei im überlieferten Sinne. Sie ist keine Führerpartei. Ihre Hauptarbeit wird darin bestehen, das deutsche Proletariat auf seinem Wege zur Befreiung von jeglichem Führertum nach Kräften zu unterstützen.

Die Befreiung von der verräterischen konterrevolutionären Führerpolitik ist das wirksamste Mittel zur Einigung des Proletariats. Die Kommunistische Arbeiter- Partei ist sich nichts desto weniger bewußt, daß die Einigung des Proletariats, die Einigung im Geiste des Rätegedankens, das eigentliche Ziel der Revolution bedeutet.

Arbeiter, Genossen! Die Kommunistische Arbeiter- Partei Deutschlands ist die entschiedenste Vorkämpferin des Proletariats. Genossen, macht unsere Partei so Aktionsfähig, daß sie das deutsche Proletariat zu Sieg führt.

**Es lebe die Weltrevolution! Es lebe die dritte Internationale!**

*Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands*

### STATUTEN FÜR DIE KAMPFORGANISATION (KO) DER KAPD

1. Analog der klaren Erkenntnis, dass nur der bewaffnete Aufstand das Proletariat aus der Knechtschaft befreien kann, dass auch andererseits die Reaktion dem Proletariat den Kampf aufzwingen wird, sieht sich das revolutionäre Proletariat gezwungen, eine Organisation zu schaffen, mit deren Hilfe es in der Lage ist, zur gegebenen Stunde als vollwertige Kampftruppe den Kampf aufzunehmen. Zu diesem Zweck bilden die einzelnen Bezirke sogenannte Abteilungen der KO, in der nach Möglichkeit alle waffenfähigen Genossen aufzunehmen sind.

2. Diese Abteilungen sind je nach Kopfzahl einzuteilen in Kompagnien, Züge, Gruppen usw. Die Führung obengenannter Abteilungen liegt in organisatorischer Beziehung in der Hand eines aus der Mitte der Genossen gewählten Obmanns.

3. Ein Hauptaugenmerk ist auf die Disziplin der Genossen zu richten, andererseits ist die Schweigepflicht bei illegaler Arbeit ein unbedingtes Erfordernis, da hiervon das Sein oder Nichtsein der ganzen Organisation abhängt. Es sind zu diesem Zweck folgende Paragraphen herausgegeben, welche den einzelnen Mitgliedern vorzulegen, genau zu detaillieren, und sie darauf zu verpflichten sind. Die Verrichtung illegaler Arbeit (Waffenbeschaffung) unterliegt folgenden Bestimmungen: Es ist verboten:

1. Jedes unnötige Sprechen über Handlungen und Vorkommnisse innerhalb der Organisation.

2. Das Sprechen über illegale Arbeiten außerhalb der Sitzungen, unter sich selbst oder anderen gegenüber.

3. Verstöße gegen obige zwei Punkte ziehen rücksichtslose Bestrafung nach sich.

4. Sämtliche von der Leitung herausgegebenen Anordnungen und Befehle sind strikte durchzuführen.

5. Jede Abteilung bildet ein Abteilungs-Gericht, bestehend aus 3 Genossen als Richter und einem Genossen als Verteidiger.

6. Vor diesem Abteilungsgericht werden alle Vergehen geringer Natur verhandelt.

7. Schwerere Verstöße wie Verrat und dergleichen mehr unterstehen zur Aburteilung dem Tribunal des betreffenden Bezirks.

8. Ein Austritt aus der Abteilung ist nur unter besonderen Umständen (Krankheit, Unglücksfall usw.) möglich, doch unterliegen diese Austrittserklärungen einer

besonderen Prüfung von Seiten der Leitung. Beurlaubungen können stattfinden, aber auch nur unter besonderen Umständen.

## RICHTLINIEN FÜR AUFKLÄRUNG, VERBINDUNG, SICHERUNG, UNTERSTÜTZUNG DER KAMPFORGANISATIONEN (KO)

1. **AUFKLÄRUNG:** Jede Kampftruppe im Orte eines Bezirkes hat die militärische Lage des Gegners im Ort und in der Umgebung genau aufzuklären. Stellungen, Kasernen oder belegte Schulen und Häuser, vorhandene Schützengräben, Truppenübungsplätze, eingebaute Geschütze, Funkstationen, Wasserwerke, Untergrundbahnen und dergleichen in Stadtplänen, Karten, Situationsskizzen einzuzeichnen. Stärke des Gegners und Führer desselben sind ausfindig zu machen. Jeder Leiter des Bezirkes muss über die Lage des Feindes (Truppensammlungen, Verschiebungen) orientiert sein.
2. **VERBINDUNG:** Die Verbindung innerhalb der eigenen Bezirke, mit den Nachbarbezirken und mit der Zentraleitung muss stets auf das Peinlichste gehandhabt werden. Eigenes Telephon, Radfahrer, Flieger und dergleichen. Es darf nicht vorkommen, selbst nicht im schwersten Kampfe, dass die Verbindungen unterbrochen werden.
3. **Sicherung:** Jede Sitzung der Kampftruppe, jede Versammlung, jedes Waffenlager muss gesichert sein. Die Sicherung geschieht wie im Felde durch Posten, Feldwachen usw.
4. **GEGENSEITIGE UNTERSTÜTZUNG:** Ausbrechende Kämpfe benachbarter Kampftruppen müssen, soweit es die eigene Lage und Kräfte erlauben, unterstützt werden. Dabei ist genaue Orientierung des Geländes der Nachbargemeinden nötig, um eine gegenseitige Beschießung zu vermeiden.
5. **MELDUNGEN:** Jede örtliche Leitung muss laufende Situationsberichte über Stärke, Waffen, Stellung, Kampf usw. an den Bezirksleiter senden. Dieselbe Aufgabe trifft den Bezirk, der über die ganze Lage des Bezirksabschnittes Bericht an die Reichsleitung möglichst an Hand von Skizzen zu senden hat.

**ANMERKUNG:** Die Reichsleitung weist erneut darauf hin, dass nur die straffe Zentralisierung und durchgreifende Disziplinierung unseren Truppen zum Siege verhelfen kann.

DIE REICHSLEITUNG

[Aus: Politische Akten der Regierung Düsseldorf, Rote Armee Bd. I, Nr. 15785 Blatt 7.]<sup>\*</sup>

---

<sup>\*</sup> Zum ersten Mal veröffentlicht in H. M. Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918-1923*, Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1969, p. 419-420.

## **PROGRAMM DER KOMMUNISTISCHEN ARBEITER-PARTEI DEUTSCHLANDS (KAPD) MAI 1920**

### **Vorwort**

Mitten im Wirbel von Revolution und Konterrevolution vollzog sich die Gründung der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Aber die Geburtsstunde der neuen Partei ist nicht Ostern 1920, wo der Zusammenschluß der bisherigen, nur in loser Fühlung miteinander stehenden «Opposition» ihren organisatorischen Abschluß fand. Die Geburtsstunde der KAPD fällt zeitlich zusammen mit jener Entwicklungsphase der KPD (Spartakus-Bund), wo ein verantwortungsloser, die persönlichen Interessen über die Interessen der proletarischen Revolution stellender Führerküngel seine persönliche Auffassung über den «Tod» der deutschen Revolution der sich energisch gegen diese persönlich interessierte Auffassung zur Wehr setzenden Parteimehrheit aufzuzwingen unternahm und auf Grund der so zurechtgemachten Privatauffassung die bisher revolutionäre Taktik der Partei in eine reformistische umzuwandeln verstand. Diese verräterische Haltung der Levi, Posner & Co. rechtfertigt aufs neue die Erkenntnis, daß die radikale Beseitigung jeglicher Führerpolitik die Voraussetzung für den raschen Fortgang der proletarischen Revolution in Deutschland bilden muß. Das ist in der Tat die Wurzel der Gegensätze, die zwischen uns und dem Spartakus-Bund entstanden sind, Gegensätze von solcher Tiefe, daß die Kluft, die uns von ihm trennt, größer ist als der Gegensatz, der zwischen den Levi, Piek, Thalheimer usw. einerseits und den Hilferding, Crispian und Stampfer, Legien andererseits besteht. Der Gedanke, den revolutionären Massenwillen zum Ausschlag Faktor in der taktischen Einstellung einer wirklich proletarischen Organisation zu erheben, ist das Leitmotiv für den organisatorischen Bau unserer Partei. Die Autonomie der Mitgliedschaften unter Umständen zum Ausdruck zu bringen, ist das Grundprinzip einer proletarischen Partei, die keine Partei im überlieferten Sinne ist.

Darum ist es uns eine Selbstverständlichkeit, daß das hiermit unserern Organisationen übergebene Parteiprogramm, dessen schriftliche Niederlegung durch die vom Parteitage hierzu beauftragte Programmkommission erfolgt ist, solange als Programm-Entwurf zu gelten hat, bis der nächste ordentliche Parteitag sich mit vorliegender Fassung einverstanden erklärt haben wird. Im übrigen dürfte mit der Möglichkeit von Abänderungsanträgen, soweit sich solche auf die grundsätzliche und taktische Stellungnahme der Partei erstrecken würden, kaum zu rechnen sein, da das Programm in seiner jetzigen Fassung nichts anderes als den Inhalt der vom Parteitag einstimmig angenommenen programmatischen Erklärung in erweitertem Rahmen getreu zum Ausdruck bringt. Etwaige

formale Änderungen aber werden dem revolutionären Geist, den das Programm aus jeder Zeile atmet, nichts anhaben können. Ein unverrückbarer Leitstern bleibt uns die marxistische Erkenntnis der historischen Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats unerschütterlich bleibt unser Wille, den Kampf um den Sozialismus im Geiste des internationalen Klassenkampfes zu führen. Unter diesem Banner ist der Sieg der proletarischen Revolution gewiß.

Berlin, Mitte Mai 1920. Der Geschäftsführende Ausschuß (GHA)

I. A.:

ERDMANN (Emil SACH) FRIEDRICH (WENDEL) STAHL (Arthur GOLDSTEIN)

### **PROGRAMM DER KOMMUNISTISCHEN ARBEITER-PARTEI DEUTSCHLANDS**

Die aus dem Weltkriege geborene Weltwirtschaftskrise mit ihren ungeheuerlichen ökonomischen und sozialen Auswirkungen, deren Gesamtbild den niederschmetternden Eindruck eines einzigen Trümmerfeldes von kolossalem Ausmaß ergibt, besagt nichts anderes, als daß die Götterdämmerung der bürgerlich-kapitalistischen Weltordnung angebrochen ist. Nicht um eine der in periodischem Ablauf eintretenden, der kapitalistischen Produktionsweise eigentümlichen Wirtschaftskrisen handelt es sich heute, es ist die *Krise* des Kapitalismus selbst, was unter krampfhaften Erschütterungen des gesamten sozialen Organismus, was unter dem furchtbarsten Zusammenprall der Klassengegensätze von noch nicht dagewesener Schärfe, was als Massenelend innerhalb der breitesten Volksschichten als das Menetekel der bürgerlichen Gesellschaft sich ankündigt. Immer deutlicher zeigt sich, daß der sich von Tag zu Tag noch verschärfende Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, daß der auch den bisher indifferenten Schichten des Proletariats immer klarer bewußt werdende Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht gelöst werden kann. Der Kapitalismus hat sein vollständiges Fiasko erlebt, er hat im imperialistischen Raubkriege sich selbst historisch widerlegt, er hat ein Chaos geschaffen, dessen unerträgliche Fortdauer das internationale Proletariat vor die welthistorische Alternative stellt: Rückfall in die Barbarei oder Aufbau einer sozialistischen Welt.

Von allen Völkern der Erde hat bisher das russische Proletariat allein in heldenmütigem Kampfe es fertig gebracht, die Herrschaft seiner Kapitalistenklasse siegreich zu überwinden und selber die politische Macht zu übernehmen. In heroischem Widerstande hat es den konzentrischen Angriff der vom internationalen Kapital organisierten Söldnerheere erfolgreich abgewehrt und sieht sich jetzt der über alle Beschwierigen Aufgabe gegenüber, die durch den Weltkrieg und den folgenden mehr als zweijährigen Bürgerkrieg total zerrüttete Welt auf sozialistischer Grundlage aufzubauen. Das Schicksal der russischen Räterepublik ist abhängig von der Entwicklung der proletarischen Revolution in Deutschland. Nach dem

Siege der deutschen Revolution wird ein sozialistischer Wirtschaftsblock vorhanden sein, der vermöge des wechselseitigen Austausches von Industrie- und Landwirtschaftsprodukten imstande ist, eine wahrhaft sozialistische Produktionsweise aufzurichten, ohne mehr zu wirtschaftlichen und damit auch politischen Konzessionen gegenüber dem Weltkapital genötigt zu sein. Wenn das deutsche Proletariat seine weltgeschichtliche Aufgabe nicht in kürzester Frist erfüllt, ist der Fortgang der Weltrevolution auf Jahre, wenn nicht auf Jahrzehnte in Frage gestellt. In der Tat bildet Deutschland heute den Brennpunkt der Weltrevolution. Die Revolution in den «siegreichen» Ländern der Entente kann erst in Fluß kommen, wenn die große Barriere in Mitteleuropa weggeräumt ist. Naturgemäß sind die ökonomischen Voraussetzungen für die proletarische Revolution in Deutschland ungleich günstiger als in den «siegreichen» Ländern Westeuropas. Die unter der Signatur des Versailler Friedens restlos ausgeplünderte deutsche Wirtschaft hat eine Verelendung gezeitigt, die in kurzem eine gewaltsame Lösung einer katastrophalen Situation notwendig hindrängt. Hinzu kommt, daß der Versailler Raubfrieden nicht nur einer kapitalistischen Produktionsweise in Deutschland überaus schwere, für das Proletariat unerträgliche Fesseln anlegte: seine gefährlichste Seite besteht darin, daß er die ökonomischen Fundamente der künftigen sozialistischen Wirtschaft in Deutschland unterminiert, also die Entwicklung der Weltrevolution auch nach dieser Richtung in Frage stellt. Aus diesem Dilemma hilft nur die rasche Fortentwicklung der deutschen proletarischen Revolution. Die ökonomische und politische Situation in Deutschland ist überreif für den Ausbruch der proletarischen Revolution. In diesem Stadium der historischen Entwicklung, wo der Zersetzungsprozeß des Kapitalismus nur durch die Kulisse scheinbarer Machtpositionen künstlich verschleiert wird, kommt alles darauf dem Proletariat zu dem Bewußtsein zu verhelfen, daß es nur eines energischen Zugreifens bedarf, um von der Macht, die es eigentlich schon besitzt, wirksamen Gebrauch zu machen. In einer solchen Epoche des revolutionären Klassenkampfes, wo die letzte Phase des Ringens zwischen Kapital und Arbeit eingesetzt hat und der eigentliche Entscheidungskampf bereits im Gange ist, gibt es keinen Kompromiß mit dem Todfeind, sondern Kampf bis zur Vernichtung. Insbesondere gilt der Angriff denjenigen Institutionen, deren Tendenz auf die Überbrückung der Klassengegensätze gerichtet ist, also auf eine Art politischer oder wirtschaftlicher Arbeitsgemeinschaft zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten hinausläuft. Im Augenblick, wo die objektiven Bedingungen für den Ausbruch der proletarischen Revolution gegeben sind, ohne daß die permanente Krise eine akute Zuspitzung erfährt oder dann, wo eine katastrophale Zuspitzung eintritt, dieselbe vom Proletariat nicht bis zur letzten Konsequenz erfaßt und ausgewertet wird, müssen Gründe subjektiver Natur vorhanden sein, die dem beschleunigten Fortgang der Revolution als hemmende Faktoren im Wege stehen. Mit anderen Worten: Die Ideologie des Proletariats befindet sich noch teilweise im Banne bürgerlicher oder kleinbürgerlicher Vorstellungselemente. Die Psychologie des deutschen Proletariats in seiner gegenwärtigen Verfassung trägt nur allzu deutlich die Spuren der jahrhundertelangen militaristischen Versklavung, daneben aber auch die Merkmale eines mangelnden Selbstbewußtseins, wie sie sich als Folge des

parlamentarischen Kretinismus der alten Sozialdemokratischen Partei und der USP einerseits sowie des Absolutismus der Gewerkschaftsbürokratie andererseits mit Naturnotwendigkeit entwickeln mußte. Die subjektiven Momente spielen in der deutschen Revolution eine entscheidende Rolle.

Das Problem der deutschen Revolution ist das Problem *der Selbstbewusstseinsentwicklung des deutschen Proletariats*.

In Erkenntnis dieser Situation und in Erkenntnis der Notwendigkeit, das Tempo der weltrevolutionären Entwicklung zu beschleunigen, sowie getreu dem Geiste der 3. Internationale kämpft die KAPD für die maximalistische Forderung der sofortigen Beseitigung der bürgerlichen Demokratie und für die Diktatur der Arbeiterklasse. Sie verwirft in der demokratischen Verfassung den in der gegenwärtigen Periode doppelt unsinnigen und unhaltbaren Grundsatz, auch der ausbeutenden Kapitalistenklasse politische Rechte und die ausschließliche Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel einräumen zu wollen. In Verfolg ihrer maximalistischen Absichten entscheidet sich die KAPD auch für die Ablehnung aller reformistischen und opportunistischen Kampfmethoden, in denen sie nur ein Ausweichen vor ernststen und entscheidenden Kämpfen mit der bürgerlichen Klasse sieht. Sie will diesen Kämpfen nicht ausweichen, sie fordert sie vielmehr heraus. In einem Staat, der alle Merkmale der eingetretenen Periode des kapitalistischen Zerfalls aufweist, gehört auch die Beteiligung am Parlamentarismus zu den reformistischen und opportunistischen Kampfmethoden. In einer solchen Periode das Proletariat ermuntern, sich an Parlamentswahlen zu beteiligen, bedeutet, im Proletariat die gefährlichen Illusion zu wecken und zu nähren, als könnte durch parlamentarische Mittel die Krisis überwunden werden, bedeutet die Anwendung eines bürgerlichen Klassenkampfmittels in einer Situation, in der nur proletarische Klassenkampfmittel in ihrer entschlossenen und rücksichtslosen Anwendung entscheidend wirken können. Die Beteiligung am bürgerlichen Parlamentarismus inmitten der fortschreitenden proletarischen Revolution bedeutet am Ende auch nichts anderes, als die Sabotage des Rätegedankens.

Der Rätegedanke steht in der Periode des proletarischen Kampfes um die politische Macht im Mittelpunkt der revolutionären Fortentwicklung. Das mehr oder weniger starke Echo, das der Rätegedanke jeweilig im Massenbewußtsein weckt, ist der Gradmesser für die Entwicklung der sozialen Revolution. Der Kampf um die Anerkennung revolutionärer Betriebsräte und politischer Arbeiterräte im Rahmen einer bestimmten revolutionären Situation wächst sich folgerichtig aus zum Kampf um die Diktatur des Proletariats gegen die Diktatur des Kapitalismus. Dieser revolutionäre Kampf, dessen eigentliche politische Achse der Rätegedanke bildet, richtet sich mit historischer Notwendigkeit gegen die gesamte bürgerliche Gesellschaftsordnung und folglich gegen ihre politische Ausdrucksform, den bürgerlichen Parlamentarismus. Räteystem oder Parlamentarismus? Das ist die Frage von welthistorischer Bedeutung. Aufbau einer proletarisch-kommunistischen Welt oder Untergang im Sumpf

der bürgerlich-kapitalistischen Anarchie? Inmitten einer so durch und durch revolutionären Situation wie gegenwärtig in Deutschland bedeutet also die Beteiligung am Parlamentarismus nicht nur die Sabotage des Rätegedankens, sondern darüber hinaus die Galvanisierung der in Verwesung befindlichen bürgerlich-kapitalistischen Welt und damit die mehr oder weniger gewollte Verzögerung der proletarischen Revolution.

Neben dem bürgerlichen Parlamentarismus bilden die Gewerkschaften das Hauptbollwerk gegen die Fortentwicklung der proletarischen Revolution in Deutschland. Ihre Haltung im Weltkrieg ist bekannt. Ihr entscheidender Einfluß auf die grundsätzliche und taktische Stellungnahme der alten Sozialdemokratischen Partei führte zur Proklamierung des «Burgfriedens» mit der deutschen Bourgeoisie, was gleichbedeutend war mit der Kriegserklärung an das internationale Proletariat. Ihre sozialverräterische Wirksamkeit fand ihre logische Fortsetzung bei Ausbruch der November-Revolution in Deutschland, wo sie ihre konterrevolutionäre Gesinnung durch den Abschluß einer wirtschaftsfriedlichen Arbeitsgemeinschaft mit dem zusammenbrechenden deutschen Unternehmertum dokumentierten. Ihre konterrevolutionäre Tendenz haben sie während der ganzen Periode der deutschen Revolution bis zum heutigen Tage bewahrt. Die Gewerkschaftsbürokratie ist es gewesen, die sich am heftigsten dem in der deutschen Arbeiterklasse immer stärker Wurzel schlagenden Rätegedanken widersetzte und die sich aus den ökonomischen Massenaktionen folgerichtig ergebenden politischen Tendenzen mit dem Ziel der politischen Machtergreifung durch das Proletariat erfolgreich zu paralisieren verstand. Der konterrevolutionäre Charakter der gewerkschaftlichen Organisationen ist so offenkundig, daß zahlreiche Unternehmer in Deutschland die Einstellung von Arbeitern von der Zugehörigkeit zu einem gewerkschaftlichen Verbands abhängig machen. Damit ist vor aller Welt enthüllt, daß die Gewerkschaftsbürokratie an der künstlichen Aufrechterhaltung des in allen Fugen krachenden kapitalistischen Systems tätigen Anteil nimmt. Die Gewerkschaften sind somit neben den bürgerlichen Fundamenten einer der Hauptpfeiler des kapitalistischen Klassenstaates. Daß dieses konterrevolutionäre Gebilde nicht von innen heraus im revolutionären Sinne umgestaltet werden kann, ist durch die Gewerkschaftsgeschichte der letzten anderthalb Jahre hinreichend bewiesen. Die Revolutionierung der Gewerkschaften ist keine Personenfrage. Der konterrevolutionäre Charakter dieser Organisationen liegt in der ihnen eigentümlichen Struktur und ihrem System selber. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich die logische Folgerung, daß nur die *Zertrümmerung der Gewerkschaften* selbst die Bahn frei macht für den Fortgang der sozialen Revolution in Deutschland. Für den sozialistischen Aufbau ist anderes notwendig als diese fossilen Organisationen.

Aus den Massenkämpfen heraus ist die Betriebsorganisation entstanden. Nicht in dem Sinne neu, daß sie auftaucht als etwas nie zuvor Ähnliches Dagewesenes, aber neu in dem Sinne, daß sie während der Revolution überall herausspringt als notwendige Waffe des Kampfes gegen den alten Geist und das ihm zugrunde liegende Fundament. Sie entspricht dem Rätegedanken und ist demnach

durchaus keine bloße Form oder neue Organisationsspielerei oder gar mystische Wunderblume, sondern sie ist die organisch in die wachsende, Zukunft bildende Ausdrucksform einer Gesellschaftsrevolution, die auf die klassenlose Gesellschaft hinstrebt. Sie ist rein proletarische Kampforganisation. Nicht in Berufe zerrissen, abseits seines Kampfbodens kann das Proletariat für den restlosen Umsturz der alten Gesellschaft organisiert sein, das muß im Betrieb vor sich gehen. Hier steht einer neben dem anderen als Klassengenosse, hier muß jeder stehen als Gleichberechtigter. Hier steht die Masse als Triebwerk der Produktion, drängt ununterbrochen, es zu durchschauen und selbst zu leiten. Hier geht der geistige Kampf, die Revolutionierung des Bewußtseins in unaufhörlichem Sturm von Mann zu Mann, von Masse zu Masse. Alles gerichtet auf das höhere Klasseninteresse, nicht auf Vereinsmeierei, das Berufsinteresse eingeengt auf das ihm zukommende Maß. Eine solche Organisation, das Rückgrat der Betriebsräte, wird zu einem unendlich beweglichen Instrument des Klassenkampfes, einem durch ständig mögliche Neuwahlen, Abberufungen usw. immer von frischem Blut sprudelnden Organismus. In und mit den Massenaktionen wachsend, wird sich die Betriebsorganisation natürlich jene zentrale Zusammenfassung schaffen müssen, die ihrer revolutionären Entwicklung entspricht. Die revolutionäre Entwicklung wird ihre Hauptangelegenheit sein, nicht Programme, Statuten und detaillierte Pläne. Sie ist keine Unterstützungskasse und Lebensversicherung, wenn auch selbstverständlich vor der Sammlung für etwa notwendig werdende Streikunterstützungen nicht ängstlich zurückscheut. Ununterbrochene Propaganda für den Sozialismus, Betriebsversammlungen, politische Diskussionen usw. zählen zu ihren Aufgaben, kurzum, die Revolution im Betrieb.

Das Ziel der Betriebsorganisation ist im großen gesehen ein DOPPELTES.

Das ERSTE geht auf die Zertrümmerung der Gewerkschaften, ihres gesamten Untergrundes und des in ihnen konzentrierten unproletarischen Gedankenkomplexes. Kein Zweifel herrscht darüber, daß in diesem Kampf die Betriebsorganisation selbstverständlich auf alle bürgerlichen Gebilde als erbitterter Gegner stoßen wird, aber auch auf alle USP- und KP-Bekenner, die entweder noch unbewußt in alten SP-Bahnen sich bewegen (wenn sie auch ein anderes politisches Programm annahmen, im Grunde aber nur Kritiker politisch-moralischer Verfehlungen sind), oder bewußt als Gegner auftreten, weil ihnen der politische Schacher, die diplomatische Kunst, sich stets «oben» zu halten, höher steht als der Riesenkampf um das Soziale überhaupt. Vor dieser Bitternis gibt es kein Zurückschrecken. Niemals kann es eher ein enges Zusammengehen mit der USP geben, als bis sie die Berechtigung solcher – sicher noch wandlungsbedürftiger und auch wandlungsfähiger – proletarischer Gebilde aus dem Wesen des Rätegedankens anerkennt. Große Teile der Massen werden sie früher erkennen als politische Führer. Ein gutes Zeichen. Am sichersten und schnellsten wird die Betriebsorganisation durch Auslösen und politische Ausrichtung von Massenstreiks, fußend auf der jeweiligen politischen

Situation, das konterrevolutionäre Gewerkschaftswesen demaskieren und vernichten helfen.

Das ZWEITE große Ziel der Betriebsorganisation ist die Vorbereitung für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft. Mitglied der Betriebsorganisation kann jeder Arbeiter werden, der sich zur Diktatur des Proletariats bekennt. Dazu gehört die entschiedene Abwendung von den Gewerkschaften, die entschiedene Loslösung aus ihrer Gedankenrichtung. Diese Loslösung wird der Prüfstein sein müssen für den Eintritt in die Betriebsorganisation. Damit wird offenbart das Bekenntnis zu dem proletarischen Klassenkampf und seinen eigenen Methoden, nicht erforderlich ist das Bekenntnis zu einem engeren Parteiprogramm. Es liegt im Wesen und in der Tendenz der Betriebsorganisation, daß sie dem Kommunismus dient und hinleitet zur kommunistischen Gesellschaft. Ihr Kern wird stets ausgesprochen kommunistisch sein, ihr Kampf zwingt alle in die gleiche Richtung. Aber während ein Parteiprogramm größtenteils dem Tage (natürlich im weiteren Sinne) dient und dienen muß, während von Parteigängern pointierte Intellektualität gefordert wird, während eine politische Partei wie die Kommunistische Arbeiterpartei – es sei denn, sie entwickle sich zu ihrem Verderben rückwärts –, schnell fortschreitend und wechselnd, mit dem weltrevolutionären Prozeß niemals quantitativ groß sein kann, werden in der Betriebsorganisation die revolutionären Massen geeint durch das Bewußtsein ihrer Klassensolidarität, ihrer proletarischen Klassensolidarität. Hier bereitet sich organisch die Einigung des Proletariats vor, die niemals möglich ist auf dem Boden eines Parteiprogrammes. Die Betriebsorganisation ist der Anfang kommunistischer Gestaltung und wird zum Fundament der kommenden kommunistischen Gesellschaft.

Die Betriebsorganisation löst ihre Aufgaben im engen Verein mit der KAPD.

Die politische Organisation hat zur Aufgabe die Sammlung der fortgeschrittenen Elemente der Arbeiterschaft auf der Grundlage des Parteiprogramms.

Das Verhältnis der Partei zur Betriebsorganisation ergibt sich aus dem Wesen der Betriebsorganisation. In nimmermüder Propaganda wird die KAP innerhalb der Betriebsorganisation arbeiten. Kampfpapieren müssen vereinbart werden. Die Kadres im Betrieb werden zur beweglichen Waffe der Partei. Dazu ist natürlich notwendig, daß auch die Partei immer mehr proletarischen Charakter, proletarischen Klassenausdruck annimmt, der Diktatur von unten gerecht wird. Damit erweitert sich der Kreis ihrer Aufgaben, wird aber zugleich aufs machtvollste gestützt. Es muß erreicht werden – und die Betriebsorganisation bietet die Gewähr dafür –, daß mit dem Siege, das ist die Eroberung der Macht durch das Proletariat, die Diktatur der Klasse einsetzen kann und nicht die Diktatur einiger Parteiführer und ihrer Clique.

Die Phase der Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat erfordert die schärfste Niederhaltung bürgerlich-kapitalistischer Regungen.

Das wird erreicht durch die Aufrichtung einer die gesamte politische und wirtschaftliche Macht ausübenden Räteorganisation. Die Betriebsorganisation wird in dieser Phase selber ein Glied der proletarischen Diktatur, ausgeübt im Betrieb durch die auf der Betriebsorganisation sich erhebenden Betriebsräte. Aufgabe der Betriebsorganisation in dieser Phase ist ferner, danach zu streben, daß sie zum Fundament des Wirtschaftsrätesystems wird.

Für den Aufbau des kommunistischen Gemeinwesens ist die Betriebsorganisation eine wirtschaftliche Voraussetzung. Die politische Form der Organisation des kommunistischen Gemeinwesens ist das System der Räte. Die Betriebsorganisation tritt dafür ein, daß die politische Gewalt nur immer von der Exekutive der Räte ausgeübt wird.

Die KAPD kämpft daher um die Verwirklichung des maximalistischen revolutionären Programms, dessen konkrete Forderungen in folgenden Punkten umschlossen sind:

#### *I. Auf politischem Gebiet:*

1. Sofortiger politischer und wirtschaftlicher Zusammenschluß mit allen siegreichen proletarischen Ländern (Sowjet-Rußland usw.) im Geiste des *internationalen* Klassenkampfes zwecks gemeinsamer Verteidigung gegenüber den aggressiven Tendenzen des Weltkapitals.
2. Bewaffnung der politisch organisierten revolutionären Arbeiterschaft, Aufstellung von Ortswehren, Bildung einer Roten Armee, Entwaffnung des Bürgertums, der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere, Einwohnerwehren usw.
3. Auflösung aller Parlamente und Gemeinderäte.
4. Bildung von Arbeiterräten als Organe der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt. Wahl eines Zentralrats aus den Delegierten der Arbeiterräte Deutschlands.
5. Zusammentritt des deutschen Rätekongresses als verfassunggebende höchste politische Instanz Räte-Deutschlands.
6. Übergabe der Presse an die Arbeiterschaft unter Leitung der örtlichen politischen Räte.
7. Zertrümmerung des bürgerlichen Justizapparates und sofortige Einsetzung von Revolutionsgerichten. Übernahme der bürgerlichen Strafgewalt und des Sicherheitsdienstes durch entsprechende proletarische Organe.

#### *II. Auf wirtschaftlichem, sozialem und strukturellem Gebiet:*

1. Annullierung der Staats- und anderer öffentlichen Schulden sowie sämtlicher Krieganleihen.
2. Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel durch die Räterepublik.
3. Konfiskation aller Vermögen von einer bestimmten Höhe an, die durch den Zentralrat der deutschen Arbeiterräte festzusetzen ist.

4. Umwandlung des Privatbesitzes an Grund und Boden in Gemeineigentum unter Leitung der betreffenden Guts- und Ortsräte.
5. Übernahme des gesamten öffentlichen Verkehrswesens durch die Räterepublik.
6. Zentrale Regelung und Leitung der gesamten Produktion vom Kongreß der Wirtschaftsräte einzusetzenden Obersten Wirtschaftsräte.
7. Einstellung der gesamten Produktion auf den Bedarf auf sorgsamsten wirtschaftsstatistischer Berechnungen.
8. Rücksichtslose Durchführung des Arbeitszwanges.
9. Sicherung der Einzelexistenz in Bezug auf Ernährung, Kleidung, Wohnung, Alter, Krankheit, Invalidität usw.
10. Abschaffung aller Standesunterschiede, Orden und Titel. Völlige rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter,
11. Sofortige gründliche Umgestaltung des Ernährungs-, Wohnungs- und Gesundheitswesens im Interesse der proletarischen Bevölkerung.
12. Indem die KAPD der kapitalistischen Wirtschaftsweise und dem bürgerlichen Staat den entschiedensten Kampf ansagt, richtet sie ihren Angriff auf die gesamte bürgerliche Ideologie und macht sich zur Vorkämpferin einer proletarisch-revolutionären Weltanschauung. Ein entscheidender Faktor für die Beschleunigung der sozialen Revolution liegt in der Revolutionierung der gesamten Geisteswelt des Proletariats. In dieser Erkenntnis unterstützt die KAPD alle revolutionären Tendenzen in Wissenschaft und Künsten, deren Charakter dem Geiste der *proletarischen* Revolution entspricht.

Insbesondere fördert die KAPD alle ernstlich revolutionären Bestrebungen, die die Jugend beiderlei Geschlechts aus sich heraus zum Ausdruck bringt. – Die KAPD lehnt indes jede Bevormundung der Jugend ab.

Durch den politischen Kampf wird die Jugend selber zu höchster Kraftentfaltung gezwungen, die uns die Gewißheit gibt, daß sie mit aller Klarheit und Entschlossenheit ihre großen Aufgaben erfüllt. Der Jugend in ihrem Kampfe jede irgend mögliche Unterstützung zuteilwerden zu lassen, ist – auch um der Revolution willen – Pflicht der KAPD.

Die KAPD ist sich bewußt, daß der Jugend auch nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat ein großes Tätigkeitsgebiet im Aufbau der kommunistischen Gesellschaft obliegt wie:

Die Verteidigung der Räterepublik durch die Rote Armee, die Umgestaltung des Produktionsprozesses, Schaffung der kommunistischen Arbeitsschule, die in engster Gemeinschaft mit dem Betrieb ihre schöpferischen Aufgaben löst.

Das ist das Programm der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Getreu dem Geiste der 3. Internationale hält die KAP an dem Gedanken der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus fest, daß die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat gleichbedeutend ist mit der Vernichtung der politischen Macht der Bourgeoisie. Vernichtung des

gesamten bürgerlichen Staatsapparates mit seiner kapitalistischen Armee unter Führung bürgerlich-junkerlicher Offiziere, seiner Polizei, seinen Kerkermeistern und Richtern, Pfaffen und Staatsbeamten ist die erste Aufgabe der proletarischen Revolution. Das siegreiche Proletariat muß daher gegen Anschläge der bürgerlichen Konterrevolution gewappnet sein. Das Proletariat muß den Bürgerkrieg, wenn er ihm von der Bourgeoisie aufgezwungen wird, mit rücksichtsloser Gewalt niederzuwerfen versuchen. Die KAPD ist sich bewußt, daß der Endkampf zwischen Kapital und Arbeit nicht innerhalb nationaler Grenzen ausgefochten werden kann. Ebenso wenig wie der Kapitalismus an den Landesgrenzen Halt macht und auf seinem Raubzuge durch die Welt sich durch irgendwelche nationale Skrupeln Einhalt gebieten läßt, ebenso wenig darf das Proletariat unter der Hypnose nationaler Ideologien den fundamentalen Gedanken der internationalen Klassensolidarität jemals aus dem Auge verlieren. Je schärfer der internationale Klassenkampfgedanke vom Proletariat erfaßt und je konsequenter er zum Leitmotiv proletarischer Weltpolitik erhoben wird, um so rascher und wuchtiger werden die Schläge der Weltrevolution das in Auflösung begriffene Weltkapital in Stücke schlagen. Hoch über allen nationalen Besonderheiten, hoch über allen Landesgrenzen, hoch über allen Vaterländern leuchtet dem internationalen Proletariat in ewigem Strahlenglanze das Fanal:

*Proletarier aller Länder vereinigt Euch!*

## ANHANG 4

### A.

#### LEITSATZE DER KAPD ÜBER NATION UND KLASSENKAMPF (August 1920)\*

1. Die Epoche des Feudalismus kennzeichnet sich durch den Mangel eines im Rahmen der Nation einheitlich organisierten Staatsganzen, was gleichbedeutend war mit dem Fehlen einer entsprechenden nationalen Ideologie. (Oligarchie der Fürsten in Deutschland, Italien, Frankreich, England, usw.)
2. Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise bildet sich mehr und mehr die Notwendigkeit großer einheitlicher Wirtschaftsgebiete heraus. Die Kämpfe des englischen und französischen Bürgertums im 17. und 18. Jahrhundert endigen mit der Aufrichtung von einheitlich in sich geschlossenen Nationalstaaten, in denen das Bürgertum die gesetzgebenden und verwaltenden Funktionen übernimmt. Das Bürgertum als herrschende Staatsmacht entwickelt aus sich heraus den Gedanken der nationalen Einheit und Freiheit. Somit ist ideologisch betrachtet die Nation ein Produkt der bürgerlichen Welt, geboren aus den ökonomisch-politischen Interessen der kapitalistischen Gesellschaftsstruktur.
3. Wie verhält sich demgegenüber das Proletariat in seinem Bestreben um die ökonomische Befreiung aus der Sklaverei des Kapitalismus? In den Ländern, wo die Bourgeoisie im Begriff steht, den nationalen Einheitsstaat zu begründen im Interesse der vollen Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise, wird das Proletariat gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen den herrschenden Föderalismus kämpfen, wobei jedoch gleichzeitig die besonderen politischen und ökonomischen Ziele scharf hervorgehoben werden müssen. Diese Epoche war für Deutschland und das gesamte Westeuropa mit dem Jahre 1871 abgeschlossen. Von diesem Zeitpunkt an beginnt die Periode der vollen kapitalistischen Entwicklung, die an der Wende des Jahrhunderts bereits die Formen des IMPERIALISMUS annimmt.
4. In dem Stadium der Geschichte, wo der Kapitalismus zur vollständigen Entfaltung gelangt, machen sich naturgemäß die KLASSEN-GEGENSÄTZE zwischen Bourgeoisie und Proletariat in VERSCHÄRFTEM MASSE bemerkbar. In diesem Stadium gibt es keine gemeinsamen Interessen mehr zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Das Proletariat aller Länder schließt sich

---

\* Leitsätze von Arthur Goldstein geschrieben, um die Laufenberg-Wolffheim Fraktion zu kämpfen.

mehr und mehr zu einer gemeinsamen Kampffront zusammen gegen die Interessengemeinschaft des Kapitalismus.

5. Das gilt in höchstem Grade für die gegenwärtige Epoche, wo inmitten der weltrevolutionären Entwicklung die EXISTENZ DER RUSSISCHEN SOWJETREPUBLIK das gesamte Weltkapital zu gemeinsamen Aktionen gegen das siegreiche russische Proletariat veranlasst. In dieser historischen Situation erwächst dem deutschen Proletariat gemeinsam mit dem Proletariat aller Länder die Pflicht, den Kampf gegen das Weltkapital auf INTERNATIONALEM MAßSTAB mit Aufbietung aller Kräfte in Angriff zu nehmen. Der Kampf gegen das Weltkapital wird wirksam geführt durch den rücksichtslosesten Klassenkampf gegenüber der deutschen Kapitalistenklasse, als den Handlangern des Ententekapitals. Die vollständige Niederwerfung der deutschen kapitalistenklasse ist die VORAUSSETZUNG FÜR DIE ERFOLGREICHE AUSEINANDERSETZUNG mit dem Ententekapital. Darum gelten alle Bestrebungen für konterrevolutionär, die darauf hinzielen, das deutsche Proletariat für eine Kampfgemeinschaft mit dem Bürgertum in Form des NATIONALEN AUFSTANDES gegen die Entente zu engagieren. Als konterrevolutionär müssen auch Bestrebungen gelten, die darauf gerichtet sind, nach dem Siege der proletarischen Revolution auf den unvermeidlichen Bürgerkrieg zu verzichten zugunsten eines sogenannten revolutionären Volkskrieges gegen die Entente. Aufgabe des siegreichen Proletariats ist in erster Linie die NIEDERHALTUNG DER EIGENEN BOURGEOISIE. Ein etwa notwendig werdender Kampf gegen das Ententekapital bedeutet den gleichzeitigen Kampf gegen die mit jenen durch gleiche Interessen verbundene deutsche Kapitalistenklasse. Jede Art von NATIONALEM BOLSCHEWISMUS muss daher von einer revolutionären Partei grundsätzlich verworfen werden. Bestrebungen nationalbolschewistischen Charakters haben keinen Platz in der K.A.P.D. Die K.A.P.D. bekennt sich zum SCHÄRFSTEN KLASSENKAMPSGEDANKEN im Interesse der Revolution des deutschen und internationalen Proletariats. Die Organisation der Internationale besteht nicht in der FÖDERATION DER NATIONEN, sondern in dem internationalen Zusammenschluss der KLASSENORGANISATIONEN DES PROLETARIATS zu dem einzigen Zweck des AUFBAUES EINER KOMMUNISTISCHEN WELT.

B.

Franz PFEMFERT

## Die «Kinderkrankheit» und die Dritte Internationale<sup>71</sup>

I

Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus. Dass sie in einem Lande geboren worden ist, in dem die Arbeiter sich diese Herrschaft bereits erkämpft haben, das hat der Dritten Internationale geholfen, sich die Sympathien des Weltproletariats zu erringen. Die Begeisterung für den neuen Weltbund der Ausgebeuteten ist identisch mit der Begeisterung für Sowjetrussland, für den unvergleichlichen Heldenkampf des russischen Proletariats. Das junge Gebilde Dritte Internationale allein hat noch nicht Zeit und Gelegenheit gehabt, sich als Organisation moralische Wirkungen zu verschaffen.

Die Dritte Internationale kann und wird eine moralische Kraft sein, wenn sie den Willensausdruck des revolutionären Weltproletariats darstellen wird, sie wird unzerstörbar und unersetzbar sein als Internationale der kämpfenden proletarischen Klasse. Die Dritte Internationale aber wäre unmöglich und hohle Phrase, wollte sie das Propagandainstrument einer einzelnen Partei sein oder einzelner Parteien.

Ist die Dritte Internationale der Bund des revolutionären Weltproletariats, dann wird sich dieses Proletariat eins fühlen mit ihr, ganz gleich, ob es schon formell angeschlossen ist oder nicht. Tritt die Dritte Internationale jedoch auf mit der Vollmacht der Zentralgewalt eines Landes, dann trägt sie den Todeskeim in sich und wird die Weltrevolution hemmen.

Die Revolution ist die Angelegenheit des Proletariats als Klasse; die soziale Revolution ist keine Parteisache!

Ich muss noch deutlicher werden:

Sowjetrussland geht zugrunde ohne die aktive Hilfe aller revolutionären Kämpfer. Alle wirklich klassenbewussten Arbeiter (hierzu gehören z. B. unbedingt auch die Syndikalisten!) sind bereit, aktiv zu helfen. Die Dritte Internationale würde verbrecherisch, gegenrevolutionär wirken, wollte sie — im Interesse einer Partei! — etwas tun, was geeignet wäre, das heilige Feuer brüderlicher Solidarität, das für Sowjetrussland (noch immer nicht: für die

---

<sup>71</sup> *Die Aktion*, Berlin, Heft Nr. 31/32, 7. 8. 1920.

Dritte Internationale als Organisation an sich!!!) in den Herzen aller Proletarier glüht, zu löschen!

Ist das denn so schwer zu begreifen? Ist es eine Dummheit, Genosse Lenin, wenn ich Ihnen zurufe: nicht wir brauchen im Augenblick die Internationale, sondern die Dritte Internationale braucht uns?

## II

Lenin ist heute der Meinung, es sei eine Dummheit. In der Schrift: «Der 'Radikalismus'— die Kinderkrankheit des Kommunismus», die er soeben dem revolutionären Proletariat entgegen-schleuderte, geht Lenin von der Ansicht aus, die Dritte Internationale habe sich an das Parteistatut der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki) zu halten und das revolutionäre Proletariat aller Länder habe untertan zu sein der Obrigkeit «Dritte Internationale» und somit der Taktik der Bolschewiki. Die Bolschewiki hatten darüber zu entscheiden, welche Waffen das kämpfende Proletariat der übrigen Welt zu benutzen habe. Und nur die unbedingt gehorchenden Proletarier seien auserwählt, dem Weltbund anzugehören. In den Leitsätzen zum II. Kongress der Dritten Internationale hat Lenin das noch eindeutiger formuliert: er hat nicht bloß Richtlinien allgemeiner Art gegeben, sondern alle Einzelheiten der Taktik, der Organisation und sogar — den Namen vorgeschrieben, den die Parteien in allen Ländern führen müssten. Und als Gipfel:

„Alle Beschlüsse der Kongresse der Kommunistischen Internationale, wie auch die Beschlüsse ihres Exekutivkomitees sind für alle der Kommunistischen Internationale angehörigen Parteien bindend.“

Ist das auch Methode, so ist es dennoch Wahnsinn!

In einem so kleinen Lande wie Deutschland haben wir es wiederholt, zuletzt im März 1920, erlebt, dass eine Taktik, die z. B. für das Ruhrgebiet Siege brachte, in anderen Gebieten unmöglich war; dass der Generalstreik der Industriearbeiter in Mitteldeutschland für das Vogtland, wo seit November 1918 das Proletariat feiern muss, ein Witz blieb. Und Moskau uns und allen anderen Ländern Generalstab sein?

Was uns zur Dritten Internationale führt, ist das gemeinsame Ziel der Weltrevolution: die Diktatur des Proletariats, der Kommunismus. Die Dritte Internationale soll den kämpfenden Proletariern aller Länder dadurch zur Seite stehen, dass sie ihnen die verschiedenen Situationen und Arten des revolutionären Bürgerkriegs zeigt. Die Kämpfer mussten Esel sein und nicht Kämpfer, wollten sie es unterlassen, die Waffen zu untersuchen, mit denen die Brüder da und dort kämpfen. Aber die Kämpfer waren Schafe, wollten sie sich auf Wege drängen lassen, die sie längst als für sie unbenutzbar erkannt und deshalb verlassen haben.

Lenins Angriff auf uns ist in der Tendenz und in den Einzelheiten einfach ungeheuerlich. Oberflächlich ist die Schrift. Unsachlich. Ungerecht. Massiv nur in den Ausdrücken. Von der Schärfe des Denkers Lenin, die sich sonst besonders in Polemiken zeigt, keine Spur.

Was will Lenin? Der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands und dem revolutionären Proletariat aller anderen Länder sagen, dass sie Dummköpfe, Idioten und Schlimmeres seien, da sie sich nicht willig den Binsenweisheiten beugen, da sie sich nicht stramm zentralistisch von Moskau herab (über Radek und Levi) gängeln lassen. Wenn Deutschlands revolutionäre Avantgarde sich gegen die Teilnahme an bürgerlichen Parlamenten wendet, wenn diese Avantgarde die reaktionären Gewerkschaftsverbände zu zertrümmern beginnt, wenn sie den politischen Führerparteien den Rücken kehrt gemäß dem Wort: die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiter sein, dann besteht diese Avantgarde aus Dummköpfen, dann verübt sie «radikale Kindereien», dann wird sie (und das ist das Ergebnis der Broschüre) eben nicht — in die Dritte Internationale hinein dürfen! Nur falls die Arbeiter der KAPD als reuige Sünder in den alleinseligmachenden Spartakusbund zurückkehren, können sie zur Dritten Internationale kommen. Also: Zurück zum Parlamentarismus ! Hinein in Legiens Gewerkschaften! Hinein in die sterbende Führerpartei KPD! — das ruft Lenin dem selbstbewussten deutschen Proletarier zu!

Ich sagte schon: ein ungeheuerliches Buch! Damit ist auch die Belanglosigkeit der Argumente gemeint, die Lenin aus dem Staub der achtziger Jahre hervorholt, um den deutschen Radikalen die Überzeugung beizubringen, dass er die Gänsefüßchen mit Recht gegen sie anwendet. Auf dem Niveau der USP bewegen sich alle Ausführungen in Sachen des Zentralismus und des Parlamentarismus. Und was Lenin zugunsten der Arbeit in den Gewerkschaften schreibt, das ist so famos opportunistisch, dass die Gewerkschaftsbözen nichts Eiligeres zu tun wussten, als es sofort in Flugblättern nachzudrucken und zu verbreiten!

Skandalös flach, sträflich loddrig ist die Polemik, die Lenin gegen die KAPD führt. An einer Stelle heißt es zum Beispiel:

«Die deutschen ‚Radikalen‘ haben, wie bekannt, schon im Januar 1919 den Parlamentarismus für ‚politisch‘ überwunden gehalten, im Gegensatz zur Meinung hervorragender politischer Führer wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Es ist klar, dass die ‚Radikalen‘ geirrt haben. Schon dies allein stößt die These bis auf den Grund um, de der Parlamentarismus sich ‚politisch‘ überlebt habe.»

Das schreibt der Logiker Lenin! Wodurch, bitte, ist «klar» geworden, dass wir geirrt haben? Etwa durch die Tatsache, dass die Nationalversammlung neben den Crispianleuten nicht auch Levi und Zetkin zeigte? Etwa durch den Reichstag, in dem jetzt dieses kommunistische Duett sitzt? Wie kann Lenin — leichtfertig, ohne den Schatten von Beweis anzuführen, niederschreiben, unser «Irrtum» sei klar, und daran die Forderung knüpfen: «Schon dies allein stößt die These usw.» ? Ungeheuerlich! Ungeheuerlich auch, wie Lenin die Frage: «Muss man sich an den bürgerlichen Parlamenten beteiligen? bejaht:

«Kritik — und zwar die schärfste, schonungsloseste, unversöhnlichste Kritik — muss nicht am Parlamentarismus oder an der parlamentarischen Tätigkeit, sondern an den Führern geübt werden, die Parlamentswahlen und

Parlamentstribüne nicht auf revolutionäre kommunistische Art auszunutzen verstehen und mehr noch an denjenigen, die sie nicht ausnutzen wollen.»

Das schreibt Lenin! Lenin will plötzlich die «Ausnutzung der Demokratie», die er selbst (in «*Staat und Revolution*», in «*Renegat Kautsky*», in «*Bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur*») als «Renegatenförderung» abgetan hat!

Das revolutionäre Proletariat Deutschlands hat sich vom «käuflichen und versumpften Parlamentarismus der bürgerlichen Gesellschaft» abgewandt, vom «System der Täuschung und des Betrugs». Das Proletariat hat die Kampfparole: «Alle Macht den Räten!» voll erkannt. Es hat einsehen müssen, de der bürgerliche Parlamentarismus nicht «auszunutzen» ist. Es hat die Gewerkschaften als Institutionen erkannt, die eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten herbeiführen müssen und damit den Klassenkampf sabotieren, ganz gleichgültig, ob die Mitglieder dagegen kritisieren oder nicht. Das revolutionäre Proletariat Deutschlands hat mit Gebirgen von Arbeiterleichen büßen müssen, dass es sich dem Führertum ausgeliefert hatte. Die letzte Illusion vernichtete die berüchtigte «Zentrale» des Spartakusbundes. Davon hat das Proletariat für alle Zeit genug!

Und jetzt kommt Lenin daher und sucht die bitteren Lehren der deutschen Revolution und seine eigenen Lehren vergessen zu machen? Sucht vergessen zu machen, de Marx gelehrt hat, nicht Personen seien verantwortlich? Der Parlamentarismus und nicht das Einzelgeschöpf Parlamentarier ist zu bekämpfen!

Wir haben ja eben Monate hinter uns, wo «Kommunisten» im Reichstage wirkten. Man lese die Parlamentsberichte aus den Tagen, da Levi-Zetkin «auf revolutionäre kommunistische Art» (übrigens eine sinnlose Zeitungsphrase!) die Tribüne «ausnutzten»! Sie haben die Berichte gelesen, Genosse Lenin. Wo bleibt Ihre «schärfste, schonungsloseste, unpersönlichste Kritik»? Oder sind Sie befriedigt worden? . . .

Es ist leicht nachzuweisen; die KAPD hat den «Wahlkampf» im Sinne revolutionärer Agitation wirksamer ausgenutzt und wirksamer ausnutzen können als die Parlamentskommunisten, eben weil sie keine «Kandidaten» hatte, die Stimmvieh suchten. Die KAPD hat den parlamentarischen Schwindel entlarvt und bis in die entlegensten Dorfer hinein die Räteideen getragen. Die Mandatsjager aber haben in den paar Monaten ihrer Tätigkeit im Parlament bestätigt, wir Antiparlamentarier recht haben. Ist Ihnen, Genosse Lenin, nie der Leninsche Gedanke in die Quere gekommen, dass es in einem Lande mit vierzigjähriger Parlamentsfaxerei der Sozialdemokratie (die ja anfangs die Tribüne auch nur propagandistisch «ausnutzen» wollte!) eine stockreaktionäre Handlung ist, ins Parlament zu gehen? Ist Ihnen nicht begreiflich, dass im Land des parlamentarischen Kretinismus den Parlamentarismus nur durch Boykott brandmarken kann? Es gibt keine schärfere Brandmarkung, keine, die tiefer ins Bewusstsein der Arbeiter dringt! Ein von Proletariern durch Boykott demaskiertes Parlament wird Proletarier nie tauschen und betrügen können. Aber eine korrekte «programmatische» Rede, die Clara Zetkin unter dem Beifall bürgerlicher und sozialdemokratischer Bitter halt und aus der die Presse das wiedergibt, was

der Presse zusagt, eine solche Rede schafft dem bürgerlichen Parlament Beachtung im Proletariat! — Waren die USP-Herrschaften nicht in die Nationalversammlung gegangen, die Selbstbewusstseinsentwicklung der deutschen Proletarier wäre heute schon weiter vorgeschritten!

### III

Lenin ist für «straffste Zentralisation» und für «eiserne Disziplin». Er will, dass die Dritte Internationale dies proklamiere und alles fernhalte, was, wie die KAPD, der Führerallmacht kritisch gegenübersteht.

Militärische Parteiherrschaft wünscht Lenin in allen Ländern. Ein wenig anders lauteten die Richtlinien des ersten Kongresses der Dritten Internationale! In diesen Richtlinien wird gegen die Unabhängigen, als gegen nicht absolut zuverlässige Kämpfer empfohlen: «die Taktik des Absplitters der revolutionären Elemente, erbarmungslose Kritik und Entlarvung der Führer.» Und im übrigen wird gesagt:

«Auf der anderen Seite ist ein Block mit den Elementen der revolutionären Arbeiterbewegung notwendig, die, obgleich sie früher der sozialistischen Partei nicht angehörten, jetzt im großen und ganzen auf dem Standpunkt der proletarischen Diktatur in der Form der Rätewahl stehen. Solche sind an erster Stelle die syndikalistischen Elemente der Arbeiterbewegung.»

Davon ist nicht mehr die Rede. Im Gegenteil: Nieder die Syndikalisten! Nieder die gegen Bonzen unbotmäßigen «Dummköpfe»! Das Exekutivkomitee befehle, und seine Befehle seien bindend!

Lenin hat Karl Liebkecht gegen die «Radikalen» zitieren können geglaubt. Ich zitiere Karl Liebkecht gegen Lenin:

«Das ist der verhängnisvolle Zirkel, in dem sich die großen zentralisierten, mit fest besoldeten und von ihrem bisherigen Klassenniveau aus gut besoldeten Funktionären versehenen Organisationen bewegen, dass sie in dieser Berufsbükratie eine den revolutionären Interessen des Proletariats geradewegs feindliche Schicht nicht nur erzeugen, sondern zu ihrem bevollmächtigten Führer und gar leicht Tyrannen machen, die ein energisches Interesse gegen eine revolutionäre Politik des Proletariats haben, während die geistige und moralische Selbständigkeit, der Wille, die Initiative, die Eigenaktion der Massen zurückgedrängt oder ganz ausgeschaltet wird. Zu dieser Bürokratie rechnen auch die besoldeten Parlamentarier.

Ein Übel, gegen das organisatorisch schon ein Kraut gewachsen ist: Beseitigung der besoldeten Bürokratie, oder ihre Ausschaltung von allen Beschlüssen, ihre Einschränkung auf technische Hilfsarbeit, Verbot der Wiederwahl aller Funktionäre nach bestimmter Dauer, wodurch zugleich die Zahl der organisationstechnisch bewanderten Proletarier vermehrt wird; jederzeitige initiative Absetzungsmöglichkeit während der Amtsdauer; Beschränkung der Zuständigkeit der Instanzen; Dezentralisation; Urabstimmung für wichtige Fragen (Veto und Initiative). Bei der Wahl der Funktionäre muss das entscheidende Gewicht auf ihre Erprobung im entschlossenen schlagfertigen, revolutionären Handeln, im revolutionären

Kampfgeist, in rücksichtsloser Opferwilligkeit unter bereitwilliger Einsetzung der ganzen Existenz gelegt werden. Die Erziehung der Massen und jedes einzelnen zur geistigen und moralischen Selbständigkeit, zur Autorität-Ungläubigkeit, zur entschlossenen Eigen-Initiative, zur freien Aktionsbereitschaft und Fähigkeit, bildet wie die einzige sichernde Grundlage für die Entwicklung einer ihren historischen Aufgaben gewachsenen Arbeiterbewegung überhaupt, so die wesentliche Voraussetzung für die Austilgung der bürokratischen Gefahren.

Jede Organisationsform, die die Schulung im internationalen revolutionären Geist und die selbständige Aktionsfähigkeit und Initiative der revolutionären Massen hemmt, ist zu verwerfen . . . Keine Verbindung, die der freien Initiative Fesseln anlegt. Diese Initiative in den Massen zu fordern, ist gerade in Deutschland, dem Land des passiven Massen-Kadavergehorsams, die dringendste Erziehungsaufgabe, die gelöst werden muss, selbst auf die Gefahr hin, dass vorübergehend alle ‚Disziplin‘ und alle ‚strammen Organisationen‘ zum Teufel gehen (!). Dem Individuellen ist weit größerer Spielraum zu geben, als in Deutschland bisher Tradition. Auf das Wortbekenntnis ist geringstes Gewicht zu legen . . . Alle abgesplitterten radikalen Elemente werden zu einem nach den immanenten Gesetzen des Internationalismus bestimmten Ganzen zusammenschießen, wenn Intransigenz gegen allen Opportunismus, Weitherzigkeit gegen alle Bemühungen eines garenden revolutionären Kampfgeistes geübt wird.»

#### IV

Ich weiß, Lenin ist kein «Renegat» und nicht Sozialdemokrat geworden, wenn auch die «Kinderkrankheit» rein sozialdemokratisch wirkt (1878 haben die deutschen Führer fast wörtlich so gesprochen). Aber wie ist das Zustandekommen seiner Schrift gegen die Weltrevolution zu erklären?

Monarchisten pflegen für Dummheiten (und Verbrechen) ihrer Monarchen stets als Entschuldigung anzuführen, die Majestäten seien «schlecht unterrichtet» worden. Revolutionäre können (und dürfen) für ihre Genossen solche Entschuldigung nicht gelten lassen. Gewiss wissen wir genau, dass Karl Radek und der Spartakusbund, um von den Ursachen ihres politischen Bankrotts abzulenken, Lenin bewusst die Unwahrheit berichtet haben über die Situation und über das revolutionäre Proletariat in Deutschland. Karl Radeks freches Schreiben an die Mitglieder der KAPD zeigt, wie die Dinge dem Genossen Lenin dargestellt worden sind. Doch das rechtfertigt Lenin keinesfalls! Eine Rechtfertigung ist überhaupt zwecklos, denn die Tatsache, dass Lenin dem revolutionären Proletariat Deutschlands den Kampf erschwert hat mit der dummen Broschüre, wird damit noch nicht beseitigt.

Und Lenin ist zwar in Sachen des Spartakusbundes und der KAPD weist angelogen worden, aber er hatte doch sehr wohl sagen müssen, dass es Unfug ist, deutsche Verhältnisse mit russischen Verhältnissen zu identifizieren. Lenin ist sehr wohl in der Lage gewesen, trotz Radek, zu unterscheiden zwischen deutschen Gewerkschaften, die stets ein gegenrevolutionäres Dasein geführt haben, und den russischen Gewerkschaften. Lenin weiß sehr wohl, dass die russischen Revolutionäre

nicht gegen parlamentarischen Kretinismus zu kämpfen hatten, da das Parlament in Russland weder Tradition noch Ansehen im Proletariat besaß. Lenin weiß (oder musste es wissen), dass in Deutschland das Führertum in Partei und Gewerkschaften durch «Ausnutzung» des Parlaments zum 4. August 1914 kommen musste! Dass der autoritative militärische Charakter der Partei mit dem Kadavergehorsam Jahrzehnte hindurch die revolutionären Kräfte in der Arbeiterbewegung Deutschlands geknebelt hat. Das alles hätte Lenin sie überlegen müsse, bevor er gegen die „radikale“ zu kämpfen begann. Das Verantwortlichkeitsgefühl hatte Lenin dann gehindert, die unverzeihliche Schmähchrift zu schreiben.

## V

Um das Weltproletariat davon zu überzeugen, dass er in der «Kinderkrankheit» den richtigen Weg zur Revolution für alle Länder freilegt, führt Lenin ihm den Weg vor Augen, den die Bolschewiki gegangen sind und der zum Siege geführt habe, weil er der rechte Weg war (und ist).

Lenin befindet sich auch hier auf völlig unhaltbarem Posten. Wenn er den Sieg der Bolschewiki als Beweisargument erwähnt dafür, dass seine Partei in den fünfzehn Jahren ihrer Existenz «richtig» gearbeitet habe, dann ist das irreführend! *Der Sieg der Bolschewiki im November 1917 ist kein Sieg der revolutionären Kraft der Partei allein gewesen! Die Bolschewiki sind mittels der bürgerlich-pazifistischen Parole: „Friede“, zur Macht, zum Sieg gekommen!* Diese Parole allein hat die Nationalmenschewiki niedergezwungen, hat den Bolschewiken die Armee gesichert! Also nicht der Sieg an sich kann uns überzeugen, dass die Bolschewiki im Sinne der Prinzipienfestigkeit «richtig» gearbeitet haben. Eher schon die Tatsache, dass sie nun beinahe drei Jahre lang diesen Sieg zu verteidigen wissen!

Aber — und das ist eine Frage der «Radikalen» — haben die Bolschewiki in diesen Jahren ihrer Parteidiktatur immer so manövriert, wie Lenin in der «Kinderkrankheit» es vom revolutionären Proletariat Deutschlands fordert? Oder ist die Lage der Bolschewiki derart, dass sie Lenins «Bedingung» nicht zu beachten brauchen, die von der revolutionären Partei verlangt:

«dass sie es versteht, sich, mit der breiten Masse der Werktätigen, in erster Linie mit der proletarischen, aber auch mit der nichtproletarischen werktätigen Masse zu verbinden, zu vereinigen, und wenn man will, bis zu einem gewissen Grade zu verschmelzen.» («Kinderkrankheit», Seite 6) Die Bolschewiki haben bisher nur eins durchführen keinen und durchgeführt: die militärisch-straft Parteidisziplin, die «eiserne» Diktatur des Partei-Zentralismus. Oder haben sie es verstanden, sich «zu verbinden, zu vereinigen, und wenn man will, bis zu einem gewissen Grade zu verschmelzen» mit der von Lenin genannten «breiten Masse»? . . .

## VI

Es ist eine lokale Angelegenheit der russischen Genossen, welche Taktik sie anwenden. Wir haben dagegen protestiert und ihn als Gegenrevolutionär

bezeichnen müssen, als Herr Kautsky sich erlaubte, die Taktik der Bolschewiki zu infamieren. Wir haben es den russischen Brüdern zu überlassen, sich ihre Waffen auszuwählen. Aber das eine wissen wir: in Deutschland ist eine Parteidiktatur unmöglich, in Deutschland kann (und wird!) nur die Kassendiktatur, die Diktatur der revolutionären Arbeiterräte siegen und (das Wichtigste) den Sieg verteidigen können.

Ich könnte nun, nach Lenins «Kinderkrankheits»-Rezept, niederschreiben: «Das ist klar» und dann vom Thema abschwenken. Wir haben jedoch nicht nötig, auszuweichen. Deutschlands Proletariat ist in verschiedenen politischen Partei-en organisiert, die Führerparteien mit scharf autoritativem Charakter sind. Die reaktionären Gewerkschaften, durch die streng zentralistische Art ihres Aufbaus der Gewerkschaftsbürokratie ausgeliefert, sind für «Demokratie», für den Wiederaufbau der kapitalistischen Welt, ohne die sie nicht leben können. Parteidiktatur in diesem Deutschland heißt: Arbeiter gegen Arbeiter. (Die Noske-Epoche begann als SPD-Parteidiktatur!) Eine Partei-Diktatur der KPD (Spartakusbund) (und eine andere hat Lenin nicht im Auge!) musste sich durchsetzen gegen USP-Arbeiter, SPD-Arbeiter, Gewerkschaften, Syndikalisten, Betriebsorganisation und gegen die Bourgeoisie. Solche Parteidiktatur hat Karl Liebknecht mit dem Spartakusbund nie angestrebt, wie seine ganze Revolutionsarbeit bewies (und wie die Ausführungen zeigen, die ich in diesem Aufsatz zitiert habe).

Es ist unbestreitbar, dass alle Arbeiter (auch die von Legien und Scheidemann genasführten Arbeiter!) die Träger der kommunistischen Neuordnung sein müssen, soll nicht Selbstzerfleischung die Niederhaltung der Bourgeoisie unmöglich machen. Wollen wir auf den jüngsten Tag warten, bis alle oder auch nur ein paar Millionen Proletarier in der KPD vereinigt sein werden (die heute nur noch aus einem kleinen Häuflein von Angestellten und ein paar Gutgläubigen besteht)? Will etwa (wie Karl Radek und Herr Levi es sich ausgeklügelt haben) die Dritte Internationale das Pressionsmittel sein, das die revolutionären Arbeiter in die KPD hineinzwingen soll? Wird der Führeregoismus die Tatsache ignorieren dürfen, dass schon heute die Mehrzahl der Industriearbeiter und des Landproletariats für eine Klassendiktatur *reif* und zu gewinnen sind?

Wir brauchten eine Parole für die Zusammenfassung des deutschen Proletariats. Wir haben sie: «Alle Macht den Arbeiterräten!» Wir brauchen einen Sammelplatz, auf dem sich alle klassenbewussten Arbeiter vereinigen können, ohne durch Parteibonzen gestört zu werden. Wir haben den Platz: *es ist der Betrieb*. Der Betrieb, die Keimzelle der neuen Gemeinschaft, er ist auch der Boden der Sammlung. Wir brauchen für die siegreiche Durchführung der proletarischen Revolution in Deutschland nicht Bonzen, sondern selbstbewusste Proletarier. Ob sich die nun Syndikalisten oder Unabhängige nennen: haben sie mit uns das Ziel gemein: den kapitalistischen Staat zu zertrümmern und die kommunistische Menschengemeinschaft zu verwirklichen, dann gehören sie zu uns, dann werden wir uns mit ihnen in den revolutionären Betriebsorganisationen «verbinden, vereinigen, verschmelzen» !

Die Kommunistische Arbeiterpartei ist deshalb keine Partei im üblen Sinne, weil sie *nicht Selbstzweck ist!* Sie propagiert die Diktatur des Proletariats,

den Kommunismus. Sie formiert die Kämpfer in den Betriebsorganisationen, in denen die Kräfte aufgespeichert sind, die die kapitalistische Gesellschaft beseitigen, die Herrschaft der Räte errichten und den Aufbau der neuen kommunistischen Wirtschaft ermöglichen werden. Die Betriebsorganisationen sind in der Union zusammengeschlossen. Die Betriebsorganisationen werden die Herrschaft des Proletariats als Klasse gegen alle Führermachinationen, gegen alle Verräter zu sichern wissen. Nur eine *Klassenherrschaft* (das zeigte der Kapitalismus!) gibt ein breites, festes Fundament.

## VII

Die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands hat die «Kinderkrankheit» Lenins und den Fluch Radeks und die Verleumdungen des Spartakusbundes und aller Führerparteien erleben müssen, weil sie für die Klassenherrschaft des Proletariats kämpft, weil sie Karl Liebknechts Auffassungen über Zentralismus teilt. Die KAPD wird die «Kinderkrankheit» gut überleben und alles andere. Und ob es nun Karl Radek einsieht oder nicht, ob Lenin eine Broschüre gegen uns (und gegen sich) schreibt oder nicht: die proletarische Revolution wird in Deutschland andere Wege gehen als in Russland. Wenn Lenin uns «Dummköpfe» nennt, dann kompromittiert er sich und nicht uns. Denn in diesem Falle sind wir — die *Leninisten*. Wir wissen: mögen nationale oder internationale Kongresse noch so spezialisierte Reiserouten ihr vorschreiben, die Weltrevolution wird in jedem Lande den Gang gehen, den die *Geschichte* bestimmt! Mag der II. Kongress der Dritten Internationale versuchen, der KAPD zugunsten einer Führerpartei das Verdammungsurteil zu sprechen: die revolutionären Kommunisten Deutschlands werden das leicht zu tragen wissen und nicht, wie die USP-Bonzen, flennen. Wir *gehören* zur Dritten Internationale, denn die Dritte Internationale ist nicht Moskau, nicht Lenin, nicht Radek, sondern das um seine Befreiung kämpfende Weltproletariat!

7. August 1920.

## Zur Geschichte der K(ommunistischen) A(rbeiter)- P(artei) D(eutschlands) \*

*Von Bernhard Reichenbach (Hamburg)*

*(Archiv für die Geschichte des Sozialismus, «Carl Grünberg Archiv», XIII, Leipzig, 1928)*

### 1. Die Ursachen der Entstehung der Partei und die Zeit der revolutionären Aktionen

Die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (K.A.P.D.) ist entstanden in der Zeit schärfster revolutionärer Kämpfe. Ihre Geschichte ist daher ein Teil der Geschichte der Deutschen Revolution. Deren Entwicklung stand unter dem Einfluß der Tatsache, daß, als das deutsche Proletariat zum erstenmal in den Zustand aktiv-revolutionärer Massenbewegung hineingeriet, die Diktatur der Bourgeoisie mit noch nicht dagewesenen Mitteln des durch den Krieg schon jahrelang herrschenden Belagerungszustandes, schärfster Rede-, Presse- und Versammlungsknebelung, eine klärende Auseinandersetzung unmöglich machte. Erschwerend, entscheidend kam hinzu, daß die Arbeiterorganisationen, die auf Grund ihrer marxistischen Klassenkampftheorie, auf Grund ihrer Geschichte und ihrer Schicksale in der Vorkriegszeit berufen waren, die revolutionär werdende Situation zu erfassen und aus dem Proletariat heraus zu gestalten, um der nationalen Idee willen den Burgfrieden mit den Mächten des alten Staates geschlossen hatten. Die unabweisliche Folge hieraus, die eigene Opposition gegen die Kriegsziele LUDENDORFFS so zu halten; daß dessen Kriegsführung dadurch nicht gestört wurde, zwang zu einer auf alle Fälle anti-revolutionären Willensrichtung, zu einer Ablehnung des revolutionären Momentes als gesellschaftsbildenden, Sozialismus verwirklichenden Faktors. Die dadurch gewonnene Legalität des Auftretens, ungehinderter Publizistik und Finanzgebarung sicherte der Partei- und der Gewerkschaftsleitung die alleinige Auswertung des großartigen Organisationsapparates. Daraus ergab sich naturgemäß, daß die allmählich aufbegehrenden Massen nicht nur gegen den Staat und dessen Krieg, sondern auch gegen die führenden Instanzen ihrer Organisationen zu kämpfen hatten. Die hierdurch gezeitigte Verwirrung führte und mußte führen zum Scheitern der wichtigsten Aufgabe des erwachten Proletariats: die chaotischen Elemente, die in jeder Revolution sind und sein müssen, zu klären und zum bewußten Handeln der Klasse zu gestalten.

Wenn diese Überlegungen an den Beginn der vorliegenden Abhandlung gestellt werden, so nicht, um zu polemisieren oder um revolutionsmoralische Wertungen aufzustellen, sondern weil diese Zusammenhänge, ebenso wie sie der Ausgangspunkt der Revolution waren, auch ihren weiteren Verlauf kennzeichneten und entscheidend wurden für das Wesen der Schichtenbildung innerhalb des

Proletariats und damit der besonderen Struktur der einzelnen Parteien, deren Werden und Entwicklung ohne Erkenntnis dieser Ausgangssituation nicht begriffen werden können. Es mußte dazu kommen, daß auf lange Zeit hinaus das negative Moment innerhalb der Opposition dominierend blieb und daß deren Gestaltung zu einem positiv gerichteten Willensfaktor verschleppt und verzögert wurde – über den Elan des Anfangs hinaus, der Zeit der solidarischen Opferbereitschaft des Proletariats, der Zeit der vollkommen verwirrten, verzagten, zu keiner Gegenwehr fähigen Bourgeoisie.

Aus diesem chaotischen Zustande löste sich Ende Dezember 1918 der Spartakusbund aus der Verbindung mit der U(nabhängigen) S(oz.-dem.) P(artei) D(Deutschlands) und vereinigte sich mit der Gruppe I(nternationaler) K(ommunisten) D(Deutschlands) zur K(ommunistischen) P(artei) D(Deutschlands) (Spartakusbund). Die Führer KARL LIEBKNECHT und ROSA LUXEMBURG und bald darauf LEO JOGISCHEs wurden von den weißen Gardien erschlagen. Die Neuwahl der Zentralleitung war unter den damaligen Zuständen nicht möglich. Die Zentrale wurde daher durch Kooptation ergänzt und stand nunmehr unter Leitung von PAUL LEVI, der unter dem Einfluß von KARL RADEK und des russischen Emissärs BRONSKI die Partei aus der Aktivität in die Passivität überleitete. Dies war wenigstens die Auffassung einer allmählich wachsenden Opposition, die in der Parteipresse – besonders der wichtigen Bezirke Berlin, Hamburg, Sachsen – zu Worte kam. Der Zentrale wurde vorgeworfen, daß sie, statt treibende Kraft des Drängens breiter Massen zum Handeln zu sein und damit Klarheit und Konzentration in diese aktiv-revolutionären Tendenzen zu bringen, selbst nur ein Moment der Zerfahrenheit und Unentschlossenheit darstelle, daher mit schuld daran sei, daß die sich ergebenden Kämpfe vereinzelt und verzettelt verliefen. Getreu der einmal eingeschlagenen Taktik der Abkehr von revolutionärer Angriffspolitik – hieß es in der Presse der Opposition und in Beschwerden nach Moskau – wolle sich die Parteileitung auf jene Gebiete beschränken, in denen die bürgerliche Gesellschaft der Arbeiterschaft ein Wirken erlaube, auf politischem Gebiet in den Parlamenten und auf wirtschaftlichem in den Gewerkschaften. Die Opposition hielt ihrerseits parlamentarische und gewerkschaftliche Betätigung für unvereinbar mit revolutionärem Handeln.

Es ergaben sich so drei Streitfragen : nach Umgestaltung der Organisation der Partei; nach ihrer parlamentarischen Beteiligung; und alternativ, nach Betätigung innerhalb der Gewerkschaften oder Schaffung neuer wirtschaftlicher Kampforganisationen. Diese Streitfragen führten dann zur Spaltung der Partei und zur Gründung der K.A.P.D. Wie diese Gegensätze sich entwickelten, schildert der folgende im Juni 1921 erstattete Bericht der Delegation der K.A.P.D. an das Exekutiv-Komitee der 3. Internationale :

«Der Gründungsparteitag der K.P.D. (Spartakusbund) hatte mit überwältigender Mehrheit beschlossen, sich im Gegensatz zu allen anderen Parteien an den Wahlen zur Nationalversammlung nicht zu beteiligen. Nach den Kämpfen des Frühjahrs und Sommers 1919 machte sich in der Parteileitung (Reichszentrale) eine starke Strömung zum Parlamentarismus bemerkbar. Die Stimmung in den Mitgliedschaften war eine entgegengesetzte. So nahm eine Funktionärversammlung Groß-Berlins im August 1919 eine Resolution an, der Genossin Klara ZETKIN, die noch von den - ,Unabhängigen« her im württembergischen Landtage saß, ein Ultimatum zu stellen, ihr Mandat niederzulegen oder aus der Partei auszuscheiden. Genossin ZETKIN

reagierte nicht darauf, und die Zentrale der Partei, zu der auch die Genossin ZETKIN selbst gehörte, bestärkte sie in ihrer Haltung. Die Zentrale nahm dann in der folgenden Zeit offen Stellung für den Parlamentarismus, ohne eine Änderung des Parteitagsbeschlusses abzuwarten. Ja, sie ging weiter, sie bekämpfte die Ortsgruppen und Bezirke, die am Parteitagsbeschuß festhielten, sabotierte dort die Agitation durch Entziehung der finanziellen Unterstützung etc.

«Die Entwicklung des Gegensatzes in der Gewerkschaftsfrage nahm ungefähr folgenden Verlauf: Aus den Kämpfen des Jahres 1919 hatten die Proletarier die Lehren gezogen, daß die Gewerkschaften zur Führung der großen Kämpfe und Massenaktionen nicht nur völlig unbrauchbar sind, sondern sogar ein schweres Hemmnis der Revolution darstellen. Sie schritten überall spontan zur Gründung eigener proletarischer Kampforganisationen, die sich nicht auf die Berufe, sondern auf die Betriebe aufbauten, die nicht die Arbeiterschaft zersplittern und Klassengegensätze innerhalb der Arbeiterschaft hervorrufen, sondern die Klasse des revolutionären Proletariats einheitlich zusammenfassen dort, wo sie von Natur eins ist, im Betriebe. Derartige B(etriebs)-O(rganisationen) entstanden spontan im Ruhrrevier, im Oberschlesischen Industriegebiet, in Mitteldeutschland, in Berlin, an der Wasserkante, kurz gesagt in allen Industriezentren Deutschlands. Als die Parteileitung der K.P.D, im Sommer 1919 das Entstehen und Wachsen dieser Massenbewegung sah, versuchte sie zunächst diese Organisationen mit allen Mitteln zu fördern. Die damaligen Führer wie LEVI, LUDWIG, KÖRTING, FRÖHLICH gaben die allgemeine Parole heraus zur Gründung solcher B.O. und zum Austritt aus den Gewerkschaften. Mit dem Umschwenken der Reichszentrale in der Frage des Parlamentarismus im Spätsommer 1919 gewann auch diejenige Richtung innerhalb der Parteileitung die Oberhand, die, unter Führung Paul LANGES, die B.O. aufs heftigste bekämpfte und den Eintritt und das Arbeiten der Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften verlangte. Nunmehr wurden auch diejenigen Mitglieder der Zentrale, die die B.O. selbst mit aufbauen geholfen hatten, ihre heftigsten Gegner. Die Masse der Parteimitglieder aber hielten an den B.O. zusammengefaßt in der A(llgemeinen-)A(rbeiter-)U(nion) fest. Die Kluft zwischen den Parteinstanzen und großen Massen der Mitgliedschaften, hauptsächlich in den Industriezentren, vergrößerte sich von Tag zu Tag. Daraufhin wurde zum 20-24. Oktober 1919 ein Parteitag nach Heidelberg einberufen. Dort überfiel die Reichszentrale die Delegierten mit den bekannten sogenannten «Heidelberger Leitsätzen», die vorher den Mitgliedschaften noch nicht zur Diskussion vorgelegt und den Delegierten völlig neu waren. Die dagegen stimmenden 18 Delegierten wurden von der Konferenz ausgeschlossen, nachdem man sich durch verschiedene Manöver eine Stimmenmehrheit für die Reichszentrale gesichert hatte. Die oppositionellen Bezirke dachten zunächst nicht daran, sich zu einer eigenen Partei zu konstituieren, sondern wollten einen neuen Parteitag erzwingen, wo über alle diese Fragen nochmals abgestimmt werden sollte, nachdem die Mitgliedschaften Stellung dazu genommen hätten. Um die Fühlung miteinander nicht zu verlieren, beschlossen sie, dem Bezirk Nord-West (Bremen) die Funktion einer Informationsstelle der Opposition zu übertragen. Die nächsten Monate waren ausgefüllt mit inneren Auseinandersetzungen, wobei die Reichszentrale mit schärfsten Mitteln zugriff. Sie rief z. B. in Berlin, Bremen, Hamburg und anderen Städten öffentliche Versammlungen gegen die ortsansässigen Organisationen der Partei ein. Die Zentralausschuss-Sitzung schloss im Februar 1920 die Bezirke Groß-Berlin, Nord, Nordwest und Ostachsen aus der Partei aus und forderte die Anhänger der Zentrale auf, dort neue Organisationen zu gründen. Ein Beispiel, wie wenig Anhänger die

Zentrale in diesen Bezirken hatte, bietet der Bezirk Groß-Berlin. Aus diesem damals 8.000 Mann starken Bezirk traten etwa 500 Mitglieder aus und gründeten eine neue Parteiorganisation im Sinne der Reichszentrale.»

\*

Noch wollten die ausgeschlossenen Bezirke keine selbständige neue Parteibildung. Zweierlei hielt sie davon ab, Die Hoffnung, infolge der zahlenmäßigen Stärke der Opposition, doch noch die Einheit der Partei und den Sieg ihrer Anschauung retten zu können. Ferner aber wollte man die Stellung der 3. Internationale abwarten, von der man schließlich doch eine Zustimmung zu den Theorien der Opposition erwartete. Dies auch deshalb, weil die Vertreter des Amsterdamer Büros der Kom(munistischen) Intern(ationale), die bei den Russen in hohem Ansehen stehenden Genossen HERMAN GORTER und ANTON PANNEKOEK, für diese Theorie des Anti-Parlamentarismus, für die Bildung der auf Betrieben aufgebauten Union eintraten. Diese Erwartung erwies sich aber als trügerisch, KARL RADEK, der von seiner Gefängniszelle aus, neben den Konferenzen mit Industriellen wie RATHENAU und DEUTSCH und mit Politikern aller Richtungen, auch die Leitung der deutschen Revolution in die Hand genommen hatte und zum mindesten der Inspirator der Reichszentrale war, nahm die schroffste Haltung gegen die Opposition ein und setzte auch durch, daß das Amsterdamer Büro telegraphisch als aufgelöst erklärt wurde.

Den entscheidenden Anstoß zur Konstituierung der Opposition als neuer Partei gab dann die Haltung der Zentrale während des KAPP-Putsches, also im Augenblick höchster Aktivitätsbereitschaft und schärfster Parolen der Opposition das revolutionäre Proletariat durch das von BRONSKI verfaßte, von ihm jeden falls auch weiter verteidigte Flugblatt der Zentrale: *Gegen den Generalstreik – Gewehr bei Fuß!* in Verwirrung gebracht wurde. Die nächsten Tage aber ergaben die völlige Isoliertheit der Männer der Zentrale, so daß diese ihr eigenes Flugblatt desavouierten. Auch die Komintern rückte von ihnen energisch ab.

Die Ereignisse nahmen nun ihren bekannten Verlauf. Die K.P.D. entsandte zwei Vertreter zu Verhandlungen über das sog. Bielefelder Abkommen, das sie sanktionierte. Die Opposition suchte mit allen Mitteln in den Massen gegen dieses Abkommen schärfsten aktiven Widerstand zu erzeugen mit der Begründung, daß weder das Militär noch die gerettete alte Regierung die in dem Abkommen. der Arbeiterschaft gemachten Zugeständnisse einhalten würden, und daß die Gegenseite lediglich die Entwaffnung der Arbeiter erreichen wolle.

Wir folgen jetzt in der Darstellung der Gründung der K.A.P.D. und der sich anschließenden Ereignisse dem oben zitierten Bericht.

«Der Kapp-Putsch hatte gezeigt, daß das Verhalten der offiziellen Parteileitung gleichbedeutend war mit einem Aufgeben des revolutionären Kampfes, mit einem Hineingleiten ins opportunistische Fahrwasser. Er hatte gezeigt, daß sich tatsächlich zwei verschiedene Parteien gebildet hatten, deren Wiedervereinigung ebenso unmöglich war wie die Vereinigung von Feuer und Wasser. Die Berliner Organisation rief deshalb zum 3. April 1920 einen Parteitag der Opposition ein, auf dem beschlossen wurde, sich als «Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands» zu konstituieren. Vertreten waren etwa 80.000 Mitglieder der früheren K.P.D., obwohl einzelne Bezirke erst nach dem Parteitag zu uns stießen. Die Aufgaben und die

Tätigkeit der neuen Partei waren klar vorgezeichnet. Bei der Ablehnung der parlamentarischen gesetzlichen Tätigkeit mußte sie jede inner- und außenpolitische Situation ausnutzen, um den aktiven Kampf gegen den bürgerlichen Staat wieder zu entfachen, und vor allem auch, um ein Wiedererstarken dieses Staates hintanzuhalten, damit bei der außerordentlich verworrenen, politisch und wirtschaftlich gleichermaßen labilen, unterhöhlten Situation das Proletariat gerüstet blieb, die Macht übernehmen zu können.

Ein Beispiel des Wirkens der K.A.P.D. in dieser Richtung bildet ihr Verhalten während des Russisch-Polnischen Krieges, Sommer 1920. Die K.A.P.D. rief die Arbeiterschaft zur Arbeitsverweigerung in den Munitionsfabriken und zur Sabotage der Munitionslieferungen, die nach Polen rollten, auf. Die K.P.D. bezeichnete dies als Revolutionsromantik, bis infolge eines Aufrufs des Moskauer Exekutivkomitees die gleichen Parolen aufgegriffen wurden. Die K.A.P.D. forderte das Proletariat zur höchsten Aktivität auf, zur Wahl von revolutionären Aktionsausschüssen und politischen Arbeiterräten, zur Vereinigung mit den russischen Brüdern, als die rote Armee sich Ostpreußen näherte, zur Bildung der geschlossenen Front Räterußlands mit Rätedeußland. Wir wollten es zum Aufstand kommen lassen, während die K.P.D. die in sich unsinnige Parole «Neutralität zugunsten Rußlands» herausgab. Aus dieser Parole absoluter Passivität ging sie nur über zu einer Aktivität – nicht gegen die Bourgeoise und ihren Staat, sondern gegen die K.A.P.D. die in höchster Kampfbereitschaft war und den Aufstand propagierte und vorbereitete. Da erschienen am 19. und 20. August in der «Roten Fahne», der «Freiheit» und den Provinzblättern Alarmaufrufe gegen die K.A.P.D. Parolen. Die Arbeiterschaft, vielfach bereit zum Kampf, wurde verwirrt, und die nicht mehr zu verhindernden Anfänge der Bewegung im Keim erstickt. Es war dies ein typisches Beispiel, wie eine Bewegung, nicht ihrer Anlage nach, aber in ihrem Resultat, in ihrer Wirkung, den Effekt eines Putsches hat, weil die Haltung der K.P.D. die Arbeiterschaft in Verwirrung bringt. Bei der Märzaktion, auf die wir weiter unten noch zu sprechen kommen werden, die von der K.P.D. selbst ausgelöst wurde, wiederholte sich dasselbe Moment. Wir haben dann weiter versucht, die wirtschaftlichen Kämpfe auszuweiten zu politischen Kämpfen um die Machtergreifung. Der größte Kampf dieser Art war der Elektriikerstreik in Berlin November 1920, der schließlich an dem Verhalten der K.P.D.-Zentrale zugrunde ging in dem Augenblick, als sich die Ausweitung zu einem Generalstreik durchführen ließ.»

\*\*\*

Ein Zusammenarbeiten beider Kommunistischen Parteien erfolgte dann während der Kämpfe in Mitteldeutschland um die Osterzeit 1921, in der sogenannten „Märzaktion“.

Ausgelöst wurde diese Bewegung durch Einrücken der Truppen in das mitteldeutsche Industrie-Gebiet zur Besetzung der Betriebe, insbesondere des Leuna-Werkes. Geleitet wurden die Kämpfe durchweg von gemeinsamen Bezirkskommissionen der V.K.P.D. (es war kurz nach dem Übertritt der linken U.S.P.D. zur K.P.D. auf dem Parteitag in Halle) und der K.A.P.D., in deren Auftrag der zur K.A.P.D. gehörende MAX HÖLZ in die Leitung der Kampfhandlungen eintrat.

Der Ausgang dieser Kämpfe ist bekannt. Die K.A.P.D. wies in ihrer Presse und durch ihren Vertreter im Exekutivkomitee der 3. Internationale darauf hin, daß ein wesentlicher Faktor des Scheiterns in der Tatsache zu suchen sei, daß die V.K.P.D.

ohne jede publizistische und organisatorische Vorbereitung ihrer Anhänger einen völligen Umschwung ihrer bisher geübten Taktik eingeleitet und dadurch Verwirrung in die Reihen ihrer unvorbereiteten Mitglieder getragen habe. Wenn man monatelang ausschließlich eine parlamentarisch-gewerkschaftliche Taktik verfolgt und dann von heute auf morgen sieh auf revolutionäre Aktivität umgestellt habe, so können wohl eine zentrale Körperschaft, nicht aber der gesamte Funktionärkörper und breite Massen der Mitgliedschaften einen so raschen Umschwung mitmachen. Große Arbeitermassen reagieren nicht auf einen unerwarteten Kommandowechsel wie eine Kompagnie Soldaten der alten Wilhelminischen Armee. Die Haltung der K.P.D.-Zentrale habe aus der im dialektischen Kräftespiel der Revolution naturnotwendig ausbrechenden Aktion des Proletariats einen Putsch gemacht. Die von der 3. Internationale proklamierte Politik, vor allen Dingen größere Massen in die angeschlossenen Parteien hereinzubekommen, die dann schon revolutioniert werden würden von der Partei, war von der K.A.P.D. stets bekämpft worden als unmarxistisches Verkennen der massenpsychologischen Gesetze, nach denen sich die Struktur der Klasse, die Entwicklung proletarischer Ideologie zum Klassenbewußtsein gestalten.

Die Leitung der K.P.D. entschuldigte damals jenes Versagen mit der Begründung: Die Zeit zur Revolutionierung der aus der U.S.P. herübergekommenen Massen sei zu kurz gewesen. Der spätere Verlauf hat gezeigt, daß der Prozeß gerade umgekehrt verläuft, wie ihn sich die Verfechter jener Massentheorie vorstellten : das Schwergewicht der breiten Massen, die aus Sympathie mit Sowjetrußland, aber ohne die klare und harte Einsicht in die Notwendigkeiten revolutionärer Klassenkampfpolitik den Hauptbestandteil der V.K.P.D. darstellten, setzte sich in der Gesamthaltung der Partei durch. Nicht die Massen wurden revolutioniert, sondern die Massen entrevolutionierten die Partei. Ein Ergebnis, das sich im Kampf innerhalb der Gewerkschaften wiederholte.

Die Märzaktion war der letzte Versuch gewesen, die latenten Elemente des Klassenkampfes revolutionär auf breiter Basis im Kampf um die Machtergreifung zur Auslösung zu bringen. Diese Versuche scheiterten an zwei Momenten : dem prinzipiellen Widerstand der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften gegen aktiv-revolutionäre Gestaltung des Klassenkampfes; sodann an dem Verhalten der K.P.D., die, im Programm revolutionär, eine Führerdiktatur an Stelle der Klassendiktatur setzen wollte, wobei diese Führerschicht in den unterschiedlichsten, sich widersprechenden Auffassungen von dem Begriff revolutionärer Politik diese ständig wechselte und durch dieses die Arbeiterschaft verwirrende Verhalten die Entwicklung des Klassenbewußtseins bei breiten Massen verhinderte <sup>1</sup>. Gegenüber diesen beiden Faktoren des Scheiterns der Revolution in Deutschland ist die Tatsache des Widerstandes der Bourgeoisie nur insoweit von Bedeutung, als er eben kausal bedingt war von jenen beiden anderen. Die Konzentration und Geschlossenheit der bürgerlichen Front ist erst wieder Kennzeichen der gegenwärtigen Phase der Entwicklung. In den ersten Jahren nach dem Kriege war die Front des Bürgertums noch vollkommen aufgelöst in die großen Gegensätze zwischen den monarchistischen Kreisen und der aufkommenden «Demokratie» auf politischem, zwischen Inflationsgewinnern und Inflationsverlierern auf wirtschaftlichem Gebiet. Über das Einwirken der Russen auf den Gang der deutschen Revolution wird noch in dem Abschnitt, der sich mit den Auseinandersetzungen zwischen der K.A.P.D. und

der 3. Internationale befaßt, die Rede sein. Zunächst ist noch nachzuholen der Verlauf der inneren Entwicklung der Partei seit ihrer Gründung.

## **2. Innere Richtungskämpfe. Die Thesen über die Rolle der Partei in der proletarischen Revolution**

Es ist schon eingangs darauf hingewiesen worden, wie diese Partei entstanden war aus der Opposition von Mitgliedern der K.P.D. gegen die Zentrale. Daher strömten der neuen Partei zunächst alle Gruppen zu, die in Opposition zur herrschenden Zentrale standen, ohne daß auch in positiver Hinsicht diese Opposition bereits eine homogene, in ihren Auffassungen und Zielen gleichgerichtete Masse gewesen wäre. Der Kampf gegen die alte Partei war begleitet von einem inneren Klärungsprozeß, der vor allem gegen zwei Richtungen geführt wurde; gegen das nationale-bolschewistische Programm der Hamburger Opposition (Fritz WOLFFHEIM und Heinrich LAUFENBERG und gegen die Anhänger der sogenannten Einheitsorganisation und Parteiverneiner (Otto RÜHLE-Dresden).

WOLFFHEIM und LAUFENBERG verfochten das Programm eines revolutionären Burgfriedens zwischen Bourgeoisie und Proletariat, einer allgemeinen Volkserhebung gegen den Ententeimperialismus, und verurteilten die Desertionsparole des Spartakusbundes während der letzten Kriegsmonate als Verrat.

Als kurz nach der Gründung der Partei sich die Bezirks-Konferenz Nord in einem Flugblatt zum 1. Mai 1920 an die breite Parteiöffentlichkeit wandte mit einem offenem Appell im Sinne dieser Theorie, unterzeichnet von W. und L., nahm die Partei sofort Stellung. Der Parteitag in Berlin-Weißensee im August 1920 sprach sich scharf gegen die nationalbolschewistische Gruppe aus; der Bezirk wurde ausgeschlossen und im Verlauf der Zeit neu aufgebaut. WOLFFHEIM und LAUFENBERG verloren bald jede Fühlung mit dem Proletariat und gründeten zusammen mit Offizieren und Gutsbesitzern eine «Gesellschaft zum Studium des deutschen Kommunismus». Der hieraus entstandene „Denksportring e. V. Sitz Hamburg» bestand noch bis zum Sommer 1927.

Während es sich bei den Nationalbolschewisten um eine kleine Gruppe handelte, die eigentlich nur in der engeren Gefolgschaft der genannten Propagandisten bestand und über eine lokale Bedeutung nicht hinauskam, traf die Auseinandersetzung mit den «Einheitlern» unter Führung RÜHLE auf eine im ganzen Proletariat verbreitete Richtung ausgesprochen anarchistisch-syndikalistischer Tendenz, die, durchsetzt mit kleinbürgerlich-individualistischer Ideologie, die Partei als Organ des Proletariats überhaupt ablehnte und lediglich den Zusammenschluß in wirtschaftlichen Organisationen, den Unionen, propagierte, auf föderalistischer Grundlage vollkommener Autonomie der einzelnen Bezirke. Der Kampf wurde im wesentlichen innerhalb der A(llgemeinen) A(rbeiter-)U(nion) geführt, von der sich eine Sondergruppe als A.A.U.E. (Einheitler) abspaltete. Aus der Partei schieden diese Anhänger der „Einheitsrichtung», die sich den Ideen der amerikanischen I.W.W. und derer Prinzip »*One Big Union*» verwandt fühlten, aus. Die K.A.P.D. hatte wohl erkannt, daß sich in diesen Reihen manche gute und zuverlässige Revolutionäre befanden, die häufig nur durch die Enttäuschung über das Versagen der auf dem Führerprinzip – aufgebauten großen Parteien jetzt ins Extrem gefallen waren, die Partei überhaupt abzulehnen, damit aber für die Vorbereitungszeit der Revolution

schon einen Zustand vorwegsetzend, der erst mit der klassenlosen Gesellschaft verwirklicht werden kann. Die Stellung der K.A.P.D. zur Frage der Partei wurde in den «Leitsätzen über die Rolle der Partei in der proletarischen Revolution» im Juli 1921 zusammengefaßt<sup>2</sup>. Wegen der prinzipiellen Bedeutung dieser Frage seien die Hauptpunkte auszugsweise wie folgt wiedergegeben:

«1. Es ist die historische Aufgabe der proletarischen Revolution, die Verfügung über die Schätze dieser Erde in die Hände der arbeitenden Massen zu bringen, das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu beseitigen und damit die Existenz einer besitzenden, ausbeutenden und herrschenden Klasse unmöglich zu machen. Das Ziel ist die Befreiung der gesellschaftlichen Wirtschaft von allen Fesseln politischer Gewalt, und zwar im Weltmaßstabe.

2. Die tatsächliche Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die Übernahme der gesamten Produktion und Verteilung in die Hände der Arbeiterklasse, die Aufhebung aller Klassenunterschiede, das Absterben der politischen Institutionen und der Aufbau der kommunistischen Gesellschaft ist ein historischer Prozeß, dessen einzelne Momente sich nicht alle genau vorausbestimmen lassen. Bezüglich der Frage, welche Rolle in diesem Prozeß die politische Gewalt spielen wird, lassen sich jedoch einige Punkte bestimmt festlegen.

3. Die proletarische Revolution ist zugleich ein politischer und ökonomischer Prozeß. Sie kann weder als politischer noch als ökonomischer Prozeß einen Abschluß in nationalem Rahmen finden; vielmehr ist die Errichtung der Weltkommune ihr lebensnotwendiges Ziel. Daraus ergibt sich, daß bis zur endgültigen Niederringung der Kapitalsgewalt im Weltmaßstabe auch die siegreichen Teile des revolutionären Proletariats noch eine politische Gewalt brauchen zur Verteidigung und, wenn möglich, zum Angriff gegen die lindere politische Gewalt der Konterrevolution.

4. Zu den außenpolitischen Gründen, die für die siegreichen Teile des Proletariats das Fortbestehen einer politischen Gewalt (auch in ihrem eigenen Herrschaftsbereich) nötig machen, kommen Gründe der inneren Entwicklung hinzu. Die Revolution, als politischer Prozeß betrachtet, hat zwar einen entscheidenden Moment: den Moment der Übernahme der politischen Macht. Die Revolution, als ökonomischer Prozeß betrachtet, hat jedoch keinen solchen entscheidenden Moment, da die konkrete Übernahme der Wirtschaft in die Hände des Proletariats und der Umbau aus der Profitwirtschaft in die Bedarfswirtschaft eine langwierige Arbeit erfordern. Es ergibt sich von selbst, daß die Bourgeoisie während dieses Prozesses nichts unversucht lassen wird, um den Profit zu verteidigen und zu diesem Zwecke die politische Macht wieder an sich zu reißen. Sie wird dazu in den Ländern einer entwickelten demokratischen Ideologie – also den alten Industrieländern – insbesondere auch die Irreführung von Proletariern mit demokratischen Betrugsparolen zu benutzen suchen. Es ist dabei mindestens so lange eine starke und rücksichtslose politische Gewalt der revolutionären Arbeiter erforderlich, bis die konkrete Übernahme der Wirtschaft in die Hände des Proletariats beendet und damit der Bourgeoisie der ökonomische Existenzboden entzogen ist. Dies ist die Diktatur des Proletariats.

5. Die Notwendigkeit einer politischen Herrschaftsgewalt des revolutionären Proletariats auch nach dem politischen Siege der Revolution begründet zugleich die Notwendigkeit einer politischen Organisation des revolutionären Proletariats sowohl nach als auch vor der Ergreifung der politischen Macht.

6. Die politischen Arbeiterräte (Sowjets) sind die historisch gegebene breite Organisationsform der proletarischen Herrschaft und Verwaltung: sie tauchen jeweils auf bei Zuspitzung des Klassenkampfes zum Kampf um die ganze Macht.

7. Die historisch gegebene Organisationsform zur Zusammenfassung der bewußtesten, klarsten, tatbereitesten proletarischen Kämpfer ist die Partei. Da das historische Ziel der proletarischen Revolution der Kommunismus ist, kann diese Partei nur eine in ihrem Programm und ihrem Geist kommunistische Partei sein. Die kommunistische Partei muß ein programmatisch durchgearbeitetes, in einheitlichem Willen zusammengeschweißtes, von unten her einheitlich organisiertes und diszipliniertes Ganzes sein. Sie muß der Kopf und die Waffe der Revolution sein.

8. Die erste Aufgabe der Kommunistischen Partei, sowohl vor wie nach Ergreifung der Macht, ist : in den Wirrnissen und Schwankungen der proletarischen Revolution den einzig sicheren Kompaß, den Kommunismus, zielklar und unbeirrt festzuhalten. Die kommunistische Partei muß den proletarischen Massen in allen Situationen unermüdlich und ohne jedes Schwanken das Ziel und den Weg zeigen, nicht nur mit Worten, sondern auch mit der Tat. Sie muß in allen Phasen des politischen Kampfes vor Ergreifung der Macht mit voller Schärfe zur Entscheidung zwischen Reform und Revolution drängen, muß jede reformistische Lösung brandmarken als ein Ausflicken und eine Lebensverlängerung des alten Ausbeutungssystems, als Verrat an der Revolution, d.h. an den Interessen der gesamten Arbeiterklasse. Denn so wenig wie zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten eine Interessengemeinschaft bestehen kann, ebensowenig kann zwischen Revolution und Reformismus ein politisches Bündnis bestehen; der Reformismus sozialdemokratischer Herkunft, unter welcher Maske er sich auch verstecken mag, ist heute das schwerste Hemmnis der Revolution und die letzte Hoffnung der Bourgeoisie.

9. Daher muß die kommunistische Partei jeden Reformismus und Opportunismus zunächst von sich selbst mit absoluter Rücksichtslosigkeit fernhalten, sowohl aus ihrem Programm wie aus ihrer Taktik, ihrer Presse, ihren einzelnen Parolen und Handlungen; insbesondere darf sie ihren Mitgliederbestand nie rascher erweitern, als es die Angliederungskraft des festen kommunistischen Kerns gestattet.

10. Die Arbeitermassen machen im Verlauf der Revolution unvermeidlich Schwankungen durch. Die Revolution ist nicht nur im ganzen, sondern auch in einzelnen Phasen ein dialektischer Prozeß. Die kommunistische Partei dagegen als die Organisation der bewusstesten Elemente muss trachten, diesen Schwankungen selbst nicht zu erliegen, sondern sie zu meistern. Sie muß durch die Klarheit und Reinheit ihrer Parolen, die Übereinstimmung zwischen ihren Parolen und ihren Taten, ihr Vorgehen im Kampf, die Richtigkeit ihrer Voraussagen den Massen helfen, solche Schwankungen rasch und gründlich zu überwinden. Die kommunistische Partei muß also durch ihr gesamtes Verhalten das Klassenbewußtsein des Proletariats entwickeln, selbst um den Preis eines vorübergehenden äußerlichen und scheinbaren Gegensatzes zu den breiten Massen. Nur so wird die kommunistische Partei im Laufe der revolutionären Kämpfe das Vertrauen der Massen gewinnen und eine revolutionäre Erziehungsarbeit in breitem Maßstabe leisten.

11. Die kommunistische Partei darf sich natürlich nicht von den Massen lösen. Das heißt, sie muß – abgesehen von der selbstverständlichen Pflicht unablässiger

Propaganda – auch an die Bewegungen der Arbeitermassen wegen wirtschaftlicher Nöte, Teilforderungen usw. anknüpfen, muß versuchen, solche Bewegungen geistig zu klären, sie zu wirklichen Kämpfen zu treiben, sie durch Aufruf zu aktiver Solidarität zu verbreitern und so zu verschärfen, daß sie revolutionäre und wenn möglich politische Formen annehmen. Aber es kann nicht die Aufgabe der kommunistischen Partei sein, sich dümmer zu stellen, als sie ist; d. h. : es kann nicht ihre Aufgabe sein, den Geist des Opportunismus zu stärken, indem sie unter Verantwortlichkeit der Partei reformistische Teilforderungen ausgibt.

12. Die wichtigste praktische Leistung der Kommunisten für die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter liegt aber in der Organisation derjenigen Kampfweise, die in der revolutionären Epoche, in hochentwickelten Ländern die einzig praktisch brauchbare Waffe für solche Kämpfe ist, d. h. die Kommunisten müssen dafür sorgen, daß die revolutionären Arbeiter (nicht nur die Mitglieder der kommunistischen Partei) in den Betrieben zusammengefaßt werden, und daß die Betriebsorganisationen sich zusammenschließen zu Unions und sich ausgestalten zu dem organisierten Werkzeug für die Übernahme der Produktion durch die Arbeiterklasse.

13. Die revolutionären Betriebsorganisationen (die Unions) sind der Mutterboden für die im Kampf entstehenden Aktionsausschüsse, die Kadres für die um wirtschaftliche Teilforderungen und schließlich um die Produktion selbst kämpfenden Arbeiter, die Vorbereitung und der tragfähige Unterbau für die revolutionären Arbeiterräte.

14. Indem so die Kommunisten die breite Klassenorganisation des revolutionären Proletariats schaffen, daneben aber als Partei sich die Kraft eines geschlossenen, programmatisch einheitlichen Körpers bewahren und in der Union wie überall als oberstes Gesetz den kommunistischen Gedanken zur Geltung bringen, sichern sie den Sieg der proletarischen Revolution und ihren weiteren Sieg zur kommunistischen Gesellschaft.

15. Die Rolle der Partei nach dem politischen Siege der Revolution ist abhängig von neu internationalen Verhältnissen und von der Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterschaft. Solange die Diktatur des Proletariats, die politische Gewalt der siegreichen Arbeiterklasse notwendig ist, muß die kommunistische Partei alles tun, um die Entwicklung in der kommunistischen Richtung sicherzustellen. Zu diesem Zwecke ist es in allen industriell entwickelten Ländern unerlässlich, daß unter der geistigen Führung der Kommunisten die revolutionären Proletarier selbst im breitesten Maßstabe dazu herangezogen werden, die Übernahme und den Umbau der Produktion durchzuführen. Die Organisation nach Betrieben und in Unions, die Schulung in ständigen Einzelkonflikten, die Schaffung von Aktionsausschüssen sind die Vorbereitung hierzu, die im Verlauf des revolutionären Kampfes von der Vorhut der Arbeiter selbst begonnen wird.

16. In demselben Maße, in dem die Union als Klassenorganisation des Proletariats nach dem politischen Siege der Revolution erstarkt und fähig wird, die ökonomische Grundlage der Diktatur in der Form des Rätessystems zu festigen, wird sie an Gewicht gegenüber der Partei gewinnen. In demselben Maße ferner, in dem die proletarische Diktatur durch ihre Verankerung im Bewußtsein der breiten Massen gesichert wird, verliert die Partei ihre Bedeutung zugunsten der Arbeiterräte. In

demselben Maße schließlich, in dem die Sicherung der Revolution durch politische Gewalt überflüssig wird, in dem also die Diktatur sich verwandelt in die kommunistische Gesellschaft, verschwindet die Partei.»

Alle diese Richtungskämpfe, die dem Atem der Zeit entsprechend mit großer Heftigkeit gerührt wurden, waren mit Ablauf des Jahres 1920 liquidiert und hatten zu einer in sich geschlossenen politischen Linie geführt. Heftig nur entbrannte noch einmal der Kampf der Meinungen über die Frage der Stellung zu Sowjetrußland und zur 3. Internationale.

### **3. Die K.A.P.D. und die 3. Internationale. Parlamentarismus und Gewerkschaftsfrage**

Die Partei hatte auf ihrem Gründungstag den Beitritt zur Komintern beschlossen, in voller Erkenntnis der Gegensätze, die sie in den wesentlichen Fragen des revolutionären Klassenkampfes von der Meinung der nach Deutschland gesandten Vertreter der Komintern und der von diesen informierten Exekutive trennte. Noch aber war der Glaube an die Möglichkeit einer Einwirkung. Das Proletariat sah in Sowjet-Rußland die vorderste Front der Weltrevolution, die es in Solidarität zu stützen galt, von der der Anstoß zum Durchbruch der Revolution in die Massen des Westeuropäischen Industrieproletariats erwartet wurde. Für die K.A.P. begann der Kampf um die 3. Internationale, der erst nach völligem Fehlschlagen und nach der rapiden Entwicklung Rußlands von der Revolution fort zur – aus staatspolitischem Interesse unvermeidlichen – Verständigung mit der internationalen Bourgeoisie, von dem Kampf gegen die 3. Internationale abgelöst wurde.

Zunächst entsandte die Partei bald nach dem ersten Parteitag JUNG und APPEL nach Moskau und folgte damit der Einladung des Exekutivkomitees, das eine Aussprache in Moskau vorgeschlagen hatte. Das Ergebnis aber verlief völlig negativ, da der Experte für deutsche Angelegenheiten KARL RADEK war. So war es natürlich unmöglich, zu einer wirklich klärenden Auseinandersetzung zu kommen. Das Leitmotiv Sowjetrußlands – vor allen Dingen Anschluß an große Arbeitermassen zu bekommen, im Interesse des verzweifelten Selbsterhaltungskampfes Rußlands sehr naheliegend – wurde von der K.A.P.D. damals für Rußland begreiflich gefunden, für den Kampf des westeuropäischen Proletariats aber schien ihr die erste Forderung, die eine kommunistische Partei zu stellen hat, das Prinzip eindeutiger Klarheit, unbedingten Fernhaltens jeder kompromißlerischen Tendenz zur Erzielung gelegentlicher Tageserfolge, die Ablehnung jedes auf Breitenausdehnung gerichteten Zuwachses von Mitgliedermassen, denen die Einsicht in die besonderen Bedingungen der Revolution noch fehlen mußte, weil sie in den vorrevolutionären Formen des Parlamentarismus und der Gewerkschaftsorganisation befangen waren. Demgegenüber legte andererseits Rußland Wert darauf, so schnell wie möglich den Kontakt mit der großen Arbeiterschaft zu bekommen, mit eben den nun einmal vorhandenen großen Organisationen und ihren Mitgliedern, die, wenn auch nicht programmatisch zustimmend, so doch gefühlsmäßig stark genug waren, als politischer Faktor die eigene Regierung in prorussischem Sinn zu beeinflussen, oder doch mindestens die gegen Sowjetrußland gerichteten Tendenzen zu paralysieren.

Die K.A.P.D. begriff diese Einstellung vom Standpunkt des Willens zur Machterhaltung. Sie vertrat nur demgegenüber die Auffassung, daß dies mit dem Wesen der proletarischen Revolution in Westeuropa nichts zu tun habe, daß die Bolschewisten gegen die Praxis der eigenen Vergangenheit das revolutionäre

«Experiment» auszuschalten suchten. Sie, die selbst 1917 einen Kampf geführt hätten und eine Taktik, die gewiß eines der größten Experimente der Geschichte zu nennen sei. Die Eroberung der Macht bedeute aber einen Phasenkampf zwischen Siegen und Niederlagen im Sinne des dialektischen Geschehens. Nur dann könne das Proletariat aus diesen Kämpfen zur Selbstbewußtseinsentwicklung sich durchringen, wenn es von einer Partei geführt wird, die jedes Kompromiß ablehnte und in dem Kampf – möge er auch zu Niederlagen führen – selbst den vorgeschrittenen Teil des Proletariats darstelle.

Nach wenigen Wochen kehrte die Delegation zurück, mit einer Reihe Ermahnungen versehen, die Auffassung der Partei hinsichtlich des Parlamentarismus und der Gewerkschaftsfrage zu revidieren, inzwischen mit der K.P.D. ein provisorisches Verständigungsbüro zu organisieren und zum bevorstehenden II. Kongreß im Juli 1920 Delegierte zu entsenden.

Die ablehnende Haltung Moskaus hatte trotz eines weit verbreiteten *Offenen Briefes* an die Mitglieder der K.A.P.D.<sup>3</sup> keinen Einfluß auf die Mitgliedschaften, als nur den, an dem einmal Erkannten festzuhalten – auch gegen die Majorität der Sektionen der Komintern. Die nach Moskau zum II. Kongreß delegierten RÜHLE (der damals noch in der Partei war) und MERGES reisten schon in den ersten Tagen wieder ab, ohne auch nur den Versuch zu machen, den Standpunkt der K.A.P.D. vor der breiten Öffentlichkeit der versammelten ausländischen Genossen darzulegen. Der II. Kongreß gipfelte in den bekannten 21 Thesen, in welchen die K.A.P. nur eine Verstärkung einer reformistischen Entwicklung sah. Sie wurde aufgefordert, bis zum nächsten Kongreß zu erklären, ob sie diese Aufnahmebedingungen annehmen würde.

Auf dem sich anschließenden Parteitag in Gotha erklärte nunmehr die K.A.P. ihren Beitritt als «sympathisierende» Partei – gegen eine Minderheit, geführt von PFEMFERT und BROH, die schon damals den Abbruch der Verhandlungen mit dem Exekutivkomitee forderte. Die Partei wollte aber noch einmal den Versuch machen, ihren Auffassungen in Moskau und bei den anderen Parteien der 3. Internationale Geltung zu verschaffen, und sandte eine neue Delegation, bestehend aus GORTER, RASCH und SCHRÖDER, nach Moskau, um diesen Beschluß mitzuteilen. Die ausführlichen Debatten in diesem Zusammenhang in Moskau und Leningrad fanden ihren Niederschlag in GORTERs Buch: «Offener Brief an den Genossen Lenin»<sup>4</sup>, eine Antwort auf LENINs Broschüre: «Der Radikalismus, eine Kinderkrankheit des Kommunismus»; in der Broschüre ANTON PANNEKOEKs: «Weltrevolution und kommunistische Taktik»<sup>5</sup> und in zahlreichen Aufsätzen in der Parteipresse, Resolutionen der Bezirksorganisationen, die sich alle einmütig auf den Boden des K.A.P.-Programmes stellten : Los vom Parlamentarismus! Zerstörung der Gewerkschaften! Aufbau der Betriebsorganisationen!

Da diese beiden Fragen die Grundlagen des K.A.P.-Programmes bilden, soll aus der Parteiliteratur kurz die prinzipielle Stellungnahme wiedergegeben werden.

## **1. Zur Frage der Beteiligung an den Parlamenten**

«Die Macht, die die Bourgeoise in der jetzigen Periode noch besitzt, ist die geistige Abhängigkeit und Unselbständigkeit des Proletariats. Die Entwicklung der

Revolution ist der Prozeß der Selbstbefreiung des Proletariats aus dieser Abhängigkeit, aus der Tradition vergangener Zeiten – was nur durch die eigene Kampferfahrung möglich ist... Der Parlamentarismus ist die typische Form des Kampfes mittels Führer, wobei die Massen selbst eine untergeordnete Rolle spielen. Seine Praxis besteht darin, daß Abgeordnete, einzelne Personen, den wesentlichen Kampf führen; es muß dies daher bei den Massen die Illusion wecken, daß andere den Kampf für sie führen können... Der Parlamentarismus hat die unvermeidliche Tendenz, die eigene zur Revolution notwendige Aktivität der Massen zu hemmen... Die Revolution erfordert, daß die großen Fragen der gesellschaftlichen Rekonstruktion zur Hand genommen, daß schwierige Entscheidungen getroffen werden, daß das ganze Proletariat in schaffende Bewegung gebracht wird... Solange daher die Arbeiterklasse glaubt, einen leichteren Weg zu sehen, indem andere für sie handeln, von einer hohen Tribüne Agitation führen, Entscheidungen treffen, Signale für die Aktionen geben, Gesetze machen, wird sie zögern und durch die alten Denkgewohnheiten und die alten Schwächen passiv bleiben<sup>6</sup>.

## **2. Zur Gewerkschaftsfrage**

Die Gewerkschaften entstanden zur Zeit des aufsteigenden Kapitalismus und entsprachen ihrem damals möglichen Zweck als Organe zur Erkämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen innerhalb des kapitalistischen Systems. Ihr letztes propagandistisches Ziel war wohl die Umwandlung des Kapitalismus in den Sozialismus, ihre wirkliche Tätigkeit bestand aber durchaus in der reformistischen Bekämpfung der Schäden und Auswüchse des kapitalistischen Systems. Dieser Tätigkeit entsprechend nahmen die Gewerkschaften je länger je mehr auch in ihrer Organisationsform rein kapitalistischen Charakter an. Es bildete sich eine führende Bürokratie, die über alle Machtmittel der Organisation verfügte, ohne selbst noch Wurzel zu haben im Produktionsprozeß. Auf Gedeih und Verderb also an die Existenz der Organisation gebunden, mußten sie notwendig als Opfer des Systems dahin kommen, schweren Erschütterungen aus dem Wege zu gehen, dem sich verschärfenden Klassenkampf das eigene egoistische privatwirtschaftlich orientierte Wollen entgegen zu werfen, dem Kompromiß und der Verschleierung zu dienen.

Die Mitgliedschaften der Gewerkschaften sind gegliedert nach Berufsgruppen. Einen Sinn, d.h. einen Klassenkampfsinn hatte dies nur zu einer Zeit, in der auch der Kapitalismus zumeist nur den Klein- und Mittelbetrieb kannte mit einer bestimmten Berufstätigkeit. Die Berufsgliederung verlor aber in dem Grade an Berechtigung, in dem der moderne Großkapitalismus in Riesenunternehmungen, in vertikalen und horizontalen Trusts über ganze Länder hin innerhalb eines Produktionsrahmens Arbeiter aller Kategorien, jeglichen Alters und jeglichen Geschlechts zu Zubehörteilen seines technischen Apparates heranzog und ausbeutete<sup>7</sup>.

## **3. Allgemeine Arbeiterunion und Betriebsorganisationen**

Die A.A.U. ist der erste Grundstein zur Bildung der Räteorganisation. Sie muß sich also aufbauen auf den Betrieben als den Zellen der Produktion. In den Betrieben steht das Proletariat als Klasse, einer neben dem andern als Klassengenosse. Hier steht die Masse im Triebwerk der Umbildung und Neubildung der Gesellschaft. Hier kann der geistige Kampf, die Revolutionierung des Bewußtseins in unerschöpflichem Strom von Mann zu Mann zu gehen, gerichtet allein auf das Klasseninteresse, nicht

auf kapitalistische Vereinsmeierei; das Berufsinteresse eingeeengt auf das ihm zukommende Maß.

Die Betriebsorganisation ist die grundlegende Zelle der Union; die Union ist die organische Einheit dieser Zellen... Die einzelnen Betriebsorganisationen, zu denen die Arbeitslosen als eine Sonderart von Betrieb gehören, schließen sich zunächst zusammen nach geographischen Wirtschaftsbezirken, diese Wirtschaftsbezirke entsprechen nach Möglichkeit bestimmten ökonomisch zusammenhängenden Komplexen<sup>8</sup>.»

Als Ergebnis dieser oben erwähnten Verhandlungen im Herbst 1920 wurde der K.A.P.D. ein ständiger Sitz im Exekutivkomitee der Komintern eingeräumt. Die Partei entsandte auch ihre Delegierten. Aber irgendein praktischer Erfolg wurde nicht erzielt. Wohl stimmten SINOWIEW, BUCHARIN, RADEK u. a. in vielen Punkten oder Vorwürfen der K.A.P. über die Haltung der K.P.D.-Führer zu. Sie forderten aber immer wieder, gerade aus der Berechtigung dieser Vorwürfe, den Eintritt der K.A.P.-Mitglieder in die K.P.D. und vor allem ihre Tätigkeit in Parlamenten und Gewerkschaften. Sie blieben dabei, daß es nur der Mitwirkung von wahren Revolutionären bedürfe, um auch in diesen konterrevolutionären Organisationen revolutionäre Wirkungen zu erzielen. Der gegenteilige Standpunkt, daß eine prinzipiell konterrevolutionäre, im derzeitigen Stand der Klassenkampfentwicklung historisch überholte Organisationsform nicht revolutioniert werden könne, vielmehr naturnotwendig im besten Falle revolutionäre Kräfte nutzlos absorbiere, meistens aber diese entrevolutioniere infolge der Schwerkraft ihrer eigenen soziologisch sich auswirkenden Gesetzmäßigkeit, diese Auffassung, die die K.A.P. aus der täglichen Praxis glaubte nachweisen zu können, wurde bestritten.

Der Gewinn dieser etwa im ganzen 6 Monate dauernden engeren Fühlungnahme mit den Moskauer Kreisen bestand lediglich in der Möglichkeit tieferer Einblicke in die Struktur der russischen Aufbauarbeit, die Mentalität der führenden Schicht zu gewinnen sowie auch in der Verbindung zu den verschiedensten proletarischen Schichten. Denn den Delegierten war uneingeschränkte Bewegungsfreiheit eingeräumt.

Das leidenschaftliche Interesse, das die russischen Proletarier in den großen Arbeiterversammlungen an den Vorgängen in Deutschland bewiesen, machte einen tiefen Eindruck, um so mehr als die heftigen Debatten, die die Gegensätzlichkeit der bekannten Führer der K.P.D. in der Frage der Märzaktion klar zutage treten ließen, der Zwiespalt, der durch PAUL LEVIS Broschüre gegen die Parteien auch zu grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen dem gemäßigten Flügel unter Führung von Klara ZETKIN und dem radikalen Flügel unter Führung REUTER-FRIESLANDS geführt hatte, die russischen Proletarier in Verwirrung gebracht hatten. In persönlicher Unterhaltung mit LENIN ergab sich, daß dieser die Art des Vorgehens von LEVI zwar entschieden verurteilte, ihm in der sachlichen Beurteilung der Märzpolitik aber Recht gab.

Die Fühlungnahme mit den nichtrussischen Mitgliedern des Exekutivkomitees ergab häufig, daß viele Sektionen der Komintern aus ehrlicher proletarischer Begeisterung sich der 3. Internationale angeschlossen hatten, ohne daß dieser Begeisterung eine

marxistisch klar durchgedachte Erkenntnis zugrunde gelegen hätte. Besonders fiel dies bei den Delegierten der englischen Partei auf.

Im Sommer 1921 fand der III. Kongreß statt, auf dem die Vertreter der K.A.P., BERGMANN, HEMPEL, SACH und SEEMANN<sup>72</sup>, noch einmal in den Diskussionen den Standpunkt ihrer Partei darlegen konnten, soweit dies bei der beschränkten Redezeit möglich war und bei der erfolgten Ablehnung ihres Antrags, ein Referat oder Korreferat zugeteilt zu bekommen.

Abgesehen von diesen Diskussionen in eigener Sache hat die K.A.P.-Delegation als einzige auswärtige Delegation dann noch die von ALEXANDRA KOLLONTAI geführte Arbeiteropposition innerhalb der R.K.P. in der Debatte zur Frage der russischen Politik (Referent LENIN) unterstützt.

Die am Schluß des Kongresses der K.A.P. auferlegte Verpflichtung, sich mit der K.P.D. zu verschmelzen und sich den 21 Thesen zu unterwerfen, wurde von ihr abgelehnt. Da der Delegation zu einer abschließenden Stellungnahme in öffentlicher Sitzung das Wort verweigert wurde, wurde in der Schlußsitzung des Exekutivkomitees folgende Erklärung verlesen und zu Protokoll gegeben:

«Die Delegation der K.A.P.D. hat die Ergebnisse des Kongresses einer erneuten Prüfung unterzogen, sowohl in Bezug auf die Stellungnahme zu dem Kongreßbeschuß, der ultimativ die Verschmelzung der K.A.P.D. mit der V.K.P.D. fordert, wie auch hinsichtlich des Verhältnisses zur 3. Internationale. Im vollen Bewußtsein der Schwere der Verantwortung ist die Delegation einstimmig zu folgenden Erkenntnissen gekommen:

Der taktische Kampf gegen die K.A.P.D. bei Gelegenheit dieses Kongresses vollzog sich von vornherein in den Formen der Bekämpfung eines politischen Gegners, dessen Argumente nicht sachlich gewürdigt werden sollen, dessen Existenz als politischer Faktor unter dem Vorwande der Disziplin vernichtet werden soll. Dem entsprach es, daß:

1. Die Kongreßteilnehmer seit Wochen durch entstehende Artikel in der russischen Presse, in die „Kommunistische Internationale« und der Zeitung des Kongresses ein Zerrbild von der K.A.P.D. erhielten, während unsere sachlichen Darlegungen und Richtigstellungen nicht abgedruckt wurden;
2. Durch die Geschäftsführung des Kongresses ein Beschneiden unserer freien Meinungsäußerung durchgesetzt wurde. Die wohlüberlegte Absicht dieser Taktik wurde besonders deutlich in dem Beschuß, uns in unserer eigenen Angelegenheit, der Frage der K.A.P.D., weder Referat noch Korreferat, sondern nur eine halbstündige Redezeit zu bewilligen. Dadurch waren wir – um nicht unfreiwillige Helfer einer Komödie zu werden – gezwungen, auf das Wort zu verzichten;
3. Als Grundlage des an uns gerichteten Ultimatus ein angeblicher Beschuß des Exekutivkomitees bekanntgegeben wurde, obwohl das EK, sich in keiner Sitzung mit der Frage beschäftigt hatte, uns darüber nicht gehört hatte, geschweige einen Beschuß hatte fassen können;

---

<sup>72</sup> Bergmann, Pseudonym von Ludwig MEYER (Leipzig); Hempel oder Arndt, Pseudonym von Jan APPEL (Hamburg); Sachs (Sach ist *unrichtig*), Pseudonym von Alexander SCHWAB (Berlin); (Johann) Seemann, Pseudonym von Bernardt REICHENBACH (Berlin).

4. Diese Frage, die wochenlang folgerichtig als selbstständiger Punkt auf einer der letzten Stellen der Tagesordnung stand, ohne jede vorherige Fühlungnahme mit uns im Zusammenhang mit dem an zweiter Stelle stehenden Bericht des EK. nicht nur besprochen sondern durch Beschluß erledigt wurde. Die Absicht, dem Kongreß zu präjudizieren, ehe er bei der Debatte der prinzipiellen Fragen in Gefahr kam, unsere Auffassungen kennen zu lernen, wurde dadurch erreicht.

Dieses formale Verhalten hängt aufs innigste zusammen mit der politischen Tendenz, in der sich die 3. Internationale unter dem bestimmenden Einfluß der russischen Genossen entwickelt. Der Verlauf des Kongresses hat es gezeigt : die politische Linie PAUL LEVIS siegte auf dem Kongreß, die äußerliche Anerkennung der Märzaktion erwies sich damit als Revolutionsspielerei; die tschechoslowakische Partei wurde ohne jede reale Garantie auf leere Versprechungen hin unter ängstlicher Schonung ihres opportunistischen Führers SMERAL als vollberechtigte Sektion angenommen. Mit der sozialistischen Partei Italiens, die in diesem Augenblick ein Abkommen mit den Faschisten geschlossen hat, verhandelte man ausführlich und bereitwillig. Die prinzipielle Teilnahme an den bürgerlichen Parlamenten wurde festgehalten, trotz der traurigen Erfahrungen, die man damit in Deutschland, Österreich, Frankreich usw. gemacht hat, trotz der Karikaturen von angeblich revolutionärem Parlamentarismus, den man erlebt hat. Indem man die verhängnisvolle Politik des Arbeitens in die alten Gewerkschaften bestätigte, hat man sich trotz aller Phrasen in Wahrheit vor Amsterdam gebeugt und unterstützt den kapitalistischen Betrug des wirtschaftlichen Parlamentarismus. Sogar den lächerlichen Gedanken der Revolutionierung der Konsumgenossenschaften hat der Kongreß sich gefallen lassen.

Dies alles kennzeichnet die Fortführung des schon auf dem II. Kongreß beschrittenen Weges, der ein Irrweg ist: von der Resolution weg zum Reformismus, von der Sphäre des Kampfes zur Taktik der Diplomatie und des Verhandeln und der illusionierenden Übertüchtung der Gegensätze. Der von uns zu Protokoll gegebene Protest gegen die Annahme der Thesen über die Taktik erhält durch diese Beispiele seine Bestätigung.

Dies sind die Voraussetzungen, unter denen man den unsere Verschmelzung mit der V.K.P.D. fordernden Beschluß betrachten muß, um zu erkennen, daß er für die K.A.P.D. völlig indiskutabel ist. Diese Verschmelzung würde die Unterordnung unter die Disziplin einer sich zersetzenden Partei bedeuten, in der unter dem Einflusse des Kongresses der Reformismus vorherrscht. Die Knebelung durch einen uns feindlich gesinnten Organisationsapparat (Presse, Finanzen, Führerklique) beraubte jede Hoffnung auf unseren heilsamen Einfluß in einer solchen Partei jeder realen Grundlage. Aus diesen Tatsachen würde sich auch – auch ohne besonderen Auftrag der Partei – die Haltung der Delegation von selbst ergeben : sie lehnt einstimmig das Ultimatum der Verschmelzung mit der V.K.P.D. ab.

Den Austritt der K.A.P.D. aus der 3. Internationale erklären wir trotz unserer Vollmachten nicht. Unsere Mitglieder selbst werden sprechen. Sie werden die Antwort geben auf die Zumutung, den Weg des Reformismus, des Opportunismus, mitzugehen. Das internationale Proletariat wird diese Antwort hören.

Unser Beschluß ist gefaßt worden in voller Erkenntnis seiner Tragweite. Wir sind uns klar bewußt unserer Verantwortung gegenüber der revolutionären deutschen Arbeiterschaft, gegenüber Sowjetrußland, gegenüber der Weltrevolution. Die Revolution läßt sich durch

Kongreßbeschuß nicht binden. Sie lebt, sie geht ihren Weg. Wir gehen mit ihr, wir gehen in ihrem Dienste unsern Weg»<sup>9</sup>.

Die Antwort der Mitgliedschaften wurde in unmittelbarem Anschluß an die Veröffentlichungen über den Verlauf des Kongresses gegeben : die Partei erklärte den Austritt aus der 3. Internationale auf Grund nahezu einstimmiger Beschlüsse der einzelnen Wirtschaftsbezirke.

Zusammen mit den oppositionellen Gruppen der holländischen und der bulgarischen Partei, die sich ebenfalls von ihren zur Komintern gehörenden Sektionen lossagten, wurde schon im April 1922 die Kommunistische Arbeiter-Internationale gegründet, die im wesentlichen in einem Organisationsbüro besteht, das die Aufgabe hat, den internationalen Zusammenschluß der gleichgerichteten Parteien herbeizuführen.

Die vorliegende Arbeit beschränkt sich auf die schon zur Geschichte gewordene Zeit der Kämpfe des Proletariats um die Macht. Daher sei die weitere Entwicklung der Partei nur kurz angedeutet.

Durch das Sinken der revolutionären Welle und durch die großen Lücken, die das Walten der bürgerlichen Klassenjustiz in die Reihen der Mitgliedschaften gerissen hat, ist deren zahlenmäßiger Bestand erheblich zurückgegangen. Die Partei betrachtet es jetzt als ihre Aufgabe, die Erkenntnisse über den Charakter und die Organisationsnotwendigkeiten des revolutionären Klassenkampfes auch in den Zeiten des Niederganges weiter auszubauen und propagandistisch hineinzutragen in das Proletariat, entsprechend ihrer Auffassung, daß auch in einer neuen Welle der Revolution und des erstarkten Klassenbewußtseins das Proletariat nur siegen kann in entschlossener Abkehr von den vorrevolutionären Formen proletarischer Interessenvertretung.

\*\*\*

Für die vorstehende Arbeit wurden – neben Protokollen und Sitzungsberichten – benützt:

*Von Parteizeitungen und Zeitschriften :*

*Die Rote Fahne*, Organ des Wirtschaftsbezirkes Groß-Berlin, 1919 (Organ der Opposition bis zur Gründung der K.A.P.D.); *Kommunistische Arbeiterzeitung*, Berlin, 1920,1921; *Kommunistische Arbeiterzeitung*, Hamburg, 1920; *Kommunistische Arbeiterzeitung*, Westsachsen, 1920; *Der Kommunist*, Dresden, 1920; *Kommunistische Montagszeitung*, Berlin, 1920/21; *Der Geist* (Monatsschrift), Berlin, 1920; *Der Proletarier* (Monatsschrift), Berlin, 1921, 1922; *Rote Jugend*, Organ der Kommunistischen Arbeiterjugend, Berlin, 1921; *Der Kampf*, Organ der Allgemeinen Arbeiterunion, Berlin, 1920, 1921.

*An Broschürenmaterial (hrsg. von der K.A.P.D.) :*

SCHRÖDER und WENDEL: Wesen und Ziele der revolutionären Betriebsorganisation. – Karl SCHRÖDER: Vom Werden der Neuen Gesellschaft. – Arthur GOLDSTEIN: Nation und Internationale. – Herman GORTER: Offener Brief an den Genossen Lenin. – Derselbe: Der historische Materialismus, 2. Aufl. 1921. – Derselbe: Die Kommunistische Arbeiter-Internationale, Berlin, 1923. – Anton PANNEKOEK : Die Westeuropäische Politik der 3. Internationale. – Joh. SEEMANN: Der Steuerabzug vom Lohn. – Alexandra KOLLONTAI: Die Arbeiter-Opposition in Rußland, Verlag Kommun. Arbeiter-Internationale, Berlin.

Ohne Autornamen :

Die Allgemeine Arbeiterunion (Revolutionäre Betriebsorganisation), hrsg. von der A.A.U., Berlin, Auflage 1923, – Wahlkampf oder Klassenkampf? – Die K.A.P.D. und die Kommunistische Internationale. – Der Weg des Dr. Paul Levi – der Weg der V.K.P.D. – Die Sowjetregierung und die 3. Internationale im Schlepptau der internationalen Bourgeoisie.

Ferner : *Bulletin des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale*, Moskau, Juni/Juli 1921.

## ANMERKUNGEN

\* Die folgende Arbeit will aus dem sehr verstreuten Material der Publikationen, der Protokolle und Presseäußerungen der K.A.P.D., den Kundgebungen innerhalb eines entscheidenden Abschnittes der Deutschen Revolution, ein geschlossenes Bild geben von der Entwicklung, dem Werden und Wirken der K.A.P.D., ihrer theoretischen Grundlage und der besonderen Stellung, die sie innerhalb der mannigfachen Schichtung des deutschen Proletariats und der sich auf MARX berufenden Arbeiterparteien einnimmt. Ich habe daher Wert darauf gelegt, nach Möglichkeit die Partei selbst in ihren Dokumenten zu Wort kommen zu lassen. Soweit nicht der Text die Quellen zitiert, wird auf das Literaturverzeichnis am Schluß hingewiesen.

\*\* Die REICHENBACHSche Abhandlung bildet ein Pendant zu der Studie JOHANNES WERTHEIMS über «Die Föderation revolutionärer Sozialisten Internationale» in diesem *Archiv* XII, 297/309. Sie stammt ebenfalls von einem an der geschilderten Entwicklung persönlich führend beteiligten Parteipolitiker und ist mit parteipolitischem Temperament, also gewiß nicht *sine iro et studio* geschrieben. Beide Artikel jedoch erscheinen besonders wertvoll, weil sie das – jetzt schon sehr schwer zugängliche – Material zur Kenntnis zweier Nebenströmungen im großen Strom der deutschen und österreichischen sozialistischen Arbeiterbewegung nach dem Weltkriege näherbringen und für die Erinnerung festhalten. (*Fußnote von Carl Grünberg.*)

(1) Im Zusammenhang unterrichten über diese Auffassung der K.A.P.D. die Broschüren: *Der Weg des Dr. Levi – der Weg der V.K.P.D.* (Verl. d. K.A.P.D.) und von Herman GORTER: *Offener Brief an den Genossen Lenin.* (Berlin, ebenda.)

(2) Abgedr. in „*Proletarier*“, Monatsschrift f. Kommunismus I Heft 7. Berlin, Juli 1921.

(3) Das Exekutivkomitee der III. Internationale und die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, Verl. d. K.A.P.D., Berlin.

(4) Verl. d. K.A.P.D., Berlin, 1920.

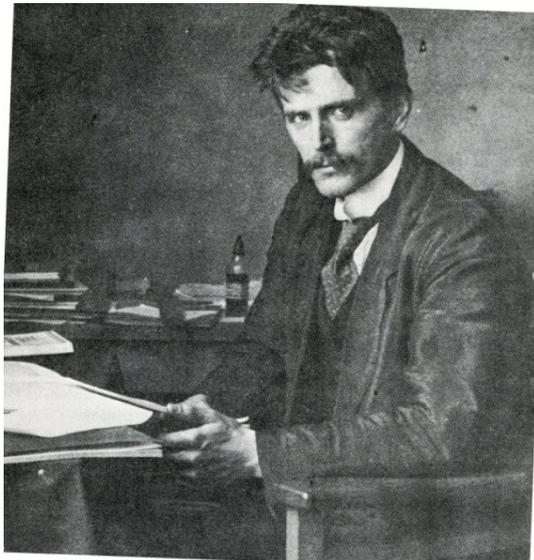
(5) Verl. d. Arbeiterbuchhandlung, Wien, 1920.

(6) PANNEKOEK a.a.O.

(7) Aus: *Die Allgemeine Arbeiterunion.* Berlin, 1923.

(8) «Die Allgemeine Arbeiterunion», hrsg. von der A.A.U. Berlin 1923.

(9) Entnommen der *Kommunistischen Arbeiter-Zeitung*, Berlin, Jahrg. 1921, Nr. 219.



**Karl SCHRÖDER um 1914 (*Karl Wolf, Zech, Ernst Lichtenberg*)**



**Alexander SCHWAB (um 1920?) (*Franz Sachs ; Sigrüst*)**



Authentische falsche Ausweiskarte von Franz JUNG um 1920 (Franz Larsz, Frank Ryberg)



Der „Genosse Pirate“ Hermann Knüfken (vorn rechts), um 1917 im Kreis der revolutionären Matrosen



**Peter Drömmer, *The Revolutionary*, 1919**



**Conrad Felixmüller: *Der Agitator Otto Rühle spricht*, 1920**



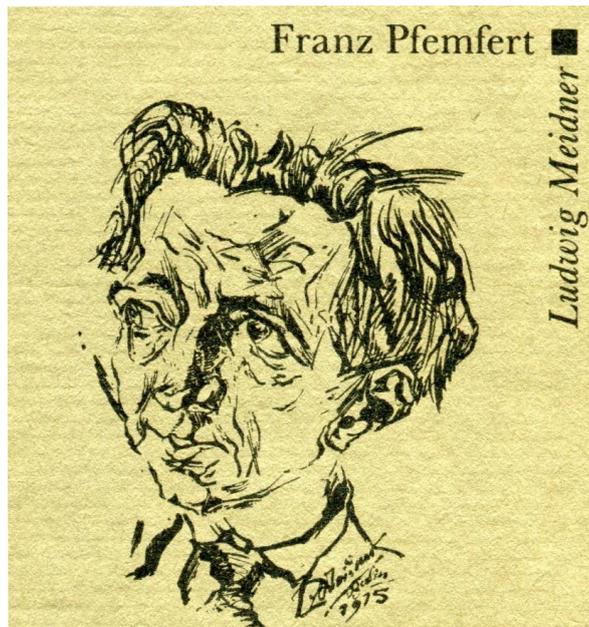
**Peter Drömmmer: *Portrait von Adolf Dethmann (1896-1979)*,  
das "Wunderkind" der KAPD, Theoretiker  
der Kommunistischen Arbeiter-Internationale, 1921**



**Minna Faßauer (1875-1949) : in der Sozialistischen Republik Braunschweig (10/11/18 – 22/02/19) *Volkskommissarin für Volksbildung*, die erste Ministerin in Deutschland. Von 1920 bis 1933 war Minna Faßhauer Mitglied der KAPD und in der FAUD aktiv. Nach 1933 arbeitete sie in einer Widerstandsgruppe, der Kommunistischen Räte-Union, der auch der ehemalige Präsident der Sozialistischen Republik Braunschweig, August Merges, angehörte.**



**August Merges (1870-1945), inmitten von der Gruppe, dritter ab links, Präsident der Sozialistischen Republik Braunschweig (10/11/1918 – 9/04/1919). 1920 trat er aus der KPD und zählte zu den Gründungsmitgliedern der AAUD und der KAPD. Er wurde 1935 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Am 6. März 1945 starb er an den Folgen der durch die Gestapo gelittenen Misshandlungen.**



**Herausgeber der Zeitschrift *Die Aktion*, Literaturkritiker, und Porträtfotograf, war Franz Pfemfert eine führende Figur der KAPD 1920/21, dann der Unionen-Bewegung (AAUE). Er starb, als Trotski, Otto Rühle und Victor Serge im Exil in Mexico (Porträt von Ludwig Meidner, 1915).**



**Franz Peter Utzelmann (Kampfname *Kempin*), KAPD, dann „Rote Kämpfer“ 1932-36, der im März 1921 mit 24 Jahren ein Kampfkommandant der Arbeiter der Leuna-Werke wurde (Foto um 1947).**



**Max Hölz – tragend Hut und Revolver –  
während des Arbeiteraufstands  
im Mitteldeutschland, März 1921.**



**Karl Plättner (1896-1945), der KAPD "mitteldeutscher Bandenführer".  
(Foto: Steckbrief, September 1919)**



Eine Karikatur des III. Kongress der Komintern (aus *Folkets Dagblad Politiken*, Stockholm), in: *Workers' Dreadnought*, den 6. August 1921. Bernard Reichenbach ist der Dritte ab links – am unteren Teil –, der einen Klemmer trägt. (Der erste ab links – rauchend eine Zigarette – ist Alfred Rosmer).



**Johannes Graudenz (1884-1942), alias Thyssen oder Thiessen. 1920/21 gehörte er zu den Mitbegründern der KAPD. Als ‚Gast‘ nahm er an dem III. Kongress der Komintern teil. Journalist in Moskau, berühmter Photograph in Berlin. Als Widerstandskämpfer wurde er den 22. Dezember im Strafgefängnis Berlin-Plötzensee auf Befehl von Hitler erhängt.**



**Rudolf Ziegenhagen (1895-1949), Buchhändler, Mitglied der AAU/KAPD-KAU, 1920-1933, am 30. Januar 1934 zu 2 Jahre und neun Monaten Zuchthaus verurteilt.**



**Alfred Weiland (1906-1978), um 1943. Seit 1926, Mitglied der KAPD und AAU, 1933 bis 1934 in das Konzentrationslager Hohnstein eingesperrt. Ab 1934 und bis zu seiner Einziehung in die Wehrmacht 1944 organisierte er den Aufbau rätekommunistischer Gruppen. 1950-1958 Zuchthaus in DDR.**



**Jan Appel (1890-1985)**



**Paul Mattick (1904-1981)**



**Rudolf Helmut Wagner (1904-1989)**



**Paul Kirchhoff (1900-1972)**



**Paul Einzelmann (1888-1961), Schriftsteller, Drucker und Verleger der KAPD in Berlin.**



**Dr. Ludwig Barbasch (1892-1962), Rechtsanwalt, USPD 1918/19, KAPD 1921-1933**



Antiquar Dr. Adolf Dethmann, Hamburg, 1954 : Kampf gegen „Mein Kampf“!  
[*Der Spiegel*, no. 42, 10 Nov. 1954]



Otto Rühle und Trotsky im Exil, Mexico, 1938/39



Letzte Briefmarke der DDR, die den deutschen Schriftsteller Adam Scharrer zeigt (1989!). Scharrer, ein der Hauptführer der KAPD, war ein der ersten „Arbeiterschiftsteller“ in Deutschland. Sein Werk „Vaterlandslose Gesellen“ war eine „proletarische Antwort“ auf Remarques „Im Westen nichts Neues“.

